



Freie und Hansestadt Hamburg

Drucksache XIX/612

Bezirksamt Bergedorf

T Ä T I G K E I T S B E R I C H T

D E S

B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F

BERICHTSJAHR 2011

(31. Fortschreibung)



VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2011 vor, um damit wie in den Vorjahren auch über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 32. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Arne Dornquast

Bezirksamtsleiter



INHALTSVERZEICHNIS

| | <u>Seite</u> |
|--|--------------|
| 1. Dezernat Steuerung und Service | |
| 1.1 Interner Service | 5 |
| Gremienbetreuung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, | 5 |
| Gebäudemanagement, | 6 |
| Katastrophenschutz, | 7 |
| Lichtwarkausschuss | 7 |
| 1.2 Personalservice | 8 |
| 1.3 Ressourcensteuerung | |
| Haushalt | 10 |
| Organisation und IT-Angelegenheiten | 11 |
| 1.4 Rechtsamt | 12 |
| 2. Dezernat Bürgerservice | |
| 2.1 Fachamt Einwohnerwesen | 15 |
| 2.2 Fachamt Personenstandswesen | 18 |
| 3. Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit | |
| 3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum | 20 |
| 3.2 Fachamt Sozialraummangement | 25 |
| 3.2.1 Planung, Stadtteilentwicklung und Sanierung | 25 |
| 3.2.2 Steuerung und Förderung | 27 |
| 3.2.3 Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie | 27 |
| 3.2.4 Kommunale Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit | 28 |
| 3.2.5 Sportangelegenheiten | 28 |
| 3.2.6 Sonstige Aufgaben | 29 |
| 3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe | 31 |
| 3.4 Fachamt Gesundheit | 37 |



4. Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt

| | | |
|---------|--|----|
| 4.1 | Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung | 46 |
| 4.1.1 | Übergeordnete Planung | 46 |
| 4.1.2 | Bebauungsplanung | 48 |
| 4.1.3 | Landschaftsplanung | 49 |
| 4.2 | Fachamt Management des öffentlichen Raumes | 49 |
| 4.3 | Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt | 55 |
| 4.3.1 | Gewerberecht, Marktwesen und Lebensmittelüberwachung | 55 |
| 4.3.1.1 | Gewerbe- und Ordnungsrecht | 55 |
| 4.3.1.2 | Lebensmittelüberwachung und Marktwesen | 59 |
| 4.3.2 | Veterinärwesen | 61 |
| 4.3.3 | Technischer Umweltschutz | 63 |
| 4.4 | Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt | 65 |
| 4.4.1 | Wirtschaftsförderung | 66 |
| 4.4.2 | Wochenmarkt der Zukunft | 68 |
| 4.4.3 | Bauprüfung | 69 |
| 4.4.4 | Service und Verwaltung | 71 |
| 4.4.5 | Umwelt | 73 |



1. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-------------------------|---|--------|--------|
| Beschäftigungsvolumen | 46,93 | 46,52 | 47,70 |
| Sachkostenbudget | | | |
| Ansatz und Rest Vorjahr | 24.071 | 19.585 | 11.296 |
| Ausgaben | 24.071 | 19.585 | 11.296 |
| übertragbarer Rest | | | |
| betreute Fachausschüsse | Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Regionalausschuss und andere Fachausschüsse | | |

1.1. Interner Service

Leitung: ab 01.10.2011 Dr. Andreas Aholt, Tel. 42891-2100

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------|-------|-------|
| Beschäftigungsvolumen | 18,73 | 18,53 | 19,33 |

Die Kernaufgaben des Internen Services, Gremienbetreuung, Gebäudemanagement und Katastrophenschutz entwickelten sich in 2011 wie folgt:

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

Aufgaben und Entwicklung in 2011

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|---------|---------|---------|
| Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien | 17 | 17 | 15 |
| Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse | 149 | 140 | 113 |
| Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen | 563 | 517 | 449 |
| Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse | 198 | 149 | 108 |
| Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen | 734.602 | 708.057 | 821.084 |
| Eingaben an die Bezirksversammlung | 75 | 33 | 28 |
| Eingaben an die Bezirksamtsleitung | 111 | 85 | 71 |

Schwerpunkthemen der Hauptausschuss-Eingaben sind nach wie vor Verkehrsangelegenheiten. Die Eingaben an die Bezirksamtsleitung betreffen hauptsächlich Bau- und Verkehrsangelegenheiten.

Neben der Ausschuss begleitenden Tätigkeit waren 2011 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Die Homepage des Bezirksamts (www.hamburg.de/bergedorf) auf dem aktuellen Stand halten
- Vorbereitung und Durchführung der Wahl am 20.02.2011
- Konzept zur künftigen Wahrnehmung der Aufgabe „Wahlen und Abstimmungen“ unter Berücksichtigung des Ressourcenzuwachses von der Innenbehörde
- Konstituierung der BV



- Neue Besetzung der Widerspruchsausschüsse
- Organisation des Helfertags
- Begleitung des Adventsmarkts
- Teilnahme am Tag des Denkmals (Führungen und Kuchen im Rathaus).

Ehrungen

| Ehrungen: | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|------|------|------|
| Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit | 12 | 15 | 3 |
| 90., 100. und jeder weitere Geburtstage über 100 | 204 | 298 | 280 |

Zu den 90. Geburtstagen und den Geburtstagen über 100 verschickt die Senatskanzlei Glückwunschkarten.

Die Ehrungen zu den 100. Geburtstagen werden vom Bezirksamt vorgenommen. Auf Wunsch übermittelt das Bezirksamt Gratulationen bei Ehejubiläen.

Gebäudemanagement

Aufgabe und Entwicklung in 2011

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-----------|-----------|-----------|
| Anzahl der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude | 26 | 27 | 18 |
| Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigen genutzte Gebäude | 1.084.669 | 963.583 | 1.140.249 |
| Nutzfläche der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude in m ² | 19.923 | 26.668 | 19.424 |
| -davon angemietet in m ² | 15.433 | 22.178*) | 15.128 |
| Durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigen genutzte Gebäude je m ² | 4,54 | 2,93**) | 4,89 |
| Durchschnittliche Mietkosten je m ² | 9,14 | 10,80***) | 11,17 |

*) in den angemieteten Qm sind die Objekte enthalten, die vertraglich zum Jahresende 2010 auslaufen. Die Höhe wird sich in 2011 nach unten verändern.

***) dieser Betrag ist nicht aussagekräftig, weil sich durch die Anmietung des DLZ die Gesamtfläche erhöht hat, die Kosten aber noch nicht angelaufen sind. Erst in 2011 werden sich die Zahlen angleichen.

***) erhöhte Leistung, weil noch alle Verträge der bestehenden Dienstgebäude laufen. Die Höhe wird sich in 2011 wieder angleichen.

- Verlegung von Dienststellen: Umzüge in das Dienstleistungszentrum am Bahnhof (EA, GS, JA, GA, Pflegestützpunkt)
- Übergabe folgender ehemaliger Dienstgebäude an die Eigentümer: Duwockskamp, Lamprechtstr., Herzog-Carl-Friedrich-Platz; Brookdeich, Fleetplatz, Neuengammer Hausdeich, Wentorfer Str.15
- Rückbauten in den genannten Objekten
- Errichtung eines Jugendclubs am Dorfanger in Holzmodulbauweise einschl. Übergabe an den Träger



- Renovierung und Instandsetzung des "Sonnenbaus" an der Sternwarte; Fertigstellung
- Renovierung und Instandsetzung des 1-m-Spiegels an der Sternwarte; Fertigstellung.

Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Am 21. Oktober wurde die praktische Deichverteidigungsübung durchgeführt. Unter Beteiligung einer Technischen Einsatzleitung (TEL/DV) wurde den Einsatzkräften das Zusammenspiel zwischen den Deichfachkräften und der Technischen Einsatzleitung demonstriert. Es wurde neben der praktischen Arbeit an angenommenen Schadenstellen auch die zeitnahe Zusammenführung von Personal und Material geübt.

Am 29. Oktober wurde gemeinsam mit der DLRG die Warnung der Bevölkerung bei einer sehr schweren Sturmflut geübt. Ziel der Übung war, den Beteiligten Handlungssicherheit zu vermitteln und zu überprüfen, ob die Warnung der Bevölkerung in angemessener Zeit erfolgt. Beide Übungsziele wurden in vollem Umfang erreicht.

Als wesentliche Maßnahme erfolgte im Jahr 2011 wiederum neben der Schulung der Mitarbeiter und der Einarbeitung in relevante Software die Mitarbeit in mehreren Arbeitsgruppen, deren Schwerpunkte zum einen die Erarbeitung eines modernen Ausbildungskonzeptes für Stabsmitglieder und zum anderen einer bezirksübergreifend einheitlichen Stabsstruktur waren.

| Katastrophenschutz | 2009 | 2010 | 2011 |
|--------------------------------------|------|------|------|
| Anzahl der Katastrophenschutzübungen | 2 | 1 | 2 |
| Anzahl der Schulungen | 7 | 4 | 8 |
| Anzahl der Einsätze | 0 | 0 | 0 |

Bei 8 Schulungsterminen wurden insgesamt 19 Mitarbeiter des Regionalen Katastrophendienstes (RKD) fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen sowie z.T. mit für ihre Tätigkeit im RKD notwendiger Software vertraut gemacht.

Lichtwark-Ausschuss

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgenden Angeboten: Theateraufführungen, den 10. Kabarett-Wochen, mit den Programmen „Stars-Hautnah“ und „Theater-Highlights“ sowie den Jugendwettbewerben im Theater Haus im Park.

Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

| Spielzeit | 06/07 | 07/08 | 08/09 | 09/10 | 10/11 |
|--------------------------------|-------|-------|-------|--------|--------|
| Anzahl der Veranstaltungen | 22 | 41 | 38 | 37 | 45 |
| Anzahl der Abonnenten | 620 | 810 | 899 | 982 | 882 |
| Anzahl der "freien" Besucher | 4.000 | 7.732 | 9729 | 11.978 | 14.913 |
| Auslastung der Veranstaltungen | 63% | 54,5 | 72,0 | 74,0 | 74,2 |

Der Theaterbetrieb hat sich in der abgelaufenen Saison gerade mit Blick auf die Anzahl der Veranstaltungen kontinuierlich weiter entwickelt. Das Theater wird mit seinem derzeitigen Angebot von der Bevölkerung gut angenommen. Das lässt sich daran festmachen, dass sich das Publikum sowohl aus jungen als auch aus älteren Gästen zusammensetzt. Mit einem attraktiven Angebot kann diese Entwicklung fortgesetzt werden.



48. Jugendmusikantenwettbewerb

Ca. 120 junge Musikerinnen und Musiker wetteiferten an 2 Wochenenden bei durchgängig hohem Niveau um gute Plätze. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert am 5. Juni.

32. Jugend-Theatertage

5 Theatergruppen zeigten Aufführungen und wurden von einer differenziert abwägenden Jury bewertet, die jeder Gruppe ein sehr persönliches und individuelles Feedback gab.

Finanzierung der Jugendwettbewerbe

Hinsichtlich der Finanzierung der beiden Jugendwettbewerbe konnte der Zuschuss, der aus Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit des Präsidiums der Bezirksversammlung geleistet wurde, weiter reduziert werden und zwar auf 966,96 € (2010: 2174,30 €), was durch Mehreinnahmen in Form eines erhöhten Spendenaufkommens und durch eine verbesserte Auslastung der Jugendtheaterveranstaltungen zu erklären ist. Wie in den vergangenen Jahren konnte zudem auch für 2011 die Oscar- und Vera-Ritter-Stiftung gewonnen werden, die Preisgelder des Jugendmusikantenwettstreits zu übernehmen, was ebenfalls zu einer deutlichen Entlastung des Budgets führte. Das Lichtwark Theater Haus im Park hat wie auch 2010 erneut die Preisgelder des Jugendtheaterwettbewerbs durch Freikarten für das Lichtwark-Theater ersetzt. Auf die als Ausfallbürgschaft beantragten Sondermittel musste daher auch 2011 erfreulicherweise nicht zurück gegriffen werden.

1.2 Fachamt Personalservice

Leitung: Monika zur Linde, Tel.: 42891.2087

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|------|------|------|
| Beschäftigungsvolumen | 6,28 | 6,43 | 6,14 |

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Die Aufgabe des Fachamtes Personalservice (PS) besteht im Wesentlichen darin, die Arbeitgeberinteressen zu vertreten und darüber hinaus die Behördenleitung und die übrigen Fachämter und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen personellen Fragen zu beraten. Arbeitsschwerpunkte für 2011 waren:

Im Frühjahr 2011 waren die Ergebnisse aus den Tarifverhandlungen und Ende 2011 war die Entscheidung über die Höhergruppierung der Sozialpädagogen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) des Bezirksamtes umzusetzen.

Die Möglichkeit zur Veränderung bei der Ausgestaltung der Arbeitszeit für alle FHH-Beschäftigten führte zu umfangreichen Vorarbeiten innerhalb des Personalservice.

Nachdem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gemeinsamen Einrichtung (team.arbeit.hamburg) ab 2011 per Gesetz der zuständigen Fachbehörde zugewiesen wurden, hat das Bezirksamt in Amtshilfe für 2011 noch die Personalsachbearbeitung wahrgenommen. In diesem Rahmen waren die entsprechenden personellen Maßnahmen weiterhin in enger Absprache mit team.arbeit.hamburg zu begleiten und umzusetzen.

Die Integration der Asklepios-Rückkehrer ist noch immer nicht abgeschlossen und wird den Personalservice auch 2012 weiter beschäftigen. In 2011 konnten sich fünf - bisher in das Bezirksamt abgeordnete- Asklepios-Rückkehrer/innen in Personalauswahlverfahren durchsetzen und wurden in eine Regelstelle des Bezirksamtes übernommen.



Im Rahmen der Ausbildung hat sich das Bezirksamt für den Garten- und Landschaftsbau 2011 erfolgreich um insgesamt 18 Auszubildende gekümmert.

Für das Hamburger Hauptschulmodell wurden Beratungsgespräche mit fünf Hauptschulabsolventinnen und –absolventen geführt. Hier geht es darum, die Berufsmotivation der Absolventen zu erkunden und sie für die Bewerbungssituation zu coachen. Zum ersten Mal konnte über diese Gespräche ein Auszubildender für den Garten- und Landschaftsbau im Bezirksamt Bergedorf gewonnen werden.

In der Stadtteilschule Bergedorf wurde unter Beteiligung des Personalservice für eine 8. Klasse erneut ein halbtägiges Bewerbungstraining angeboten.

Die Ausbildungszahlen für die Nachwuchskräfte (NWK) im Fachbereich Allgemeine Dienste haben sich weiter erhöht. In 2011 wurden im gesamten Bezirksamt insgesamt für 16 NWK in der Laufbahngruppe 1 (ehem. mittlerer Dienst) und für 12 NWK für das Eingangsamts der Laufbahngruppe 2 (ehem. gehobener Dienst) Ausbildungsplätze bereit gestellt. Die übergreifende Betreuung für alle NWK erfolgt durch den Personalservice, die praktische Ausbildung vor Ort in den einzelnen Dienststellen des Bezirksamtes. Auch bei im Personalservice selbst wurden drei Nachwuchskräfte praktisch ausgebildet. Im Rahmen von Praktika wurde elf Schülerinnen und Schülern ein Betriebspraktikum im Bezirksamt ermöglicht, sechs Studentinnen und Studenten absolvierten hier das für ihr Studium vorgesehene Pflichtpraktikum und im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit haben fünf Praktika stattgefunden.

In 2011 wurden unter der Federführung der Personalservice 38 Stellenauswahlverfahren durchgeführt. Damit hat sich die Zahl der Verfahren im Vergleich zu 2010 (21 Auswahlverfahren) fast verdoppelt.

Für die weitere Professionalisierung der Auswahlverfahren wurden Arbeitshilfen entwickelt und flankierend fünf Workshops modular für Vorgesetzte organisiert und durchgeführt.

Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung wurden wieder monatliche Gesundheitstipps und Ohrakkupunktursitzungen angeboten. Außerdem haben mit dem Arbeitsmedizinischen Dienst individuelle Gesundheitscoachings für 15 Beschäftigte stattgefunden. Das zentrale Projekt Gesundheitscoaching, das auch im Bezirksamt Bergedorf tätig war, wurde zum Ende 2011 eingestellt.

| Kennzahlen | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten | 1,0 | 1,62 | 0,9 |
| Ø Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in € | 65,3 | 90,26 | 69,2 |
| Ø Krankenquote in % | 6,5 | 8,1 | 8,5 |
| Quote (in %) der Schwerbehinderten | 9,43 | 8,7 | 8,27 |

| Das Bezirksamt beschäftigte | | 2009 | 2010 | 2011 |
|------------------------------------|---------------------|-------------|-------------|-------------|
| Beamte | | 172 | 171 | 171 |
| davon (in %) | weiblich | 62 | 63 | 63 |
| | männlich | 38 | 37 | 37 |
| | teilzeitbeschäftigt | 28 | 26 | 26 |
| | beurlaubt o. ä. | 5 | 4 | 2 |
| Tarifbeschäftigte | | 369 | 378 | 387 |
| davon (in %) | weiblich | 54 | 56 | 57 |
| | männlich | 46 | 44 | 43 |
| | teilzeitbeschäftigt | 32 | 32 | 32 |



| | | | | |
|--|--------------------------------------|-----|-----|-----|
| | weiblich | 81 | 84 | 82 |
| | männlich | 19 | 16 | 18 |
| | beurlaubt o. ä. | 5 | 3 | 3 |
| | Geringfügig u. sonstige Beschäftigte | - | 1 | 1 |
| | Auszubildende (gewerblich) | 17 | 17 | 18 |
| | | | | |
| | Beschäftigte insgesamt | 558 | 567 | 577 |
| | Honorarkräfte | 200 | 197 | 200 |

1.3 Ressourcensteuerung

Haushalt

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|------|------|-------|
| Beschäftigungsvolumen | 8,08 | 9,65 | 10,05 |

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Nach rund zwei Jahren mit außerordentlich starker Personalfuktuation (70% des Bestandes) und dem entsprechend hohen Aufwand für die Einarbeitung und Integration neuer Mitarbeiter/innen wurden die Bemühungen zur Wiederherstellung der strukturellen, innerbetrieblichen Stabilität sowie zum Aufbau einer effizienten Zusammenarbeit in erheblichem Maße durch eine außergewöhnlich hohe Ausfallquote aufgrund von Dauer-/Langzeiterkrankungen beeinträchtigt.

Einschließlich der temporären Vakanzen fehlten im Saldo für die regelhafte Aufgabenwahrnehmung ganzjährig zwei Vollzeitäquivalente.

Es ist dennoch weitgehend gelungen, gravierende qualitative oder quantitative Mängel bzw. Störungen mit Außenwirkung zu vermeiden.

Eine positive Entwicklung der Personalsituation zeichnet sich erst seit Ende des Jahres ab.

Trotz der widrigen Umstände ist es der Haushaltsabteilung im Berichtsjahr ebenfalls gelungen, neben dem Tagesgeschäft den nachstehenden besonderen Anforderungen des Bewirtschaftungsjahres nahezu ohne Einschränkungen standzuhalten:

- Umsetzung des besonderen Regelwerkes einer „vorläufigen“ Haushaltsführung, die bedingt durch die politische Situation in ihrer Ausdehnung ohnegleichen war und erst mit dem Bürgerschaftsbeschluss vom 24.11.2011 aufgehoben wurde.
Damit waren gegenüber den mittelbewirtschaftenden Dienststellen fast ganzjährig abweichende Bewirtschaftungsvorgaben zu vermitteln, die Einhaltung zu überwachen, Ausnahmen zu bewerten sowie verstärkte Beratung und Unterstützung zu leisten.
- Erwirtschaftung der vom Senat für das Haushaltsjahr 2011 beschlossenen Globalen Minderausgabe im Sachhaushalt in Höhe von 288.000 €.
- Abwicklung von Mittelumsetzungen und Verrechnungen im Rahmen der Schlussabrechnung für das Dienstleistungszentrum am Bahnhof Bergedorf.



- Federführende Vertretung des Bezirksamtes in überbezirklichen Arbeitsgruppen, Dienstbesprechungen und Workshops zur „Strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens (SNH)“. Obwohl nach dem vom Senat beschlossenen Moratorium ab Mitte 2010 die formale Mitwirkung der Bezirke am Projekt „NHH“ eingestellt wurde, haben sich die Bezirke ab Herbst 2011 auf der Grundlage der Senatsentscheidungen zur „Strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens (SNH)“ in überbezirklicher Zusammenarbeit intensiv mit der Optimierung des bezirklichen Produktplanes auseinandergesetzt.
- Datensammlungen, Analysen und überbezirkliche Abstimmungen zu Rahmenbedingungen und denkbaren Umschichtungen (steuerbarer) Haushaltsmittel im Hinblick auf die vom Senat beabsichtigte Aufgaben-Entflechtung und Stärkung der Bezirksverwaltung.

| Gesamtumsatz in TEUR | 2009 | 2010 | 2011* |
|--|-------------|-------------|--------------|
| Einnahmen | 7.607 | 6.564 | 9.400 |
| Ausgaben | 74.614 | 79.948 | 83.517 |
| Bauinvestitionen/Beschaffungen | 9.137 | 12.363 | 11.771 |
| <i>davon Personalausgaben</i> | 25.500 | 25.845 | 26.161 |
| <i>Rahmenzuweisungen</i> | 2.713 | 2.439 | 2.935 |
| <i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i> | 1.084 | 1.223 | 972 |
| <i>Fachbehördentitel</i> | 1.824 | 2.861 | 4.092 |
| Sach-, Fach- und Betriebsausgaben | 65.477 | 67.585 | 71.746 |
| <i>davon Rahmenzuweisungen</i> | 8.145 | 7.616 | 7.998 |
| <i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i> | 23.060 | 24.692 | 27.540 |
| <i>Fachbehördentitel</i> | 651 | 1.406 | 1.934 |
| Barumsätze in TEUR | | | |
| Einnahmen | 2.475 | 2.368 | 3.289 |
| Ausgaben | 2.446 | 2.361 | 3.291 |

* vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss/13. Kassenlauf 2011

Organisation und IT-Angelegenheiten

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|
| Beschäftigungsvolumen | 6,68 | 6,95 | 7,68 |

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Die Funktion des „Hamburg-Service-Redakteurs“ zur Optimierung und Aktualisierung der Dienstleistungs-, Organisations- und Personendaten ist fortgeführt worden. Dazu gehörten auch die Anpassungen der Datenbestände für die Personalkostenprognose und des Telefonischen Hamburg Service aufgrund hoher Fluktuation.



Für das bezirksamtsinterne Projekt Dienstleistungszentrum am Bahnhof waren bis weit in das Jahr 2011 hinein Abschlussarbeiten zu leisten. Nach Bezug im November 2010 waren kleinteilige Folgemaßnahmen abzuwickeln. Dazu gehörten auch die Anpassungen verschiedener Datenbestände (Personalkostenprognose, Telefonischer Hamburg Service) an die neuen Strukturen.

Das Begleiten und Steuern der Projekte zur Weiterentwicklung des Bildschirmdialogverfahrens „Bauangelegenheiten mit Computerunterstützung“ (BACom) und „Bauleitplanung online (BOP)“ erfolgte während des ganzen Jahres. Im Rahmen dieses Prozesses waren Vorarbeiten für eine bezirkseinheitliche Dienstanweisung zur Nutzung des Verfahrens BACom im Geschäftsfeld Bauprüfung zu erbringen. Die Regelung ist seit dem 01.01.2012 in allen Bezirksamtern in Kraft. Weiterhin waren aus der Federführungsfunktion in der Bezirksverwaltung heraus die Voraussetzungen zur Schaffung von überbezirklichen Verfahrensbetreuungen für alle Verfahrensmodule im Bezirksamt Bergedorf zu schaffen.

Auch im Jahr 2011 waren leitungsunterstützende Aufgaben aus Anlass der Senatsentscheidungen zur Haushaltskonsolidierung zu erledigen bzw. die Auswirkungen neuer Senatsentscheidungen zu begleiten.

Nach der Wahl zur Bürgerschaft hat sich die Zahl von Schriftlichen Anfragen spürbar erhöht. In den Antwortbeiträgen waren damit vermehrt Auskünfte zu Ressourcenausstattungen des Bezirksamtes zu liefern.

1.5 Rechtsamt

Leitung: Peter Moller, Tel. 42891-2031

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|------|------|------|
| Beschäftigungsvolumen (einschl. Vorzimmer D3) | 3,83 | 4,79 | 4,50 |

Aufgabe und Entwicklung im Jahr 2011

Das Rechtsamt ist neben seiner Funktion als Widerspruchsbehörde zuständig für die Erledigung aller im Bezirksamt anfallenden Rechtsstreitigkeiten, Erarbeitung rechtlich geprägter gutachtlicher Stellungnahmen und Formulierung von Verträgen sowie für die Beratung und Unterstützung der Bezirksamtsleitung, der Fachämter des Bezirksamtes, der Fraktionen der Bezirksversammlung, und ihres Präsidiums. Der gegenwärtige Rechtsamtsleiter ist zugleich stellvertretender Bezirkswahlleiter.

Außer mit der Leitung war das Rechtsamt durchgehend mit 2,5 Sachbearbeiterstellen besetzt. Zusätzlich stand für ein halbes Jahr eine Nachwuchskraft zur Verfügung. Trotz dieser guten Personalausstattung wurden weniger Vorgänge erledigt als im Vorjahr, was sich wegen zurückgegangener Eingangszahlen allerdings kaum auf die Reste ausgewirkt und auch nicht zu einer längeren Bearbeitungszeit für die Widersprüche geführt hat. Diese konnte vielmehr erfreulicherweise um durchschnittlich sechs Wochen reduziert werden.

Die Menge der Zugänge im Rechtsamt ist leicht zurückgegangen, was vollständig einer geringeren Zahl von Widerspruchsverfahren geschuldet ist, im Gegensatz zu rechtlichen Stellungnahmen, bei denen ein Zuwachs zu verzeichnen war. Bei den Widersprüchen war ein Minus von rund 20% zu verzeichnen. Mit über 56% der Fälle liegt der Schwerpunkt der Widersprüche wiederum im Bereich des Jugend- und Sozialhilferechts. Während der Sozialhilfebereich sich konstant zeigt, ist ein starker Rückgang auf normale Zahlen bei der



Jugendhilfe zu verzeichnen, weil die letztjährige Sonderkonjunktur wegen der erhöhten Beiträge zur Kindertagesbetreuung weggefallen ist.

In den übrigen Fachbereichen bewegen sich die Widerspruchszahlen im Rahmen normaler Schwankungen; die Fallzahlen sind im Einzelnen der untenstehenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen. Dass knapp die Hälfte (sechs Fälle) der Ausländersachen zugunsten der Widersprechenden ausgegangen sind, ist eine Folge der Dynamik, die den Sachverhalten dieses Rechtsgebietes innewohnt: Papiere können noch herbeigeschafft, Ehen geschlossen werden, etc.

Nach wie vor erfüllt das Widerspruchsverfahren seinen Zweck, Streitigkeiten zu befrieden. Nur 22% der Widerspruchsbescheide werden mit einer Klage angefochten, wobei zu berücksichtigen ist, dass rund 40% der Widerspruchsverfahren schon im Vorfeld, ohne förmlichen Bescheid abgeschlossen werden. Es gelangen also nur ca. 13% aller verwaltungsrechtlichen Streitverfahren überhaupt zu den Gerichten. Für die Qualität der im Bezirksamt getroffenen Entscheidungen spricht, dass hiervon wiederum 90% zu Gunsten des Bezirksamtes entschieden werden.

Auffällig ist der starke Zuwachs von schriftlichen Stellungnahmen, die von den Fachämtern des Bezirksamtes angefordert wurden. Die Steigerung von 40% (247 zu 173) ist sicher nicht allein mit der Tatsache zu erklären, dass die Fachämter mit dem auf kurzem Wege von sach- und ortskundigen Kollegen geleisteten Rechtsservice zufrieden sind. Hierin dürfte sich vielmehr auch widerspiegeln, dass die im Bezirksamt zu bewältigenden Vorgänge rechtlich immer komplexer werden.

Daneben hat das Rechtsamt 30 Bebauungsplanverfahren begleitet, wobei besonders die Rechtsprüfung vor der öffentlichen Auslegung und die abschließende rechtliche Prüfung aufwendig sind.

Im Jahr 2011 absolvierten neben acht Rechtsreferendaren auch drei Wirtschaftsreferendare ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt, das sich für die Ausbildung auch deshalb besonders gut eignet, weil es keine Spezialisierung gibt, sondern alle Referenten als Ausbilder das komplette Aufgabenspektrum abdecken. Um seiner Verantwortung gegenüber den Nachwuchskräften gerecht zu werden, schöpft das Rechtsamt die personellen und räumlichen Kapazitäten regelmäßig aus.

Kennzahlen:

| Widerspruchsverfahren¹ | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| <u>Zugang</u> | 377 | 357 | 288 |
| erledigt | | | |
| - (überwiegend) zugunsten des Amtes | 249 | 365 | 245 |
| - (überwiegend) zugunsten der Gegenseite | 42 | 33 | 31 |
| Bestand am 31.12. | 211 | 170 | 182 |
| von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf | | | |
| - Bauprüf- und Bauangelegenheiten | | | |
| - Zugang | 65 | 50 | 47 |
| - erledigt | 39 | 69 | 54 |
| - davon zugunsten d. Widersprechenden | 15,4 % | 10,1 % | 9,3 % |
| - Rest | 56 | 37 | 30 |

¹ Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.



| | | | |
|---|--------|-------|--------|
| - Tief- und Gartenbau-, Naturschutzangelegenheiten | | | |
| - Zugang | 27 | 24 | 12 |
| - erledigt | 23 | 25 | 20 |
| - davon zugunsten d. Widersprechenden | 13 % | 0 % | 35 % |
| - Rest | 13 | 12 | 4 |
| - Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialhilfeangelegenheiten | | | |
| - Zugang | 211 | 197 | 164 |
| - erledigt | 149 | 216 | 131 |
| - davon zugunsten d. Widersprechenden | 14,7 % | 7,4% | 9,16 % |
| - Rest | 100 | 81 | 114 |
| -Wohngeld, USG, Elterngeld | | | |
| - Zugang | 17 | 20 | 19 |
| - erledigt | 19 | 21 | 18 |
| - davon zugunsten d. Widersprechenden | 5,3 % | 19 % | 5,5 % |
| - Rest | 8 | 7 | 8 |
| - Einwohneramtsangelegenheiten | | | |
| - Zugang | 2 | 2 | 0 |
| - erledigt | 3 | 3 | 0 |
| - davon zugunsten d. Widersprechenden | | 33,3% | |
| - Rest | 1 | 0 | 0 |
| - Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten | | | |
| - Zugang | 20 | 24 | 20 |
| - erledigt | 20 | 22 | 19 |
| - davon zugunsten d. Widersprechenden | 15 % | 0 % | 5,2 % |
| - Rest | 8 | 10 | 11 |
| - Gebührenangelegenheiten | | | |
| - Zugang | 17 | 14 | 11 |
| - erledigt | 15 | 21 | 13 |
| - davon zugunsten d. Widersprechenden | 6,7 % | 9,5 % | 15,3 % |
| - Rest | 18 | 11 | 9 |
| - Ausländerangelegenheiten | | | |
| - Zugang | 9 | 12 | 10 |
| - erledigt | 13 | 10 | 13 |
| - davon zugunsten d. Widersprechenden | 30,8 % | 10 % | 46,1 % |
| - Rest | 4 | 6 | 3 |
| B-Plan-Verfahren | 17 | 20 | 30 |

| <u>Verfahren vor den Gerichten</u> | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| (Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte) | | | |
| Antragsverfahren I. und II. Instanz | | | |
| - anhängig wurden | 30 | 34 | 26 |
| - abgeschlossen wurden | 30 | 31 | 32 |
| - davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers | 8 | 4 | 3 |
| - Bestand | 13 | 16 | 10 |

| | | | |
|--|-----|-----|-----|
| Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz | | | |
| - anhängig wurden | 92 | 103 | 79 |
| - abgeschlossen wurden | 97 | 89 | 74 |
| - davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers | 21 | 10 | 10 |
| - Bestand | 122 | 136 | 141 |



| Rechtsservice | | | |
|----------------------|-----|-----|-----|
| Zugang | 256 | 296 | 320 |
| Erledigung | 257 | 285 | 366 |
| Rest | 92 | 103 | 57 |

| Verfahrensdauer in Tagen | | | |
|---------------------------------|-------|-------|--------|
| Verfahren im Bezirksamt | 238,4 | 165,2 | 145,5 |
| - davon Widerspruchsverfahren | 196,6 | 178,2 | 135,4 |
| Gerichtsverfahren | | | |
| - Antragsverfahren | 203 | 165,7 | 96,6 |
| - Beschwerdeverfahren | 318 | 183,8 | 90,9 |
| - Klageverfahren | 681 | 480,1 | 396,6 |
| - Berufungsverfahren | 448 | 671,4 | 1028,4 |

2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|
| Beschäftigungsvolumen | 29,56 | 29,72 | 29,99 |

2.1 Fachamt Einwohnerwesen

(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)

Leitung: Sabine von Issendorf, Tel. 42891 – 3461

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|
| Beschäftigungsvolumen | 20,32 | 20,47 | 20,87 |

| Allgemeine Kennzahlen | 2009 30.06.2009 | 2010 30.06.2010 | 2011 30.06.2011 |
|--------------------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|
| Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf | 120.102 | 120.748 | 121.372 |
| davon Ausländer | 11.505 | 11.486 | 11.982 |



Abteilung für Einwohnerdaten

| Bergedorf - gesamt - | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|------------|---------|--------|
| Anzahl der erteilten Personaldokumente | 17.531 | 22.248 | 20.738 |
| Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen | 11.242 | 14.721 | 16.336 |
| Durchschnittliche Wartezeit in Minuten (für die Jahre 2009, 2010 nur messbar im Bürgerzentrum Bergedorf) | 20 | 25 | 28 |
| Durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit 1) | 62,71 % 1) | 59,59 % | 59,21% |

1) Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service
Diese Jahresauswertung erfolgte erstmalig für das Jahr 2009

Öffnung des Einwohnerdatenbereiches

Wie bereits in den Vorjahren, ist es auch im Jahr 2011 gelungen den dauerhaften und regelmäßigen Dienstbetrieb zu gewährleisten.

Wartezeiten

Die durchschnittliche Wartezeit im Jahresmittel betrug 28 Minuten. Damit wurde das gesetzte Ziel im Fachbereich Einwohnerdaten im Jahresmittel eine durchschnittliche Wartezeit von 25 Minuten zu erreichen, leicht verfehlt.

Seit Jahresbeginn empfiehlt der Fachbereich Einwohnerdaten die während der Öffnungszeiten angebotene Terminvereinbarung zu nutzen.

Für Kunden mit einem Termin entfällt die Wartezeit.

Dieses Angebot wird zunehmend positiv genutzt.

Telefonische Erreichbarkeit

Die telefonische Erreichbarkeit konnte mit knapp 60 % gegenüber den Vorjahren stabil gehalten werden.



Abteilung für Ausländerangelegenheiten

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------|-------|---------|
| Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland) | 1.165 | 1.503 | 1.425 |
| Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen | 3.135 | 3.027 | 3.693*) |
| Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen | 78 | 63 | 51*) |
| Freizügigkeitsbescheinigungen | 240 | 257 | 278*) |

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|---------------|---------|---------|
| durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit 2) Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service; | 91,35 % 2) | 81,68 % | 78,47 % |

Elektronischer Aufenthaltstitel

Mit dem 01. 09. 2011 wurde der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) eingeführt.

Der elektronische Aufenthaltstitel ist in Anlehnung an den neuen Personalausweis eine Multifunktionskarte, die den bisherigen, im Nationalpass des Ausländers eingeklebten Aufenthaltstitel abgelöst hat.

Aufenthaltstitel werden seitdem als eigenständiges Dokument in Scheckkartengröße ausgestellt. Ein auf der Karte aufgebrachter Chip speichert die personenbezogenen Daten, die biometrischen Daten (d. h. das Lichtbild, den Fingerabdruck) und die zusätzlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Aufenthaltstitel.

Mit der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels ist es erforderlich geworden, dass jeder betroffene Ausländer ein weiteres Mal im Fachbereich Ausländerwesen vorsprechen muss. Damit hat sich das Kundenaufkommen im Fachbereich erheblich erhöht.

Terminvereinbarung

Trotz des erheblich höheren Kundenaufkommens ist es durch die Terminsteuerung gelungen, die hohe Servicequalität beizubehalten.

Das Terminangebot konnte mit einem Zeitfenster von durchschnittlich ca. 7 bis 10 Arbeitstagen gehalten werden. Notfälle wurden - nach wie vor - sofort bearbeitet.

Die Aushändigung der eAT erfolgt schwerpunktmäßig zu den kundenschwächeren Zeiten. Der Kunde wird im Rahmen der Antragstellung dahingehend beraten, den fertiggestellten eAT zu den kundenschwächeren Zeiten (z. B. Montagnachmittags) abzuholen. Das Abholen des eAT erfordert zurzeit noch keine Terminvereinbarung.



Telefonische Erreichbarkeit

Die telefonische Erreichbarkeit des Fachbereiches Ausländerangelegenheiten ist mit einer Quote von 78,47 % weiterhin sehr gut.

2.2 Fachamt Personenstandswesen

Leitung: ab 01.07.2011 Dirk Bakker, Tel. 42891-2500

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|------|------|------|
| Beschäftigungsvolumen | 9,24 | 9,25 | 9,12 |

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Die Vorbereitungen auf die Umstellung des Personenstandswesens auf das elektronische Personenstandsregister sind mit hohem Einsatz der Mitarbeiter im Jahr 2011 termingerecht fertiggestellt worden. Als Termin war Dienstag der 4. Oktober vorgesehen. Dieser Termin wurde am Arbeitstag davor, also am 30. September durch die verantwortliche Dienststelle abgesagt. Es gab plötzlich Bedenken seitens des Datenschutzbeauftragten. Dies hat zu organisatorischen Problemen geführt, die aber mit den Kollegen und Kolleginnen aufgefangen werden konnten.

Die Einführung des Zentralen Testamentsregisters in 2012 durch die Bundesnotarkammer erforderte eine strukturelle Vorbereitung im Standesamt. Diese ist zum Jahresende plangemäß abgeschlossen worden.

Die bis zur Reform des Personenstandsrechtes durch das Amtsgericht Hamburg durchzuführenden Berichtigungen sind auf die Standesämter und damit auf die Standesbeamten umverteilt worden.

Die Regelungen im Personenstandsgesetz und in der Personenstandsverordnung gehen aktuell zum Teil auseinander, was in der täglichen Rechtsanwendung regelmäßig zu Schwierigkeiten führt. Das Bundesministerium des Inneren hat eine Evaluation der Vorschriften im Personenstandswesen durchgeführt, bei der auch die Bundesländer und Standesämter beteiligt worden sind.

Durch das Ausscheiden des Amtsleiters im ersten Halbjahr 2011 war es Aufgabe des Standesamtes, eine Vollzeitstelle aufzufangen. Dies ist durch besonderen Einsatz aller Mitarbeiter/innen ohne allzu große Einschränkungen in der Aufgabenwahrnehmung gelungen. Daneben musste zusätzlich der krankheitsbedingte dauernde Ausfall einer weiteren Vollzeitkraft aufgefangen werden. Diese Ausfälle konnten allerdings nur dadurch abgefedert werden, dass stark priorisiert wurde, kritische Aufgaben vorrangig und Ablagen nachrangig bearbeitet wurden.

Die Eheschließungen/Lebenspartnerschaften außerhalb des Standesamtes montags – freitags sind seit Jahren ein fester Bestandteil des standesamtlichen Angebotes. Valentinstag und der 11.11.11 wurden als besondere Eheschließungstage angeboten und gut angenommen. Am 11.11.11 gab es ein großes Medieninteresse, der TV-Sender Hamburg1 war live vor Ort.

Die besondere Publikumsausrichtung des Standesamtes spiegelt sich in der saisonalen Dekoration des Interieurs wieder.

Die Eheschließungen/Lebenspartnerschaften im Bergedorfer Schloss waren regelmäßig gut nachgefragt.



| | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|------|------|------|
| Geburtsbeurkundungen | 860 | 856 | 686 |
| Davon mit Ausländerbeteiligung | 242 | 210 | 175 |
| Sterbefallbeurkundungen | 930 | 940 | 943 |
| Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen | 5,0 | 6,0 | 5 |
| Anmeldungen der Eheschließung | 723 | 722 | 616 |
| Davon mit Ausländerbeteiligung | 101 | 98 | 85 |
| Eheschließungen | 595 | 574 | 495 |
| Beurkundungen von Kirchnaustretserklärungen | 575 | 490 | 549 |

3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT

Leitung: Angela Braasch-Eggert 2028/2029

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-------------------------|---|--------|--------|
| Beschäftigungsvolumen | 166,08 | 167,54 | 171,55 |
| Sachkostenbudget | | | |
| Ansatz und Rest Vorjahr | 65.178 | 65.178 | 49.951 |
| Ausgaben | 65.178 | 65.178 | 49.574 |
| übertragbarer Rest | | | 377 |
| betreute Fachausschüsse | Fachausschüsse für Sport und Kultur, für Soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss | | |

Einführung

Neben dem Tagesgeschäft prägte im Jahre 2011 der Regierungswechsel mit einer neuen Behördenstruktur und geänderten inhaltlichen Akzentsetzungen die Arbeit im Dezernat. Hinzu kamen Unsicherheiten hinsichtlich der Fortführung von sinnvollen Projekten, die mit Unterstützung von LBK-Rückkehrern durchgeführt wurden.

Das Jugendamt hatte das ganze Jahr über mit einer beträchtlichen Personalfuktuation im ASD zu kämpfen. Zusätzliche Sozialarbeiterstellen, die an Schulen in Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket und im Bereich Amtsvorschundtschaften geschaffen wurden, erschwerten noch weiter die Rekrutierung geeigneten Personals. Dabei handelt es sich nicht um ein Bergedorfer Problem, es sind in ganz Hamburg nicht genügend qualifizierte Sozialarbeiter zu gewinnen. Ungeachtet des ständigen Aufwands für intensive Einarbeitung wurden Projekte wie JuS-IT weitergeführt und die inhaltliche Neuausrichtung der Hilfen zur Erziehung voran getrieben.

Insgesamt gewinnt der Blick in den Sozialraum an Bedeutung. Auf der Basis von Analysen wurden Bedarfe ermittelt, Stärken und Schwächen erkannt. Das Augenmerk des Dezernats ist gerichtet auf gute Kontakte zu den Akteuren in den Quartieren und deren Unterstützung sowie auf eine auskömmliche Finanzierung von Angeboten. Die Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung insgesamt sind noch nicht absehbar und noch nicht konkretisiert. Erfreulicher Weise konnte aber in Boberg noch Ende des letzten Jahres eine neue Jugendeinrichtung eröffnet werden.

Noch nicht vollständig abschätzbar in seinen Auswirkungen auf das System der Jugendarbeit und Jugendhilfe ist der Ausbau von Ganztagschulen (Ganztägige Betreuung an Schulen). In



einem ersten Schritt wurden, begleitet von bezirklichen Bildungskonferenzen, Kooperationspartner für die Betreuung am Nachmittag durch die Schulen ermittelt. Es wird jetzt wesentlich darauf ankommen, die Angebotsstruktur so zu gestalten, dass die Prinzipien der Jugendarbeit gewahrt bleiben und die Bildungsbeiträge aller Beteiligten in ihrer Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen wert geschätzt werden.

Die guten Kontakte zu Vertretern von Migrantenorganisationen sind ausgebaut und gepflegt worden.

Auch wenn eine Kundenbefragung noch aussteht, kann schon jetzt festgestellt werden, dass sich Wartezeiten und die Wartesituation für Rat oder Hilfe suchende Bürger im neuen Dienstleistungszentrum verbessert haben. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Situation aber leider trotz Verbesserungen nach wie vor noch nicht so gut wie sie sein könnte. Immer noch nicht konnten alle Mängel der Heizung, Luftfeuchtigkeit, Toiletten und Schließanlagen beseitigt werden. Diese Probleme sind aber alle im Fokus.

Ohne das große Engagement, die Fachkompetenz und Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dezernat hätte das nachfolgend beschriebene Arbeitsergebnis nicht erreicht werden können.

3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum

Leitung: Angelika Lange, Tel. 42891.2120

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|
| Beschäftigungsvolumen | 47,24 | 47,13 | 51,32 |

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Allgemeines

Nach dem Umzug in das neue Dienstleistungszentrum am Bahnhofsvorplatz Ende 2010 haben alle Abteilungen des Fachamtes Grundsicherung und Soziales / Soziales Dienstleistungszentrum im Jahr 2011 erstmals seit vielen Jahren alle Dienstleistungen unter einem Dach angeboten. Gleichzeitig sind neue organisatorische Abläufe implementiert worden. Die Kunden werden in der Eingangszone empfangen und erhalten dort erste Informationen oder Unterlagen. Für umfangreichere Anliegen erfolgt eine Terminvergabe, kürzere Anliegen werden an den sogenannten Schnellschaltern sofort erledigt. Der neue Standort ist von den Kunden des SDZ gut angenommen worden.

Mehr als 17.000 Vorsprachen von Bürgerinnen und Bürgern erfolgten ohne vorherige Terminvergabe zur offenen Sprechzeit allein in den drei größten Leistungsbereichen Wohngeld, Wohnberechtigungsbescheinigungen und Sozialhilfe/Grundsicherung. Die durchschnittliche Wartezeit lag in den Bereichen Wohnberechtigungsbescheinigungen bei unter 5 Minuten, im Wohngeldbereich bei knapp 5 Minuten und im Bereich der Sozialhilfe und Grundsicherung bei unter 10 Minuten.

Das Projekt JUS-IT zur Ablösung der bisherigen Software in den Bereichen Jugendhilfe, Sozialhilfe und Wohngeld hat die Beschäftigten des SDZ im Berichtsjahr weniger in Anspruch genommen als im Vorjahr. Vorrangig wird seitens des Projektes die Einführung der neuen IT-Lösung im Jugendhilfebereich betrieben.

Bildung und Teilhabe

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 ist dem Gesetzgeber aufgegeben worden, die Regelbedarfe nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) verfassungskonform neu zu bemessen. Einen besonderen Stellenwert hat das Bundesverfassungsgericht den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen beigemessen. Bedürftigen Kindern soll die Teilnahme an Aktivitäten aller



Gleichaltrigen und Zugang zu Bildung ermöglicht werden. Diese Zielsetzung ist mit dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderungen im SGB II und SGB XII umgesetzt worden. Danach werden die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) als eigenständige Bedarfe neben dem Regelbedarf anerkannt, um durch zielgerichtete Leistungen eine stärkere Integration bedürftiger Kinder und Jugendlicher in die Gemeinschaft zu erreichen. Die Regelung folgt der Zielsetzung, dass durch BuT am sozialen und kulturellen Leben die materielle Basis für Chancengerechtigkeit hergestellt wird. Der Bildung soll insbesondere bei der nachhaltigen Überwindung von Hilfebedürftigkeit und zukünftigen Lebenschancen eine Schlüsselfunktion zukommen.

Ziel ist es darüber hinaus, dass die Leistungen direkt beim Kind oder Jugendlichen ankommen. Aus diesem Grunde sind die überwiegenden BuT-Leistungen (außer Schulbedarfspaket) als Sach- oder Dienstleistungen geregelt.

Das Bildungspaket umfasst einen Zuschuss für Schul- und Kitamittagessen, eintägige Schul- oder Kitaausflüge, mehrtägige Klassenreisen, Schulmaterial, soziokulturelle Teilhabe (z.B. Vereinsmitgliedschaft), Schülerbeförderung und bei Bedarf Lernförderung.

Leistungen in Anspruch nehmen können Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem SGB II, Leistungen der Sozialhilfe oder Grundsicherung nach dem SGB XII, Empfänger von Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeld oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat im Juni 2011 beschlossen, auch Kindern und Jugendlichen mit Leistungen nach § 3 (AsylbLG) in den Kreis der Berechtigten einzubeziehen.

In Hamburg gehören rund 78.500 Kinder und Jugendliche und Jungerwachsene zum Kreis der Leistungsberechtigten:

Stand: 26.04.2011

| Leistung | Summe | Kap. 3 SGB XII | Kap. 4 SGB XII | SGB II | Wohngeld | Kinderzuschlag | § 2 AsylbLG |
|--------------------|---------------|-------------------|-------------------|---------------|---------------|----------------|--------------|
| unter 6 | 28.550 | 220 | 0 | 24.400 | 3.580 | 120 | 230 |
| 6 bis unter 14 | 34.750 | 430 | 0 | 27.000 | 6.570 | 230 | 520 |
| 14 bis unter 18 | 7.585 | 125 | 0 | 4.200 | 2.900 | 100 | 260 |
| 18 bis unter 25 | 7.615 | 125 | 370 | 5.400 | 1.450 | 50 | 220 |
| Summe | 78.500 | 900 | 370 | 61.000 | 14.500 | 500 | 1.230 |

Rund 17.500 Leistungsberechtigte fallen in die Zuständigkeit der Sozialen Dienstleistungszentren, davon rund 1.700 in die des Sozialen Dienstleistungszentrums Bergedorf. Genaue Zahlen zur Inanspruchnahme dieser Leistungen liegen noch nicht vor, da beispielsweise einige Leistungen der sozio-kulturellen Teilhabe, insbesondere solche der Sportvereine zentral zwischen den Leistungsanbietern und dem Bezirksamt Eimsbüttel abgerechnet werden.

Die zum Jahresbeginn geplante Einführung ist verzögert worden und nach einem längeren Vermittlungsverfahren schließlich rückwirkend im April 2011 erfolgt. Fachliche Vorgaben gab es zunächst nicht oder nicht ausreichend. Dennoch ist die Umsetzung sehr kurzfristig gut gelungen. Es haben sich nahezu alle Abteilungen des Sozialen Dienstleistungszentrums beteiligt und vorübergehend ihre eigenen, originären Aufgaben zurückgestellt. Da der Gesetzgeber der Verwaltung kaum Zeit für die interne Vorbereitung gelassen hat, wäre die Information, umfängliche Beratung und rechtzeitige Leistungsgewährung der Leistungsberechtigten ohne diese Unterstützungsleistung nicht möglich gewesen. Im Laufe des zweiten Kalenderhalbjahres ist die Bearbeitung von BuT-Leistungen zum großen Teil, aber noch nicht vollständig in die laufende Sachbearbeitung übergegangen.



Sozialhilfe und Grundsicherung

Neben dem Bildungspaket haben sich weitere Gesetzesänderungen auf das Fallaufkommen in der Sozialhilfe und Grundsicherung ausgewirkt. Durch geänderte gesetzliche und fachliche Vorgaben zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit haben 102 Empfänger von Leistungen nach dem SGB II allein im 1. Quartal 2011 ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld II verloren. Zur Verhinderung einer Leistungslücke war der Lebensunterhalt kurzfristig nach den Bestimmungen des SGB XII sicher zu stellen.

Die Anzahl der Empfänger von Leistungen nach Kapiteln 3 und 4 SGB XII ist aus diesem Grund sowie außerdem wegen der weiter wachsenden Lebenserwartung gestiegen. Gegenüber 2008 erhielten in 2011 über 300 Menschen mehr Leistungen der Grundsicherung im Alter oder bei dauerhafter voller Erwerbsminderung.

Nachdem von 2008 an die Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG sank, ist sie 2011 wieder gestiegen. Die Entwicklung ist unmittelbare Folge der gestiegenen Zuwandererzahlen.

Leistungen der Hilfe zur Pflege, Bezirkliche Seniorenberatung, Pflegefachkraft und Pflegestützpunkt

Die Bürogemeinschaft zwischen Bezirklicher Seniorenberatung, Pflegefachkraft, Pflegestützpunkt, Heimaufsicht und Beratungsstelle für Körperbehinderte hat sich bewährt. Der neue Standort ist gut angenommen worden. Alle Akteure profitieren von den kurzen Informationswegen. Über 1000 persönliche Beratungsgespräche und knapp 250 Hausbesuche sind durchgeführt worden.

Zwei Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes haben an umfangreichen Qualifizierungsmaßnahmen zur Pflegeberaterin nach § 7a SGB XI teilgenommen. Die Außensprechstunden im Haus Brügge und in der DRK-Tagespflege Vierlande konnten im 2. Kalenderhalbjahr deshalb nicht mehr angeboten werden.

Die Pflegefachkraft in der Bedarfsfeststellung unterstützt die Seniorenberatung durch Feststellung des pflegerischen Bedarfs, Einstufung in eine Pflegestufe bei nicht pflegeversicherten Personen, Anregung einer Höherstufung bei pflegeversicherten Personen, Feststellung der Voraussetzung zur besonderen stationären Dementenbetreuung und deckt ggf. Mängel in der pflegerischen Versorgung auf. Das Projekt Pflegefachkraft in der Bedarfsfeststellung ist evaluiert und als erfolgreich bewertet worden und wird zunächst bis Ende 2012 verlängert. Die Verstetigung wird angestrebt.

Fachstelle für Wohnungsnotfälle

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat mit dem Vertrag für Hamburg sowie dem Bündnis für das Wohnen die Grundlagen für mehr (bezahlbaren) Wohnraum geschaffen. Diese Maßnahmen werden sich erst in den nächsten Jahren auswirken. Das Jahr 2011 war wie schon das Vorjahr von dem Mangel an günstigem Wohnraum für Geringverdiener und Transferleistungsempfänger geprägt. Die Fluktuation auf dem Wohnungsmarkt insbesondere in den stark nachgefragten und günstigen Segmenten ist gering, die Konkurrenz unter den Wohnungssuchenden weiterhin sehr hoch. Die Möglichkeiten, sich selbst mit angemessenem Wohnraum zu versorgen, sind entsprechend eingeschränkt. Die Anzahl der erteilten Dringlichkeitsscheine hat einen Höchststand erreicht. Dies ist zu einem Teil auch darauf zurück zu führen, dass dem Kreis der Dringlichkeitsschein-Berechtigten seit Februar 2011 auch diejenigen angehören, die in prekären, nämlich unsicheren, ständig wechselnden Wohnverhältnissen leben. Zum Jahresende waren noch 408 Haushalte mit Dringlichkeitsschein unversorgt. Die angespannte Situation lässt sich auch daran ablesen, dass die Anzahl der Vorsprachen mit knapp 4.000 einen Höchststand erreicht hat.

Dringlichkeitsbestätigungen erhalten obdachlose Personen, die auf der Straße leben oder wohnungslose Menschen in Unterkünften oder entsprechenden Unterbringungsprojekten. Die Anzahl der erteilten Dringlichkeitsbestätigungen ist rückläufig, weil die Fluktuation in bzw. aus den Wohnunterkünften gering ist. Eine Situation, die wiederum dem knappen Angebot an angemessenem Wohnraum geschuldet ist.



Bereits in den beiden Vorjahren hat sich die Unterbringungssituation obdach- und wohnungsloser Haushalte als zunehmend schwierig erwiesen, weil Unterkunftsplätze nicht mehr in ausreichender Zahl zur Verfügung standen. Nicht nur in Bergedorf, sondern in allen Bezirken Hamburgs wurde deshalb nach Erweiterungsmöglichkeiten vorhandener Unterkünfte und nach Möglichkeiten zur Realisierung neuer Unterkünfte gesucht und gefunden. So soll beispielsweise die Wohnunterkunft Curslacker Neuer Deich zeitlich befristet erweitert werden.

Die Quote der positiv abgeschlossenen Wohnungssicherungsfälle konnte nach einem Einbruch in 2010 in Berichtsjahr wieder gesteigert werden. Sie liegt über dem hamburgischen Durchschnitt und ist nun wieder annähernd vergleichbar mit den Ergebnissen der Jahre 2008 und 2009.

Wohngeld

Auch im Wohngeldabschnitt war das Jahr 2011 noch von den „Umzugsfolgen“ geprägt. Die Präsenz im sogenannten Front-Office erfordert während der (erweiterten) Sprechzeiten, aber auch in der internen Vorbereitung eine gute Organisation und Abstimmung. Die bessere persönliche und örtliche Erreichbarkeit in den Sprechzeiten ist von den Bürgern sehr gut angenommen worden.

Die Anzahl der Empfänger von Wohngeld oder Lastenzuschuss ist wieder rückläufig, eine Folge der Streichung des gerade erst 2009 eingeführten Heizkostenzuschusses. Dies, teilweise auch im Zusammenhang mit der Rentenerhöhung, hat vielfach dazu geführt, dass der Anspruch auf Wohngeld entfallen ist.

Wer Wohngeld aufgrund unrichtiger oder unvollständiger oder verspäteter Angaben bezieht, handelt ordnungswidrig. Nach vorbereitenden Schulungen und Anpassungen der Software werden seit März 2011 Bußgeldverfahren im Wohngeldbereich durchgeführt, im Jahr 2011 waren es 22 Verfahren. Die Anzahl der zu überprüfenden Fälle lag etwa zehnmal höher.

Elterngeld

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 wurde auch das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) ab dem 01.01.2011 in einigen Bereichen geändert.

Da mit der Gesetzesänderung keine Stichtagregelung getroffen wurde, mussten insbesondere in der 1. Jahreshälfte auch alle Leistungsbezieher, die am 01.01.2011 noch Leistungen aus dem Jahr 2010 bezogen haben, geprüft und die Bescheide ggf. den neuen gesetzlichen Erfordernissen angepasst werden.

Die Anzahl der Anträge auf Elterngeld ist im Berichtsjahr wie schon im Vorjahr erneut leicht angestiegen.

Unterhaltssicherung

Laufende und einmalige Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) zur Sicherung bestimmter Lebensbereiche und des Unterhalts von Familienangehörigen erhalten Grundwehrdienstleistende, freiwillig zusätzlich Wehrdienstleistende, Zivildienstleistende und Wehrübende.

Das Wehrechtsänderungsgesetz hat sich auf diesen Leistungsbereich, der in Bergedorf zentral für ganz Hamburg bearbeitet wird, unmittelbar ausgewirkt. Die letzten Zivildienstleistenden sind am 31.12.2011 ausgeschieden. Bis Jahresbeginn waren von den 1.559 (Stand 31.12.2010) Empfängern von Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) jeweils rund ein Drittel Wehrdienstleistende oder freiwillig zusätzlich Wehrdienstleistende (über den Grundwehrdienst hinaus), Zivildienstleistende und Wehrübende. Mit dem 30.06.2011 waren Wehrdienstleistende, zusätzlich Wehrdienstleistende und Zivildienstleistende auf Antrag aus dem Dienst zu entlassen. Die Pflicht zum Wehr- oder Zivildienst ist entfallen.

Die Anzahl der Wehrübenden hat sich gegenüber dem Jahr 2010 nicht wesentlich verändert (2010: 534; 2011: 511). Die Anzahl der Wehrdienst- oder Zivildienstleistenden ist hingegen erwartungsgemäß deutlich zurück gegangen.



| Kennzahlen | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-----------------|-----------------|--|
| Hilfen zum Lebensunterhalt | | | |
| Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII | 184 | 203 | 333 |
| Durchschnittliche Ausgaben pro HE in € | 681 | 665 | 789 |
| Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem 4. Kap. SGB XII | 1.416 | 1.522 | 1.629 |
| Durchschnittliche Ausgaben pro HE in € | 480 | 498 | 512 |
| Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG | 785 | 780 | 808 |
| Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in € | 496 | 508 | 511 |
| Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, öffentliche Unterbringung, Wohnungsangelegenheiten | 2009 | 2010 | 2011 |
| Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust | 643 | 606 | 582 |
| Anzahl der abgeschlossenen Fälle | 612 | 543 | 483 |
| Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in % | 86,0 | 81,5 | 87 |
| Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung | 166 | 191 | 156 |
| Anzahl Wohnungsvermittlungen gem. Kooperationsvertrag | 47 ₁ | 51 ₂ | 53 ₃ |
| Gesamtwohnungszahl | 53.549 | 54.506 | Aktuelle Zahlen der BSU/-WSB liegen nicht vor. |
| Davon Sozialwohnungen | 9.778 | 9.649 | 9.497 |
| Wohnberechtigungsbescheinigungen (§-5-Scheine) | 1.229 | 1.030 | 994 |
| Dringlichkeitsscheine | 375 | 490 | 554 |
| Dringlichkeitsbestätigungen | 315 | 217 | 173 |

₁ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 133, mithin insges. 180

₂ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 107, mithin insges. 158

₃ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 88, mithin insges. 141



| | | | |
|--|-------|-------|-------|
| Wohngeld, Elterngeld, Unterhaltssicherung | | | |
| Anzahl Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten | 1.670 | 1.522 | 1.408 |
| Anzahl der Empfänger von Elterngeld (Anträge) | 1.246 | 1.278 | 1.312 |
| Anzahl Bewilligungen einmaliger oder laufender Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) ⁵ | 1.635 | 1.599 | 904 |

3.2 Fachamt Sozialraummanagement

Leitung: Sven Dahlgaard, Tel. 428.91 – 2307

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|
| Beschäftigungsvolumen | 30,23 | 31,61 | 32,01 |

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Das Fachamt Sozialraummanagement nimmt fachübergreifend Aufgaben des Bezirksamtes mit dem Fokus auf die sozialräumliche Entwicklung wahr. Neben den Arbeitsfeldern der Stadtteilentwicklung und städtebaulichen Sanierung besteht die Zuständigkeit für Aufgaben der Jugendhilfe- und Sozialplanung, der Entwicklung und Bereitstellung von Angeboten aus den Bereichen Familienhilfe, Seniorenarbeit, Förderung des Ehrenamtes, Integration von Zuwanderern, Stadtteilkultur, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Sportförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe.

Äußerst schwierig gestaltete sich 2011 die Umsetzung der sozialräumlichen Ausrichtung der Hamburger Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) bei gleichzeitiger Reduzierung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und der damit verbundenen Kürzung von Arbeitsgelegenheiten.

Die 2009 eingeleitete Schul- und Bildungsreform und die damit verbundene Ausweitung der ganztägigen Beschulung sowie die Implementierung Regionaler Bildungskonferenzen stellte auch 2011 zusätzliche Anforderungen an das Fachamt, da hier die bezirkliche Beteiligung an diesen Prozessen geleistet wird. Die Durchführung zahlreicher Stadtteil- und Kinderfeste, sowie Ferienfreizeiten bildeten 2011 zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.

3.2.1

Stadtteilentwicklung und bezirkliches Bildungsmanagement

Abteilungsleitung: Dr. Ingrid Stöckl, Tel. 42891-2530

Aufgabe und Entwicklung 2011

Die Stadtteilentwicklung war geprägt durch die komplexen Vorgaben aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) und den damit verbundenen vielschichtigen Abstimmungsprozessen mit den beteiligten Behörden und Akteuren. Neu eingeführt wurde die Controlling-Datenbank, die sowohl ein fachliches wie auch monetäres



Controlling aller durchgeführten und geplanten Maßnahmen in den Entwicklungsgebieten abbildet.

Die Nachsorgephase in Lohbrügge-Nord wurde mit Ablauf des Jahres 2011 beendet.

Auch 2011 haben sich die Lohbrügger Wohnungsbaugesellschaften sowohl finanziell als auch ideell daran beteiligt, das Image von Lohbrügge zu verbessern und den gemeinsamen Internetauftritt zu aktualisieren. Die Wohnumfeldmaßnahmen am Lindwurm (Neugestaltung der Zuwegung, Erneuerung der Spielflächen, Neubau von Spielplätzen auf dem Gelände und Einzäunung des Geländes) sind erfolgreich umgesetzt.

Es ist Dank der Übergangsfinanzierung mit RISE-Mitteln gelungen, den laufenden Betrieb des Hauses Bruegge mit einer Übergangsfinanzierung in 2011 und 2012 bis zu einer bezirklichen Neuregelung abzusichern.

Hat der Stadtteilbeirat unter Federführung des Gebietsentwicklers Lawaetz-Stiftung hat 10 Mal im Jahr getagt und unbürokratisch für kleinere Projekte zugunsten der Jugend- und Familienförderung, der Förderung von Nachbarschaften und der Integration von Migranten und Förderung des Gemeinsinns zusammen für Lohbrügge-Nord und Lohbrügge-Ost rd. 30 Tsd. Euro bewilligt. Auch in 2011 wurden wieder erfolgreich Stadtteilstefte durchgeführt (das Nachbarschaftsfest am Billebogen und das sogenannte Suppenfest im September).

Die Umsetzung der im Integrierten Entwicklungskonzept benannten Projekte in Lohbrügge-Ost ist gut vorangekommen. Zu nennen sind hier u.a. die Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und öffentlichen Raums (Gestaltung der Kinderspielplätze Harnackring und Buchenweg und die Inbetriebnahme des Vitalparcours im Grünen Zentrum). Der Integrationstreffpunkt des „Treff Lohbrügge“ des Begleiter e.V. konnte 2011 sein Richtfest feiern. Mit dem Umbau der Johann-Meier-Straße und der Gestaltung des Lohbrügger Bahnhofsvorplatzes und dessen Teilnutzung als Markfläche wurde begonnen und die Gestaltung des südlichen Teils der Alten Holstenstraße wurde fertiggestellt. Vorbereitet wurde die Umgestaltung des Lohbrügger Marktes im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens und deren Präsentation in einer öffentlichen Veranstaltung im Dezember. Der Erwerb des Spectrums und dessen Nutzung als Kinder- und Kulturhaus (KiKu) als innovative Maßnahme der kulturellen Bildung und Sprachförderung im Gebiet konnte erfolgreich umgesetzt werden.

Am 15. Februar 2011 wurde das Integrierte Entwicklungskonzept für Bergedorf-Süd durch den Senat beschlossen. Die Festlegung als Fördergebiet im Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ ermöglicht die Durchführung der im Zeit-Maßnahme-Kostenplan enthaltenen Projekte bis zum Jahr 2020.

Die Neugestaltung der Stichstraßen zum Sachsentor – Hude und Hinterm Graben - wurde als vorgezogene Maßnahme beantragt und am 16. September 2011 fertiggestellt.

In Zusammenhang mit den geplanten umfangreichen Sielbauarbeiten in den Straßen südlich der Bergedorfer Straße wurde mit der Umgestaltung des Neuen Weges als Quartiersachse begonnen und die Planung für weitere Straßenabschnitte begleitet.

Im September 2011 hat das Unternehmen überNormalNull begonnen, ein Konzept für die Neuausrichtung des Lichtwarkhauses hin zu einem Community-Center zu erarbeiten. Nach der Analysephase und einem umfangreichen Beteiligungsprozesses soll im Frühjahr 2012 ein Konzeptentwurf vorliegen.

Das Gebietsmanagement lag im Jahr 2011 ausschließlich beim Fachamt SR, weil vor der Einsetzung eines Gebietsentwicklers diese Leistung EU-weit öffentlich auszuschreiben ist. Im Herbst wurde mit der EU-weiten Ausschreibung zur Gebietsentwicklung in Bergedorf-Süd begonnen, so dass davon ausgegangen wird, dass voraussichtlich im Spätsommer 2012 die Beauftragung eines Gebietsentwicklers erfolgen kann und den Bewohnern des Gebiets dann ein Stadtteilbüro zur Verfügung stehen wird.



Nach Senatsbeschluss am 15. Februar 2011 zur Durchführung einer Problem- und Potenzialanalyse (PPA) zu Neuallermöhe als Grundlage für die Entscheidung zur Aufnahme in die Förderung nach dem Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) wurde nach

Ausschreibung die die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (steg) mit der Durchführung der PPA ab August 2011 beauftragt. In enger Abstimmung mit dem Fachamt SR wurde das Vorgehen abgestimmt und der Hauptausschuss im Dezember 2011 informiert.

Mit Unterstützung des bezirklichen Bildungsmanagements wurde in Bergedorf das Instrument der Regionalen Bildungskonferenzen (RBK) eingeführt. In diesem Prozess ging es insbesondere um das Thema „Ganztägige Bildung und Betreuung“. Die RBK auf bezirklicher Ebene fand am 13.4.2011 statt. Zur Vorbereitung der ersten RBK-Staffel auf lokaler Ebene gab es am 31. Oktober 2011 eine zentrale Veranstaltung zur Entwicklung des Ganztags schulwesens in Hamburg im Lichtwarkhaus. Auf lokaler Ebene fanden drei RBKen statt: Nettelnburg/Allermöhe am 14.11.2011; Bergedorf Kern/Vier- und Marschlande am 28.11.2011; Lohbrügge am 12.12.2011.

Das bezirkliche Bildungsmanagement hat im Rahmen des Projektes Lernen vor Ort in 2011 weitere Themen bearbeitet:

Übergang Grundschule – weiterführende Schule (z.B. Veranstaltung „Marktplatz der Schulen, Bergedorfs weiterführende Schulen stellen sich vor“ am 21.11.11).

- Kulturelle Bildung: Handlungskonzept zur Kooperation zwischen Schule und Kultureinrichtungen
- Demographischer Wandel: Befragung zu Bildungsangeboten für bildungsbenachteiligte Menschen im Alter (mit Schwerpunkt Migration) für den Sozialraum Lohbrügge.

3.2.2. Steuerung und Förderung

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff, Tel. 42891-2076

Aufgabe und Entwicklung 2011

Mit den dem Fachamt zur Verfügung stehenden Mitteln wurden auch in 2011 wieder zahlreiche Projekte sowie Einrichtungen gefördert, welche die sozialen Infrastruktur von Bergedorf insgesamt bereichert haben.

Es handelt sich dabei um die Stadtteilkultureinrichtungen, die Bürgerhäuser, die Bereitstellungen von kulturellen Projektfördermitteln und die Verwaltung der Sondermittel der Bezirksversammlung. Daneben wurden Projekte der Erziehung in der Familie, Projekte der Seniorenarbeit und Projekte aus dem Bereich der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ initiiert und begleitet. Für die Projekte der „Sozialräumlichen Angebotsentwicklung“ hat das Fachamt die verwaltungsseitige Begleitung sichergestellt.

Ende 2011 wurde das Kinder- und Jugendhaus am Boberger Dorfanger fertig gestellt und an den Träger „INVIA“ übergeben. Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt wurden die Haushaltsvorveranschlagungen für den Doppelhaushalt 2013/2014 abgestimmt.

3.2.3. Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie

Abteilungsleiter: Frank Hüttmann, Tel. 428912484

Aufgabe und Entwicklung 2011

Die Erziehungsberatungsstelle (EB) leistete auch 2011 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Sie bot Kindern, Jugendlichen und Familien Hilfen bei Erziehungsfragen, Verhaltens- und



Leistungsstörungen sowie bei Kommunikations- und Beziehungsproblemen innerhalb der Familie Beratung und therapeutische Hilfen an.

Der langjährige Leiter der EB, Herr Volkmann, und seine Mitarbeiterin, Frau Reich, wurden 2011 pensioniert. Die Stellen konnten jedoch mit Verzögerung nachbesetzt werden. Hierdurch verlängerte sich vorübergehend die durchschnittliche Wartezeit für ein Erstgespräch. Die Kooperation mit der Elternschule Bergedorf-West und der Elternschule Lohbrügge wurde fortgeführt.

Die Zuschüsse bei der Familienerholung wurden 2011 nicht mehr durch die EB verwaltet, da die finanziellen Mittel hierfür, nicht mehr zur Verfügung standen.

Die Elternschulen in Bergedorf arbeiten präventiv. Sie förderten 2011 durch ihre Angebote die Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereiteten junge Menschen in der Familiengründung, auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor. Darüber hinaus trug die Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnten die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch fördern, sowie Beiträge zur Verhinderung von Isolation leisten. Für Angebote der Elternschulen wurden zwei Programmhefte veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten. Der Internetauftritt der Elternschulen wurde aktualisiert und erweitert. Die geplante Zusammenlegung der Elternschulen Bergedorf West und Elternschule Lohbrügge wurde vorbereitet.

3.2.4. Kommunale Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff, Tel. 42891-2076

Aufgabe und Entwicklung 2011

Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit spielen die kommunalen Einrichtungen bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Sie sind daneben für viele Kinder und Jugendliche tägliche Anlaufstation. Hier erhalten sie Aufmerksamkeit und finden ein offenes Ohr für ihre Belange. Neben der Arbeit mit Ziel- und Altersgruppen leisten die Spielhäuser und die Häuser der Jugend eine Vielzahl von Einzelhilfen. Sie stellen die sozialpädagogische Versorgung der Kinder- und Jugendlichen sicher, schaffen Vertrauen durch Erreichbarkeit und sie sind an vielen bezirklichen oder sozialräumlichen Kooperationsprojekten beteiligt.

Mit der Umsetzung der Ganztagesbetreuung an Schulen stehen die Einrichtungen vor neuen Herausforderungen. Diese meistern sie mit hoher Flexibilität und Veränderungsbereitschaft. Dabei müssen Öffnungszeiten und Programminhalte verändert und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Den jungen Menschen steht damit auch künftig ein Angebot zur Verfügung, welches sie in der Übernahme der Verantwortung für das eigene Tun berät und unterstützt. Für das Lichtwarkhaus wurde in 2011 ein wesentlicher Umgestaltungsprozess eingeleitet, an dem das Haus der Jugend beteiligt ist. Das Haus soll perspektivisch in ein „Community-Center“ umgestaltet werden und dann neben der Jugend- und Seniorenarbeit weitere Angebote der Daseinsvorsorge vorhalten und daneben Initiativen in doppeltem Wortsinn einen Raum bieten.



3.2.5. Sportangelegenheiten

Abteilungsleitung: Fred Osterhage Tel. 42891 2826

Aufgabe und Entwicklung 2011

Im vergangenen Jahr konnte die Sportinfrastruktur im Bezirk weiter verbessert werden, indem auf der Sportanlage Elversweg zwei neue Kunstrasenplätze geschaffen wurden. Damit verfügt der Bezirk Bergedorf nun mittlerweile über elf Kunstrasenplätze, wobei es sich um acht große Plätze und drei Kleinspielfelder handelt.

Auf der Sportanlage Altengamme wurde eine Teilsanierung des nunmehr 12 Jahre alten Kunstrasenplatzes erforderlich.

Am Ladenbeker Weg war der Neuanschluss der Hauptgasleitung an das Umkleidehaus wegen des Abrisses der Sporthalle Sander Tannen erforderlich geworden.

Auf der Sportanlage Nettelnburg wurde die dortige Grandplatzdecke durch eine Fachfirma begutachtet, was zu einer Komplettsanierung im laufenden Haushaltsjahr führen wird.

Nachdem im Jahr 2010 die Sportanlage Sander Tannen mit zwei neuen Kunstrasenplätzen ausgestattet worden ist, kam im vergangenen Jahr die Teilsanierung der Grandlaufbahn hinzu.

Wie in den Vorjahren wurden auch 2010 Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien initiiert, sowie die Ehrungen von über 150 Sportlerinnen und Sportlern für herausragende Leistungen organisiert.

3.2.6. Sonstige Aufgaben

Jugendhilfe – und Sozialplanung

Zuständigkeit: Regine Schilde, Tel. 42891 2272

Aufgabe und Entwicklung 2011

Für die Jugendhilfe- und Sozialplanung stellen Quartiers- und Sozialraumberichte eine wichtige Grundlage dar, auf deren Basis konkrete Umsetzungsschritte in den beschriebenen Quartieren und Sozialräumen erfolgen können. Im Jahr 2011 wurde der Sozialraumbericht Neuallermöhe fertig gestellt. Im Vorfeld wurden im Rahmen von 4 Stadtteilwerkstätten einzelne Aspekte des Gemeinwesens in Neuallermöhe gemeinsam mit Anwohnern und Fachöffentlichkeit beleuchtet. Der Sozialraumbericht Neuallermöhe-Ost/Neuallermöhe-West konnte argumentativ für die Gründung eines eigenständigen Stadtteils Neuallermöhe genutzt werden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in diesem Bereich umfasst das Berichtswesen zur offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Die Ergebnisse hierzu wurden 2011 für den Bezirk Bergedorf ausgewertet und im Rahmen einer Auswertungskonferenz mit dem Jugendhilfeausschuss und den beteiligten Trägern diskutiert. Diese Erkenntnisse wurden in die unterschiedlichen Fachplanungen der Jugendhilfe und Familienförderung einbezogen.

Des Weiteren konnten auf der Grundlage der verfügbaren Daten, Informationen und Analysen spezifische und fachübergreifende Fragestellungen beantwortet werden, hier beispielsweise zur Jugendhilfe in ausgewählten Quartieren und Sozialräumen, der offenen Seniorenarbeit und zur Sportentwicklungsplanung. Auch an der Weiterentwicklung des Projektes Sozialräumliche Hilfen und Angebote war dieser Arbeitsbereich beteiligt.



3.2.7. Integration von Zuwanderern, Bürgerschaftliches Engagement, offene Seniorenarbeit

Abteilungsleitung: Jorge Birkner, Tel. 42891 2385

Aufgabe und Entwicklung 2011

Das im Strategiepapier „Integration gestalten – Vielfalt leben“ (10/2010) konzipierte regelmäßige Gesprächsforum für den interkulturellen Dialog wurde am 14. Mai 2011 unter dem Namen „Bergedorfer Dialog der Kulturen“ erstmalig und mit großem Erfolg im Spiegelsaal durchgeführt. Bei der Planung, Organisation und Durchführung wurde im Sinne der Förderung der Teilhabe eng mit zahlreichen lokalen Migrantenselbstorganisationen (MSO) bzw. migrantischen

Einzelpersonen / Kulturmittlern kooperiert. Dieses niedrigschwellige Beteiligungsverfahren hat dem neuen Veranstaltungsformat in den migrantischen Communities zu besonderer Integrität verholfen, die sich in der hohen Zahl migrantischer Teilnehmer niederschlug. Auch eine Vielzahl von freien Trägern der Integrationsarbeit wurde aktiv eingebunden. Die im Strategiepapier für den Bezirk formulierten Ziele „Aktivierung & Beteiligung von Migranten“ sowie „Foren schaffen für Begegnung, Dialog und Kooperation zwischen Migranten und der Mehrheitsgesellschaft“ wurden mit dem neuen Format erreicht.

Ferner gelang es, bei der Planung, Organisation und Durchführung der ersten „Bergedorfer Weltreise“ im Rahmen des Bergedorfer Kindertages 2011 zahlreiche Einwanderer und Einwandererorganisationen für Kooperationen zu gewinnen. Bergedorfer Migranten bzw. Migrantenselbstorganisationen aus sechs unterschiedlichen Herkunftsländern gestalteten die „Weltreise“ eigenverantwortlich und unter Koordinierung des Bezirksamtes. Besonders würdigungswert ist dabei das große Bürgerschaftliche Engagement, mit dem sich diese Migranten bei der „Weltreise“ eingebracht haben.

Im Rahmen der hamburgweiten Kampagne „Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?“ wurde eine Informationsveranstaltung im Lichtwarkhaus gemeinsam mit dem Zentrum für Aus- und Fortbildung durchgeführt. Ziel der Kampagne ist es, mehr migrantische Bewerber für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu gewinnen, hierdurch zur interkulturellen Öffnung beizutragen sowie zur Angleichung des Anteils der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Verwaltung an den – höheren – Schnitt in der Bevölkerung.

Anlässlich des entsprechenden Jubiläums wurde am 12. November 2011 im Spiegelsaal die Veranstaltung „Von ‚Gastarbeitern‘ zu Bergedorfern: 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“ mit großem Erfolg durchgeführt. Auch hier fanden Planung, Organisation und Durchführung in enger Kooperation mit lokalen MSOs bzw. migrantischen Kulturmittlern statt (insbesondere drei türkischen Vereinen). Die Veranstaltung war Beleg für eine aktiv gelebte Willkommens- und Anerkennungskultur von bezirklicher Seite.

Die Mehrzahl dieser Veranstaltungen folgte dem Ziel, dem Thema „Migration“ und „multikulturelles Miteinander“ mehr Öffentlichkeit zu geben, um Begegnung, Dialog und Kooperation zwischen Migranten und Nichtmigranten zu fördern sowie zum Abbau von Vorurteilen und zur interkulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft beizutragen.

Im Rahmen der umfangreichen Planungen für die Jubiläumsfeiern „850 Jahre Bergedorf“ fand eine maßgebliche Beteiligung/ Mitwirkung an der Koordinierung der rund 150 anstehenden Einzelprojekte und dem Veranstaltungskalender statt. Diese unterschiedlichsten Initiativen werden zu großen Anteilen durch aktives Bürgerschaftliches Engagement von Vereinsmitgliedern etc. getragen. Durch die bezirkliche Koordinierung der Aktionen konnte das freiwillige Engagement aus der Bergedorfer Zivilgesellschaft aktiv und erfolgreich gefördert werden.



Bezirkliche Seniorenarbeit

Zuständigkeit: Angelika Raum Tel. 42891 3634

Aufgabe und Entwicklung 2011

Im Zuge der Verlagerung von weiteren Durchführungsaufgaben in die Bezirke hat das Fachamt Sozialraummanagement die Zuständigkeit für die Förderung der bezirklichen Seniorenarbeit übernommen. Hierzu zählt die Festlegung fachlicher Standards in Seniorenbegegnungsstätten und Seniorentreffs und die Aushandlung von Ziel- und Leistungsvereinbarungen. 2011 konnten die Angebote der offenen Seniorenarbeit auf dieser Basis weiterentwickelt werden. Insbesondere das Projekt „Landfrauen für Senioren“ stellt ein beispielhaftes Projekt zur

Verbesserung der Lebenssituation von Senioren im Landgebiet dar. Im Rahmen gezielter Netzwerk- und Informationsarbeit konnten einzelne Angebote effektiver gestaltet werden.

3.3 Fachamt Jugend und Familienhilfe

Leitung: Helmut Lerch, Tel. 42891-2300

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------|-------|-------|
| Beschäftigungsvolumen | 59,14 | 59,84 | 63,59 |

Übergreifende Planung und Steuerung

Aufgabe und Entwicklung 2011

Das Fachamt Jugend- und Familienhilfe hatte auch in 2011 zunehmende Herausforderungen zu bewältigen:

- Änderung der Teilnahmebeiträge und des Essensgeldes für die Kita- und Tagespflege-Betreuung mit der Folge der doppelten Ausstellung der Gutscheine (insgesamt ca. 15.000)
- zusätzliche Aufgaben für den Allgemeinen Sozialen Dienst durch eine neue Fachanweisung
- Ausbau von sozialräumlichen Angeboten und neuen Projekten zur Vermeidung von Hilfen zur Erziehung (HzE)
- Umsetzung des neuen Vormundschafts- und Betreuungsrechtes
- Einführung des neuen Kinderschutzgesetzes
- die Weiterentwicklung der Arbeitsbereiche „Kinderschutz“ und „Gewaltprävention im Kindesalter“.

Der zentrale Empfang des Jugendamtes, der täglich von 8.00 bis 16.00 Uhr geöffnet ist und eine Abendsprechstunde donnerstags bis 18.00 Uhr vorhält, hat sich als sehr bürgerfreundlich erwiesen. Auch wenn nach Möglichkeit Termine vergeben werden, sind Beratungen ohne Anmeldung möglich.

Mit der Einführung des neuen Kinderschutzgesetzes war das Thema Kinderschutz weiterhin für die Arbeit der Jugendhilfe prägend. Fortbildungskurse zur Kinderschutzfachkraft wurden durchgeführt, an denen Vertreter freier Träger der Bergedorfer Jugendhilfe teilgenommen haben.



Der Arbeitsbereich „Gewaltprävention im Kindesalter“ wurde weiter vertieft durch z.B. das Angebot von Sozialtraining nach Petermann sowie anderer Kurse. Eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen über Rebus und anderen Institutionen wie der Polizei ist weiter Praxis.

Im Kontext der Kinderschutzdebatte sind zusätzliche Regelungen für Amtsvormünder in Kraft getreten. Diese müssen zukünftig monatlich persönlichen Kontakt zu ihren Mündeln halten, und zwar in deren häuslichem Umfeld. Außerdem dürfen Amtsvormünder nicht mehr als 50 Fälle betreuen. Diese Veränderungen hätten nicht umgesetzt werden können ohne 3,50 neue Stellen, die dafür geschaffen wurden.

Der ASD befindet sich weiterhin in einem umfassenden Umstrukturierungsprozess.

- Organisationsentwicklungsprozesse für das neue Eingangs- und Fallmanagement
- Umsetzung Netzwerkmanagement zur Vermeidung von HzE
- Umsetzung neuer Funktionen für JUS IT (ASD Servicefunktionen)

- Steuerung von HzE
- Einführung der Sozialpädagogische Diagnostik
- Vorbereitung von JUS IT, konzeptionell und praktisch
- Fortbildung und Umorientierung aller Führungskräfte in Bezug auf JUS IT und HzE-Steuerung
- Einbeziehung und Beauftragung von Projekten in die ASD-Arbeit (SAE und andere)
- Umsetzung Neue Hilfen
- Neu: Steuerung und Controlling von HzE und Projekten.

Weitere Entwicklungen in 2011:

Mit der Umsetzung der neuen Fachanweisung wurde das Eingangs- Fall- und Netzwerkmanagement weiter ausgebaut, um die neuen Aufgaben im Kinderschutz wahrzunehmen zu können. Darüber hinaus wurde mit der Fachbehörde der Kontrakt über die „Sozialräumlichen Hilfen und Angebote“ (Neue Hilfen) geschlossen.

Aus der damit verbundenen finanziellen Ausstattung konnten 5,5 neue Stellen für die Aufgaben sowie ca. 509.000,- Euro Projektmittel bereitgestellt werden.

Die Umsetzung der Kontraktziele bedeutet einen hohen Arbeitsaufwand, der in 2011 noch nicht vollständig geleistet werden konnte.

Ziel des ASD in diesem Zusammenhang ist es, mit möglichst passgenauen Hilfen dem Bedarf von jungen Menschen, die einen Schutz- und Unterstützungsanspruch gegenüber dem Staat haben, gerecht zu werden. Angestrebt werden damit eine Verbesserung der Versorgung von Familien und Jugendlichen im Jugendhilfebereich und eine Konsolidierung der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung. Dieses Projekt ist auf mehrere Jahre angelegt. In diesem Zuge wurden Interessenbekundungsverfahren durchgeführt und die Mittel an 4 Projektträger vergeben. In diesen Projekten sind mehrere Teilprojekte enthalten, wozu auch Projekte im sozialräumlichen Umfeld von Schulen gehören.

Im Jahre 2011 hatte der ASD auf fast allen Positionen Personalwechsel zu verkräften. Dieses stellte die Organisation sowie die Arbeitsfähigkeit des ASD vor eine schwierige Situation, deren endgültige Lösung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Im Eingangsmanagement des ASD wurden insgesamt 2.509 Anliegen bearbeitet. Obwohl hiervon nur ca. 10 % an das Fallmanagement weitergeleitet wurden, gab es dennoch wegen der Schwierigkeit dieser Fälle eine Steigerung an Hilfen zur Erziehung mit einem Ausgabevolumen von ca. 19,3 Mio.



Eine gute Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis wurde mit der Evangelischen Hochschule für Sozialarbeit und Diakonie (Rauhes Haus) fortgeführt. Die Untersuchung des Projektes „Integration durch Bildung“ wurde sowohl intern als auch vor dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Darüber hinaus wurde die Fortsetzung der Arbeit einer Forschungswerkstatt des Masterstudienganges mit dem Thema „Steuerung der Hilfen zur Erziehung“ verabredet. Das Ergebnis hierzu soll Ende 2013 vorliegen.

Koordinatorin für Kinderschutz

Aufgabe und Entwicklung 2011

In Kinderschutzfragen wurde die Koordinatorin zunehmend zu Fall- und Fachgesprächen hinzugezogen, wobei die Begleitung der Fallzuständigen Fachkräfte bei Kriseninterventionen, bei gerichtsanhängigen Verfahren sowie bei Inobhutnahmen einen wichtigen Stellenwert einnahm.

Seit Anfang des Jahres ist die Koordinatorin zusätzlich für die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen des ASD zuständig. Überregional hat die Koordinatorin am Jahresbericht

Kinderschutz der Bezirksamter und der Planung und Durchführung eines Fachtages für Kinderschutzfachkräfte im Dezember 2011 mitgewirkt.

Die Fachberatung in Kinderschutzfragen für Kinderschutzfachkräfte im Bezirk sowie freier Träger, Kitas und Schulen wurde wie bisher weitergeführt.

Die Koordinatorin hat im vergangenen Jahr u.a. an der Arbeitsgruppe „Handeln gegen Jugendgewalt“, Arbeitskreis psychisch kranker Eltern, Arbeitskreis postnatale Schwangerschaftsdepression und der Bezirklichen Fachkommission teilgenommen.

Zur Begleitung der zertifizierten Kinderschutzfachkräfte gab es vier Termine, darüber hinaus wurden fallbezogene Praxisreflexionen durchgeführt. Zudem fand im Dezember eine Veranstaltung der Koordinatoren für Kinderschutz und des KISZ (Kinderschutzzentrum) für Hamburger Kinderschutzfachkräfte statt zum Thema: „Familienkrisen = Helferkrisen ? Schwierigkeiten und Chancen im Kinderschutz“.

Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

Aufgabe und Entwicklung 2011

Das Jahr 2011 war im ASD geprägt durch die hohe Mitarbeiterfluktuation, die eine erhebliche Umverteilung von Fällen und einen erhöhten Aufwand bei der Einarbeitung neuer Mitarbeiter zur Folge hatte. Die Restrukturierung der ASD-Abteilungen soll in 2012 durch einen Teamentwicklungsprozess unterstützt werden, der durch externe Supervision begleitet wird. Hinzu kamen die Vorbereitung auf die zum Dezember 2011 geplante Einführung des Programms JUS-IT und die Schulung sämtlicher Mitarbeiter. Die Programmeinführung wurde aus technischen Gründen auf Mai 2012 verschoben. Weitere Schulungen sind notwendig.

Auch im Eingangsmanagement gibt es aber noch Schwierigkeiten mit dem Umfang der Arbeit und dem häufigen Personalwechsel. Dennoch läuft die Kundensteuerung im neuen DLZ zufriedenstellend.

Die umfänglichen Präsenzzeiten werden sehr positiv von Bürgern, Institutionen und Kooperationspartnern angenommen.

Die Meldungen auf Verdacht von Kindeswohlgefährdungen sind gegenüber dem Vorjahr auf etwa gleich hohem Niveau geblieben. Das Angebot für Kurzberatungen konnte deutlich ausgeweitet werden, die Neuanliegen werden weiter zu über 80% abschließend bearbeitet.

Im Eingangsmanagement wie im Fallmanagement findet das Instrument der kollegialen Beratung Anwendung. Hinzu kommt die regelhafte tägliche gemeinsame fachliche Sichtung der



eingehenden Anliegen. Im Jahre 2011 waren es 2.509 Anliegen. Alle Abteilungen des ASD setzten die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige kollegiale Beratung, Praxisberatung / Supervision und eine fachlich fundierte Risikoeinschätzung bei Meldungen von Kindeswohlgefährdung fort.

Der Bedarf bei den Hilfen zur Erziehung ist weiterhin gestiegen, ebenso wie auch die Ausgaben. Es zeigt sich aber, dass ein Schritt in Richtung wirksamer Kinderschutz vollzogen wurde. Dazu trägt bei, dass das Jugendamt durch seine gute Erreichbarkeit schneller und frühzeitiger in Anspruch genommen wird.

Der ASD hat die Absicht sich stärker in den Sozialräumen zu vernetzen, um damit die Bürger noch zielgerichteter auf andere Hilfen verweisen zu können. Um die sozialräumlichen Orientierung der Arbeit zu verstärken, wurden Begleiter für die Sozialraumprojekte benannt. Die Hilfen nach § 35 a SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte) sind durch die Zunahme von Schulbegleitungen und ambulanten Therapien für z.B. Lese-Rechtschreib-Schwäche angestiegen.

Projekte

Mit den bisherigen SAE- und neuen SAE-Ausbauprojekten sowie den SHA-Projekten wurde eine noch verbindlichere Zusammenarbeit mit dem ASD vereinbart. Alle Projekte und deren Kooperationspartner haben sich auf gleiche Steuerungsinstrumente verständigt. Darüber tagte das gemeinsame Steuerungsgremium regelmäßig monatlich, wobei ASD und die Träger der Projekte gemeinsam die Qualität und die Zielrichtung der Angebote überprüfen. Hier ist auch das Fachamt Sozialraummanagement mit eingebunden.

Im Projekt „Integration durch Bildung“ in Lohbrügge Ost mit 4 Schulen und Rebus konnte die Zusammenarbeit mit dem Träger Sprungbrett vertieft werden.

In den Stadtteilen Lohbrügge und Allermöhe ist jeweils ein Familienhebammenprojekt angesiedelt und in Bergedorf West ist das Projekt Nestlotsen vertreten. Mit allen Projekten konnten in der Zusammenarbeit sehr gute Erfahrungen gemacht werden. Die Projekte sind ein wichtiger Baustein für den Kinderschutz und werden weiter geführt.

Die Aufgabe Gewaltprävention im Kindesalter hat für Bergedorf weiterhin Bestand und ist zusätzlich für gemeinsame Falleinschätzungen in den ASD eingebunden. Neben den durchgeführten Schulungen wurden auch weiter Einzelfälle bearbeitet.

Die Angebotsberatung für stationäre Hilfen zur Erziehung hat in 2011 weiterhin mit Hamburger Trägern an passgenauen Angeboten für stationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche gearbeitet.

Ziele und Aufgaben sind:

- In Fällen von stationärer Unterbringung eine für das Kind passende Einrichtung zu finden und vorrangig die Unterbringung in Pflegefamilien zu prüfen.
- Die Mitarbeiter des ASD von der Aufgabe der Suche zu entlasten, sowie ein transparentes Verfahren zu gewährleisten.
- Einzelvereinbarungen von Sonderkosten mit den Trägern zu verhandeln.
-

Vorrangig soll dabei auf Angebote Hamburger Träger zurückgegriffen werden.

| Durchschnittsfallzahlen | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|------|------|------|
| Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII) | 244 | 288 | 274 |
| Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII) | 115 | 123 | 139 |
| Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII) | 225 | 235 | 255 |



| | | | |
|---|--------|--------|--------|
| Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher (gem. § 35a SGB VIII) | 63 | 72 | 90 |
| Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in T€ | 16.540 | 18.329 | 19.330 |

Pflegekinderdienst

Aufgabe und Entwicklung 2011

Auch 2011 wurde die Anzahl der Kinder in Bergedorfer Pflegefamilien gesteigert. Es gibt noch immer keine bedarfsdeckende Zahl von Bergedorfer Pflegestellen. In den betreuten Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen blieb die Zahl konstant. Die Gesamtzahl betrug am Ende des Jahres 146 Pflegekinder in 102 Pflegestellen.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Erziehung und Beratung (LEB) in Sachen Betreuung von Pflegefamilien gestaltet sich sehr positiv und konnte ausgebaut werden. Die Fallzahlen des Pflegekinderdienstes des Jugendamtes konnten in 2011 gesenkt werden, da die Personalressource für den Kooperationspartner LEB erhöht wurde. Die Aufgabe der

Eignungsprüfung von Pflegestellen wurde in 2011 ausschließlich durch das Jugendamt anhand der Standards mit hoher Sorgfalt vorgenommen. Bei den Pflegeverhältnissen liegt der Anteil der Unterbringung bei Verwandten bei ca. 50 %. Hier hat es eine Anzahl an sogenannten „Nachvollzügen“ gegeben, weil die Kinder schon frühzeitig bei ihren Verwandten zur Vermeidung von Heimerziehung untergebracht waren und die Anerkennung als Pflegefamilie/Bewilligung von Pflegegeld erst später erfolgte.

Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Aufgabe und Entwicklung 2011

Im Bereich Beistandschaften (Unterhalt und Abstammungsfeststellung) gab es zum Jahresbeginn neue Grundlagen für die Unterhaltsberechnungen (Erhöhung der Selbstbehaltssätze). Durch diese Änderungen mussten die Bestandsfälle überprüft und ggfls. neu berechnet werden. Vor dem Hintergrund neuer Verfahrensabläufe konnte der damit verbundene verstärkte Aufwand insgesamt befriedigend umgesetzt werden. Im Jahre 2011 wurde mit insgesamt 897 Vorgängen die höchste Zahl an Beurkundungen umgesetzt, die bisher erreicht wurde.

Im Bereich der Amtsvormundschaften wurde der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Mündel auch im Jahr 2011 gehalten. Die ersten Auswirkungen der gesetzlichen Veränderungen im Vormundschaftsrecht haben die Abteilung erreicht. Die erheblich erweiterten gesetzlichen Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung mit einer Obergrenze an Fallbelastung und regelmäßigen Hausbesuchen hat bereits zu erheblichen Belastungen geführt. Dafür gab es auch Personalverstärkungen, die bis April 2012 alle umgesetzt sein werden.

Die nach wie vor sehr hohe Gesamtfallzahl in allen Tätigkeitsfeldern der Abteilung spiegelt den gesellschaftlichen Bedarf wider. Sich verschärfende Konfliktlagen, Kinderschutzüberlegungen und gestiegene Erwartungen an die Rolle und praktische Ausübung der Vormundschaften im Sinne von Kinderschutz stellten im Jahr 2011 eine besondere Herausforderung an Quantität und Qualität der Arbeit der Vormünder.



| | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------|-------|---------------------|-------|
| Anzahl der Amtsvormundschaften | 169 | 151 | 146 | 179 |
| Anzahl der Beistandschaften | 1.769 | 1.755 | 1.742 | 1.790 |
| Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen | 780 | 783 | 870 | 897 |
| Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen) | 682* | 1.102 | Keine Erhebung mehr | dito |
| Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt) | 409 | 489 | Keine Erhebung mehr | dito |
| <i>*neue Zählweise nach Statistik Familienförderung</i> | | | | |

Kindertagesbetreuung

Aufgabe und Entwicklung 2011

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten/Pädagogische Mittagstische und Tagespflege. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Familieneigenanteilen/Teilnahmebeiträgen und Erteilung

von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Durchführung von Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und Vermittlung von Tagespflegepersonen. Im Zentrum der Kindertagesbetreuung stand das Ziel, eine möglichst hohe Kundenzufriedenheit und Rechtssicherheit von Eltern und Einrichtungen zu gewährleisten. Dieses ist der Abteilung durch kompetente und freundliche Beratung sowie eine hohe Anzahl zeitnaher Bewilligungen zum Jahresbeginn wieder gut gelungen.

Mit dem Inkrafttreten des Senatsbeschlusses am 01.08.11 sind die Teilnahmebeiträge durch den Wegfall des Verpflegungsanteils und die Herabsetzung des Höchstsatzes verringert worden. Deshalb mussten alle 5.600 laufenden Gutscheine neu bewilligt werden. Der Senatsbeschluss hatte außerdem zur Folge, dass auch die Teilnahmebeiträge aller ca. 1.300 Integrationsgutscheine wieder einheitlich auf 31,00 Euro festgesetzt wurden.

Im Juni 2011 wurde das ESF Projekt „Großtagespflegestellen“ beendet. Im Internet ist jetzt das Handbuch Großtagespflege mit verschiedenen neuen Richtlinien erschienen. Einige dieser Richtlinien gelten auch für Tagespflegestellen, die von einer Tagespflegeperson geleitet werden. So haben sich die Anforderungen des Infektionsschutzes und der Lebensmittelhygiene erhöht. Dadurch ist die Tagespflegebörse mit vielen neuen Aufgaben konfrontiert. Deswegen und auf Grund der Tatsache, dass in den Sommermonaten sowieso überdurchschnittlich viele Anträge gestellt werden, hatte sich ein Bearbeitungsstau ergeben, so dass Bewilligungen zum Kindergarten- und Schuljahresbeginn nicht immer zeitnah erteilt werden konnten. Eine zeitnahe Bewilligungspraxis konnte aber zum Ende des Jahres wieder gewährleistet werden. Eine erfreuliche Veränderung hat es für die Eltern der sogenannten „Kann-Kinder“ gegeben. Diese Eltern kommen seit Beginn des Schuljahres 2011 in den Genuss der Beitragsfreiheit.

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|--------|--------|--------|
| Bescheide für Kita-Besuch / Eingliederungshilfen, Kindergartenbesuch (Rechtsanspruch) und Tagespflege | 12.314 | 15.363 | 14.870 |



Unterhaltsvorschuss

Aufgabe und Entwicklung 2011

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.

Die Rückholquote bei den Unterhaltspflichtigen von 10 % der Ausgaben wurde in 2011 erreicht.

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten | 1.118 | 1.200 | 1.249 |
| - Ausgaben nach dem UVG in T€ | 1.732 | 2.057 | 2.126 |
| - Einnahmen nach dem UVG in T€ | 201 | 191 | 237 |

3.4 Fachamt Gesundheit

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Beschäftigungsvolumen für die Bereiche Gesundheitsamt und Zentrale Dienste | 21,00 | 19,48 | 24,13 |

Das Gesundheitsamt Bergedorf ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Im Gesundheitsamt werden Kinder und Jugendliche untersucht und beraten und Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder unterstützt. Es werden psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen beraten und betreut. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt. Neue Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bergedorfer Bevölkerung.

Aufgabe und Entwicklung 2011

Hervorzuheben aus der Arbeit des Gesundheitsamtes im Jahre 2011 sind:

- der Umzug in das neue Dienstleistungszentrum am Bahnhofsvorplatz.
- die EHEC/HUS-Epidemie im Frühsommer,
- der Bergedorfer Diabetestag im September,
- die Gesundheits- und Pflegekonferenz im Oktober,
- der weiterhin immense Zuspruch der Mütterberatung,
- der Umzug in das neue Dienstleistungszentrum am Bahnhofsvorplatz.



Die im Jahr 2008 begonnene Integration von Asklepios-Rückkehrern wurde fortgeführt. Von den ursprünglich aufgenommenen 19 Mitarbeitern waren Ende des Jahres 2011 noch 8 Krankenschwestern- und Pfleger im Gesundheitsamt in Projekten der Bereiche Schulärztlicher und Schulzahnärztlicher Dienst, in der Mütterberatung, der Gesundheitsaufsicht sowie beim Erinnerungs- und Meldewesen für die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U6 und U7 tätig. Insgesamt konnten 4 Rückkehrerinnen auf feste Stellen übernommen werden.

Der Umzug in das neue Dienstleistungszentrum, der im November 2010 stattfand, stellte das Gesundheitsamt wie alle anderen betroffenen Fachämter auch vor neue Herausforderungen. Nach einem Jahr kann gesagt werden, dass sich die Zusammenarbeit der Fachämter unter einem Dach verbessert hat. Dies trifft besonders auf die Bürogemeinschaft zu, in der die Fachstellen Wohn-Pflege-Aufsicht, Beratungsstelle für Körperbehinderte, Seniorenberatung, Pflegefachdienst und Pflegestützpunkt gemeinsam untergebracht sind.

Die Mütterberatung erlebt am neuen Standort einen ebenso großen Zuspruch wie der Patientenclub des Sozialpsychiatrischen Dienstes. Dies zeigt, dass der neue Standort bei den Bürgern gut angenommen wird. Dienstags und donnerstags findet am späten Nachmittag die öffentliche Rechtsauskunft in den Räumen des Gesundheitsamtes statt.

Aufgrund von fehlenden Ressourcen mussten die Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz („Gesundheitszeugnisse“) eingestellt werden. Sie finden jetzt wie die Belehrungen für alle Hamburger Bürger zentral im Bezirksamt Eimsbüttel statt.

Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM)

Das Kommunale Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM) ist für die bezirkliche Gesundheitsförderung, die Gesundheitsberichterstattung, die Gesundheitsplanung und die Koordination der Gesundheits- und Pflegekonferenz in Bergedorf zuständig.

Im Jahr 2011 fanden im Bezirk Bergedorf schwerpunktmäßig Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit und der Seniorengesundheit statt. Die Bergedorfer Gesundheitsgespräche wurden weitergeführt. Diese informieren die Bürgerinnen und Bürger Bergedorfs zu wichtigen Gesundheitsthemen. In Zusammenarbeit mit dem Haus im Park und KISS (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen) wurden drei Veranstaltungen im Haus im Park zu den Themen *Brustkrebs*, *Rückenschmerzen* und *nächtliche Schlafstörungen* durchgeführt. Die Veranstaltungen waren gut besucht.

Am 24. September wurde der Bergedorfer Diabetikertag in Kooperation mit dem Haus im Park, KISS, dem deutschen Diabetikerbund LV Hamburg, dem Zentrum für Diabetologie Bergedorf u. v. m. veranstaltet. Nach einem Input-Vortrag zum Thema „Neue Erkenntnisse in der Prävention und Behandlung des Diabetes mellitus“, gab es Expertenrunden zu den Unterthemen diabetisches Fußsyndrom, Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Magen- und Augenerkrankungen. Darüber hinaus wurde an Informations- und Aktionsständen beraten. Das kabarettistische Programm „rund & gesund“ beendete den Gesundheitstag.

Die bezirks- und hamburgweite Netzwerkarbeit wurde weiter ausgebaut. Das Bezirksamt beteiligt sich am Pakt für Prävention Gesund aufwachsen in Hamburg!.

Innerhalb der Gesundheits- und Pflegekonferenz fanden im Rahmen des 2010 gegründeten Runden Tisches Leben und Wohnen im Alter in Bergedorf verschiedene Treffen statt. Fachleute wurden zu den Themen Bergedorfer Wohnungsbauprogramm, Palliativ Care Teams sowie Sterbebegleitung und Palliativmedizin geladen.

Im Oktober fand die Gesundheitskonferenz *Soziale Netze stärken –gesund älter werden in Bergedorf* statt. Frau Prof. Mary Schmoecker (HAW) und Frau Dr. Hahn informierten über die soziale Teilhabe älterer Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Im Anschluss an die



Vorträge fand eine Fishbowl-Diskussion statt. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und wurde von allen Beteiligten positiv bewertet.

Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpD) bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährige psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Das Jahr 2011 war für den SpD geprägt durch die dauerhafte Vakanz der Arztstelle ab dem 18.1.11. Des Weiteren war der Arbeitsplatz im Geschäftszimmer des SpD's ab 16.5.11 krankheitsbedingt nicht besetzt. Trotz der geringen personellen Ressourcen wurden 875 Klienten betreut.

Bei dem vom SpD betreuten Klientel handelt es sich häufig um chronisch kranke Patienten mit komplexen psychosozialen Problemlagen bei gleichzeitig eingeschränkter Bereitschaft zur Mitarbeit und reduziertem Hilfesuchverhalten. Deshalb hat hier aufsuchende und motivierende Arbeit, die zeitaufwändig ist, eine besondere Bedeutung. Bei den geringen personellen Ressourcen musste im Berichtsjahr die aufsuchende Hilfe eingeschränkt werden, um die geforderte Präsenzpflcht des Dienstes weiter aufrechterhalten zu können. Die zentrale Lage des DLZ und die räumliche Nähe zu anderen Dienststellen des Bezirksamtes führten insgesamt im Jahre 2011 zu einer um 10% verstärkten Nachfrage nach Beratung Betroffener durch den SpD.

Die Diagnosen der im SpD betreuten Patienten erstrecken sich über das ganze Spektrum psychiatrischer Erkrankungen. Die fünf führenden Diagnosegruppen sind Suchterkrankungen bzw. Suchtfolgeerkrankungen (23,7%), neurotische Störungen (22,9%), affektive Störungen, d. h. krankheitsrelevante Störungen der Stimmung wie Depression oder Manie (19,7%), schizophrene Störungen (17,7%) und Persönlichkeitsstörungen (14,2%) (Mehrfachnennungen). Ferner werden Angehörigenberatung und Beratungen des sozialen Umfeldes von psychisch kranken Menschen vermehrt nachgefragt.

Neben der Beratung und Krisenintervention begutachtet der Sozialpsychiatrische Dienst in Amtshilfe für andere Behörden und Ämter. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 444 Stellungnahmen / Gutachten erstellt.

Regelmäßig werden Gruppen für Betroffene angeboten. Wöchentlich trifft sich der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus findet einmal im Jahr ein gemeinsamer Tagesausflug des Patientenclubs statt. Anlässlich von Feiertagen wird das Clubtreffen von den Sozialpädagogen für die Patienten, die oftmals sozial isoliert leben, festtagsbezogen gestaltet. Seit dem Umzug in das neue DLZ haben sich die Teilnehmerzahlen des Patientenclubs, wohl auch wegen der zentralen Lage des DLZ und der besseren Erreichbarkeit für die häufig auch körperlich gehandicapten Patienten, erhöht.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich. Dabei findet ein reger Austausch mit verschiedenen Organisationen innerhalb und außerhalb des Bezirkes statt. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u. a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

Mit dem Wegfall der Wehrpflicht ab 1.7.11 fiel auch das Angebot des Zivildienstleistenden des Mobilien Sozialen Hilfsdienstes am Gesundheitsamt Bergedorf weg. Nach anfänglicher Ungewissheit über Planung und Organisation des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) hat sich der Fachbereich GA1 mit Datum vom 16.12.11 als Einsatzstelle für den BFD beworben. Ein geeigneter Bewerber konnte bisher nicht gefunden werden.



Beratungsstelle für Körperbehinderte

Die Beratungsstelle berät und betreut körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen. In der Beratungsstelle sind drei Sozialpädagoginnen tätig, die sich insgesamt eine Stelle teilen; für ärztliche Fragen stehen zusätzlich Ärzte aus anderen Bereichen des Gesundheitsamtes sowie ein für alle Bezirke tätiger Facharzt für Unfallchirurgie zur Verfügung.

Im Jahr 2011 hat die Beratungsstelle die Zusammenarbeit mit dem Pflegefachdienst, der Seniorenberatung und dem Pflegestützpunkt innerhalb der Bürogemeinschaft weiter intensiviert. Gemeinsame Hausbesuche wurden durchgeführt. Gemeinsam mit der Wohn-Pflege-Aufsicht wurde der Öffentlichkeit die Bürogemeinschaft an einem Tag der Offenen Tür vorgestellt.

Die Kooperation mit den sozialen Diensten des Bethesda-Krankenhauses und des Unfallkrankenhauses konnte verstärkt werden. Dies betrifft insbesondere das Entlassungsmanagement von Patienten.

Jugendpsychiatrischer Dienst

Der Jugendpsychiatrische Dienst berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, über rehabilitative Maßnahmen und psychosoziale Hilfen. Er unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen. Im Auftrag anderer Ämter werden gutachtliche Stellungnahmen erstellt. Zu den Fragestellungen gehören u.a. Eingliederungshilfen für geistig, seelisch oder mehrfach behinderte Kinder, Frühförderung in der Kita und heilpädagogische Leistungen. Die Anzahl der erstellten Gutachten und Stellungnahmen betrug im Berichtsjahr 252.

Ende März ging die bisherige Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Ruhestand. Ihre Aufgaben wurden zwischenzeitlich von Kinderärztinnen des Schulärztlichen Dienstes übernommen, bis die Stelle nach dreimonatiger Vakanz mit einer neuen Kinder- und Jugendärztin nachbesetzt werden konnte.

| Kennzahlen | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------------|
| Anzahl der Klientenkontakte (Telefonate sowie Besuche) im Sozialpsychiatrische Dienst insgesamt | 1055 | 1078 | 1197 ² |
| - davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte | 172 | 113 | 91 |
| Anzahl der Klienten im Sozialpsychiatrischen Dienst | 883 | 890 | 875 |
| Anzahl der veranlassten Unterbringungen | 17 | 9 | 8 |

² Klientenkontakte inklusive Gruppenteilnahme



| | | | |
|---|------|------|------------------|
| Anzahl der Gruppentermine | 59 | 62 | 48 |
| <u>Neue Kennzahl:</u> ³ Anzahl der Klienten im JpD | 308 | 277 | 285 |
| <u>Neue Kennzahl:</u> Anzahl der Klienten in der Beratungsstelle für Körperbehinderte | 290 | 373 | 360 |
| Anzahl der Klientenkontakte im Jugendpsychiatrischen Dienst insgesamt | 903 | 781 | 530 ⁴ |
| - davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte | 55 | 44 | 30 |
| Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt | 746 | 676 | 689 |
| - davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte | 97 | 83 | 87 |
| Anzahl der ärztlichen, zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen | 1645 | 1478 | 1339 |
| - davon Gutachten für den Sozialhilfeträger (einschl. ARGE), | 1281 | 1184 | 1032 |
| - davon für die ARGE | 55 | 70 | 30 |
| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen | 25 | 17 | 21 |

⁴ Die Stelle der Kinder- und Jugendpsychiaterin war drei Monate vakant.

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD)

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst umfasst den Schulärztlichen Dienst, den Schulzahnärztlichen Dienst und die Mütterberatung.

Schulärztlicher Dienst

Der Schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege- und -förderung ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und Fördermaßnahmen zeitnah eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern, den Schulen und anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen.

Die Schulärztinnen sind zusätzlich in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab.

Wegen krankheitsbedingter Ausfälle von Ärzten konnten im Schuljahr 2010/2011 nicht alle Kinder bei den Schuleingangsuntersuchungen wie vorgesehen untersucht werden. Um dennoch alle Kinder zu sehen, wurden einige Schüler ausgewählter Schulen im Sinne einer Prioritätensetzung verkürzt untersucht. So wurde eine Untersuchungsquote von insgesamt 96 % erreicht, wobei 85 % der Kinder dennoch nach vollständigem Standard untersucht werden

³ Entsprechend dem Benchmarking der Bezirksamter werden Angaben zur Zahl der Klienten pro Jahr gemacht - unabhängig von der Zahl der Kontakte pro Klient; die Anzahl der Klienten besser zu erheben, nachvollziehbarer und vergleichbarer.



konnten. Neben den Schuleingangsuntersuchungen sind alle dringlichen Fälle und alle von den Schulen gemeldeten Kinder schulärztlich untersucht worden.

Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder (Vorschule bis 6. Klasse). Die Kariesprophylaxehelferin führt an Grundschulen bis zur 4. Klasse Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Die Schulzahnärztin wählt die Kinder, die für diese Prophylaxemaßnahme infrage kommen, aus und kontrolliert den Behandlungserfolg.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat bei den Reihenuntersuchungen in den Schulen eine Untersuchungsquote von 86 % erreicht. Zusätzlich untersucht er nach dem Kinderbetreuungsgesetz die 3-6-Jährigen in den Kindergärten. 2011 wurden 83,6 % der gemeldeten Kindergartenkinder untersucht. Daneben werden zahnärztliche Gutachten für das Soziale Dienstleistungszentrum erstellt.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat sich aktiv am betrieblichen Gesundheitsmanagement des Bezirksamtes beteiligt. Zahnärztin und Zahnarzhelferin boten in Zusammenarbeit mit dem Fachamt Personalservice Ohrakupunktur zur Entspannung für Beschäftigte des Bezirksamtes an. Dieses Angebot stieß auf große Resonanz und wird auch weiter durchgeführt.

Mütterberatung

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatung beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in regelmäßigen Sprechstunden und bei Hausbesuchen. Zusätzlich werden seit 2009 auch Gruppen für Babymassage und Babyernährung angeboten. Zum Team der Mütterberatung gehören Kinderärztinnen, Kinderkrankenschwestern und Krankenschwestern. Sie unterstützen und beraten in allen Fragen rund um das Baby, koordinieren weiterführende Hilfen und leisten auch selber in Einzelfällen schnelle praktische Hilfe zuhause.

Die Angebote der Mütterberatung konnten seit 2009 erheblich erweitert werden. Dieses war möglich durch die Unterstützung von drei neuen Krankenschwestern (Asklepios-Rückkehrerinnen), die das Mütterberatungsteam verstärken.

Im Jahr 2011 war es möglich, jeder Bergedorfer Familie mit einem Säugling und außerdem den Familien, die neu in Bergedorf zugezogen sind und kleine Kinder haben, einen Hausbesuch anzubieten. Diese Hausbesuche wurden gut angenommen. Sie werden mit einem Begrüßungsbrief des Bezirksamtsleiters angekündigt. Außerdem erhalten die Familien einen Babyschlafsack als Willkommensgeschenk. Die Finanzierung der Schlafsäcke wurde zunächst ermöglicht durch eine Spende der „Budnianer Hilfe e.V.“ und weiterführend durch das Preisgeld aus dem Wettbewerb Nachhaltiger Bezirk 2009, an dem sich die Mütterberatung mit ihrer umfangreichen Arbeit beteiligt hatte. Das Schlafen des Säuglings in einem Schlafsack in Rückenlage ist ein besonders wichtiger Faktor, um das Risiko des Plötzlichen Säuglingstodes zu mindern und eine gesunde Entwicklung zu fördern.

Die Mütterberatung bietet Kurse für Babymassage an. Bei der Babymassage kommt es darauf an, das Baby zu beobachten und seine Signale aufzunehmen, ob und wie es berührt werden möchte. Daher hilft diese Methode Müttern und Vätern, mit ihrem Baby in emotionalen Kontakt zu kommen und es einfühlsam zu berühren. „Ernährung im ersten Lebensjahr“ als weiteres Gruppenangebot für Mütter und Väter mit Säuglingen wird sehr positiv von den Eltern angenommen.

Die Sprechstunden der Mütterberatung an fünf verschiedenen Standorten im Bezirk wurden kontinuierlich durchgeführt, auch unter Beteiligung der Kinderärztinnen des Gesundheitsamtes.



Die Kooperation mit den Familienhebammenprojekten Neu-Allermöhe und Lohbrügge und mit dem Projekt „Nestlotsen“ der Pestalozzistiftung in Bergedorf West wurde fortgesetzt. Die Mütterberatung hat sich 2011 an verschiedenen Arbeitskreisen und Netzwerken z.B. dem Runden Tisch Bergedorf zum Thema „seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit“ beteiligt.

Das hamburgweite Projekt „Erinnerungs- und Meldewesen für die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U6 und U7“, eine neue Aufgabe des KJGD, ist in verschiedenen bezirksübergreifenden Arbeitsgruppen vorbereitet worden und hat am 22.02.11 mit der konkreten Arbeit begonnen. Alle gemeldeten Fälle (565) konnten zeitnah abgeschlossen werden.

Kennzahlen:

Schulärztlicher Dienst:

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Untersuchungen gem. § 34 (4) HmbSchulG | 80 | 60 | 67 |
| Untersuchungen gem. § 34 (5) HmbSchulG (Schuleingangsuntersuchungen) | 1082 | 630 | 965 |
| Allgemeine Betreuung/Untersuchung gem. § 34 (3) HmbSchulG (auf Ersuchen der Schule) | 55 | 66 | 44 |

| | | | |
|---|-----|-----|------------------|
| Untersuchungen im Einzelfall gem. § 34 (1) HmbSchulG (z. B. Förderschule Integrationsklassen, Sonderschule) | 105 | 91 | 174 ⁵ |
| Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde) | 109 | 117 | 121 |

Mütterberatung:

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde. | 915 | 1285 | 1217 |

⁵ Die hohe Zahl erklärt sich durch eine Welle von Anträgen im Rahmen der Inklusion an Schulen, die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres (also schon im Schuljahr 2011/12) gestellt wurden.



| | | | |
|--|-----|-----|-----|
| Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern | 715 | 755 | 677 |
|--|-----|-----|-----|

Schulzahnärztlicher Dienst:

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|------|------|------|
| Anzahl der gemeldeten Schüler der 1. - 6. Klasse einschl. Vorschule, | 7085 | 7321 | 7714 |
| davon 85% = Soll | 6022 | 6236 | 6557 |
| Tatsächlich durchgeführte Untersuchungen (Ist) | 6079 | 7074 | 6623 |
| Anzahl der untersuchten Kinder im Verhältnis zu den gemeldeten Kindern in Prozent | 86 | 97 | 86 |
| Zahnärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz | 2129 | 2158 | 2392 |
| Zahnärztliche Gutachten | 36 | 41 | 53 |

Gesundheitsschutz

Gesundheitsaufsicht

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldung von Infektionserkrankungen, bewertet die Daten und veranlasst entsprechende Maßnahmen. Bei gehäuft auftretenden Erkrankungen (Ausbrüchen) und Epidemien werden Schutzmaßnahmen gegen die Weiterverbreitung für die Bevölkerung und Einrichtungen geplant, vermittelt und veranlasst. Gleichzeitig überwacht die Gesundheitsaufsicht die Umsetzung der Hygienestandards in Krankenhäusern, Arztpraxen,

Kindertagesstätten, Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Tattoo- und Piercingstudios, Fußpflegeeinrichtungen sowie bei Heilpraktikern.

Auch Bergedorf blieb von der schweren EHEC/HUS-Epidemie im Frühsommer nicht verschont. Die Gesundheitsaufsicht ermittelte in all diesen Fällen und in vielen weiteren Verdachtsfällen, die sich später glücklicherweise nicht bestätigten. Es herrschte eine intensive Zusammenarbeit mit den anderen Bezirksgesundheitsämtern, der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, dem Robert-Koch-Institut in Berlin und sogar dem Landeskriminalamt. Gemeinsam mit dem Verbraucherschutzamt und dem Institut für Hygiene und Umwelt wurde der möglichen Infektionsquelle auf den Grund gegangen.

Zusätzlich wurden im Jahr 2011 die routinemäßigen Begehungen der Krankenhäuser und Kindereinrichtungen sowie der stationären Alten- und Pflegeeinrichtungen zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt.

Insgesamt 20 Arztpraxen wurden begangen und auf die hygienischen Verhältnisse hin überprüft. Das Gesundheitsamt beteiligte sich im Jahre 2011 an einem Projekt der Gesundheitsbehörde: Bei der Überprüfung von Endoskopiepraxen wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die fachgerechte hygienische Aufbereitung der Medizinprodukte gelegt.



Wohn-Pflege-Aufsicht

Die Wohn-Pflege-Aufsicht berät ältere, behinderte und auf Betreuung angewiesene Bewohnerinnen und Bewohner sowie Angehörige. Ebenso gilt das Beratungsangebot für Betreiber von Einrichtungen und Personen mit berechtigtem Interesse.

Das Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz ist die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Wohn-Pflege-Aufsicht. Hierunter fallen:

- Servicewohnanlagen (ehemals betreutes Wohnen)
- Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige
- Wohneinrichtungen für Senioren (alt: Heime)
- Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen
- Tagespflegestätten und Hospize
- Ambulante Pflegedienste und Dienste der Behindertenhilfe

Die Wohn-Pflege-Aufsicht führt Kontrollen durch und prüft die Qualität der Pflege- und Betreuungsleistungen. Das Ziel ist, die Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner zu schützen und insbesondere die Selbstständigkeit bzw. Teilhabe sowie die Selbstverantwortung zu wahren. Neben den Aufgaben als Kontroll- und Beratungsinstanz ist die Wohn-Pflege-Aufsicht auch Beschwerdestelle für die oben aufgeführten Zielgruppen.

Themenschwerpunkte bei der Überprüfung von Einrichtungen waren Personal- und Qualitätsmanagement, soziale Betreuung und Teilhabe sowie Arzneimittelversorgung. In 2 Einrichtungen war ein überproportional hoher Einsatz von Zeitarbeitspersonal zu verzeichnen, so dass die vorgesehene Bezugspflege angezweifelt werden musste.

Von Bewohnern und Angehörigen gingen im Bereich Wohneinrichtung 16 Beschwerden, im Bereich Servicewohnen 7 Beschwerden und im Bereich ambulante Pflegedienste 5 Beschwerden ein.

Der Bau der in 2011 eröffneten Gasteinrichtung „Bei Philipps“ wurde intensiv von der Wohn-Pflege-Aufsicht begleitet.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die neu definierte Beratungstätigkeit der Wohn-Pflege-Aufsicht sowie die eingegangenen Beschwerden in deutlichem Umfang zugenommen haben.

Gesundheitsaufsicht:

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle | 840 | 478 | 562 |
| Anzahl der Begehungen in Pflegeheimen zur Überwachung der Hygiene | 8 | 7 | 8 |
| Anzahl der Begehungen in Arztpraxen | 20 | 17 | 20 |
| Anzahl der Begehungen in Kindertageseinrichtungen | 12 | 12 | 16 |

**Wohn-Pflege-Aufsicht:**

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------------------------------|------|------|
| Anzahl der regelhaften Überprüfungen von Wohneinrichtungen | 43 (anlassbezogen und regelhaft) | 14 | 17 |
| Anzahl der bearbeiteten Beschwerden | 14 | 20 | 28 |
| Anzahl der anlassbezogenen Prüfungen | s.o. | 6 | 13 |
| Anzahl der stichprobenhaften Überprüfungen von ambulanten Pflegediensten | - | 2 | 1 |

4. Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Leitung: bis 30.06.2011 Arne Dornquast, Tel. 42891-4040

| Kennzahlen | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|--|---------|---------|
| Beschäftigungsvolumen | 173,62 | 178,39 | 178,80 |
| Sachkostenbudget in € | | | |
| Ansatz und Rest Vorjahr Soll | 174.401 | 147.306 | 140.300 |
| Ausgaben Ist | 174.401 | 147.306 | 140.300 |
| übertragbarer Rest | 0 | 0 | 0 |
| betreute Fachausschüsse | Stadtplanungsausschuss, Regionalausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz sowie gelegentlich für Sport und Kultur. | | |
| Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung | 91 | 53 | 50 |
| Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote | 51 | 56 | 41 |
| davon öffentliche Ausschreibungen | 3 | 1 | 2 |
| davon beschränkte Ausschreibungen | 48 | 55 | 39 |

| | | | |
|-------------------------------|------------|------------|------------|
| Einnahmen insgesamt in € | | | |
| Soll | 4.601.493 | 3.503.084 | 5.969.688 |
| Ist | 4.561.056 | 3.637.001 | 5.799.796 |
| Ausgaben insgesamt Ist | 14.953.003 | 16.520.174 | 17.491.288 |



Im Dezernat sind im Wesentlichen die technisch-baulichen und ökonomischen Dienstleistungen des Bezirksamtes in den Fachämtern Stadt- und Landschaftsplanung, Management des öffentlichen Raumes, Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt sowie dem Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt konzentriert.

4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

Leitung: Axel Schneede Tel. 42891-4510, Klaus Wittmann Tel. 42891-4520

| Kennzahlen | 2009 | 2010 | 2011 | |
|---|-------------|----------------|----------------|------------------|
| Beschäftigungsvolumen Am letzten Tag des Jahres | 10,40 | 11,14 | 10,82 | |
| Einnahmen in € | Soll Ist | 8.925 8.925 | 7.200 6.252 | 11.056 11.056 |
| Ausgaben in € | 306.479 | 301.151 | 389.501 | |
| Anzahl der aktiven Bebauungsplanverfahren am 31.12. | 22 | 18 | 18 | |
| Größe der aktiven Bebauungsplanverfahren in ha am 31.12. | 323 | 260 | 458 | |
| Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden | 9 | 2 | 4 | |

Aufgabe und Entwicklung 2011

Übergeordnete Planung

Wohnungsbau

2011 haben der Wohnungsbau und die damit zusammenhängenden Aktivitäten spürbar an Dynamik zugenommen. Der Arbeitsschwerpunkt der übergeordneten Planung hat sich deutlich in die programmatische und planerische Aufbereitung sowie die Aktivierung von Wohnbauflächen verlagert. Das Anfang 2011 verabschiedete Bergedorfer Wohnungsbauprogramm ist auf großes Interesse bei Investoren gestoßen bzw. hat Investoren dazu animiert, sich für den Standort Bergedorf zu interessieren. Begünstigt durch die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind die Aktivitäten rund um den Wohnungsbau in Bergedorf daher deutlich angestiegen. Der zwischen Senat und Bezirken Mitte des Jahres geschlossene Vertrag für Hamburg und das Bündnis für das Wohnen haben klare und ehrgeizige Zielvorgaben für die Bezirke geliefert, an deren Umsetzung und Konkretisierung der Bezirk Bergedorf maßgeblich mitgewirkt hat, da Bergedorf für den Bereich Stadt- und Landschaftsplanung Federführer ist.

Ende 2011 wurde als wesentlicher Meilenstein die erstmalige Fortschreibung des Wohnungsbauprogramms mit dem deutlich erhöhten Ziel der Schaffung von 600 Wohneinheiten pro Jahr durch Beschluss der Bezirksversammlung verabschiedet. Schwerpunkt der weiteren Arbeit wird die Umsetzung und Realisierung der Wohnbauflächenpotenziale sein.



Räumliche Schwerpunkte bilden die Bereiche Schleusengraben, der westliche Abschnitt vom Brookdeich, Neuallermöhe-West und nördlich Reinbeker Redder. Auch in den Vier- und Marschlanden zeichnen sich deutlich mehr Wohnungsbauaktivitäten größerer Art ab als früher.

Windenergieanlagen in den Vier- und Marschlanden

Der Bezirk Bergedorf hat auch 2011 das im Vorjahr von der BSU eingeleitete FNP- und LAPRO-Änderungsverfahren begleitet. Zahlreiche, vor allem aus Ochsenwerder und Neuengamme geäußerte Bedenken gegen die Ausweitung der Windenergie in den Vier- und Marschlanden haben zur Einrichtung eines Runden Tisches geführt, der das Verfahren begleitet und an dem Verwaltung, Politik und Initiativen beteiligt sind.

Schleusengraben

Die Entwicklung am Schleusengraben konzentriert sich inzwischen auf drei große Flächen, auf denen zusammen bis zu 1.000 Wohnungen entstehen können:

- Glasbläserhöfe: Hier wurde 2011 das Bebauungsplanverfahren durchgeführt, so dass diese Fläche zuerst im Sinne der Schleusengärtenidee in die Entwicklung gehen wird.
- Schleusenhöfe: Die südlich an die zukünftigen Glasbläserhöfe angrenzende Fläche ist schon seit längerer Zeit Gegenstand von Planungsüberlegungen. Das Bezirksamt hat schon 2009 mit dem Bebauungsplan Bergedorf 100 für diesen Bereich die planungsrechtlichen Grundlagen geschaffen. 2011 kam durch neue konstruktive Gespräche mit Vertretern der Eigentümerseite Bewegung in die planerische Entwicklung. Es wird zu klären sein, ob sich die Vorstellungen der Eigentümerseite und die des Bezirkes in Einklang bringen lassen.
- Schleusengärten: Begleitend zu der Aufstellung des Bebauungsplans Bergedorf 104/Curslack 19 und der damit verbundenen Diskussion über die Entwicklung eines WA-Gebietes hat das Bezirksamt zusammen mit der Finanzbehörde Verhandlungen über einen Grundstückstausch mit dem privaten Eigentümer geführt, die die Entwicklung der Schleusengärten in diesem Bereich überhaupt erst möglich machen sollen.

Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung Bergedorf

Die Schwerpunkte für die Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung lagen 2011 vor allem in der Fertigstellung des neuen ZOB und des Fahrradparkhauses sowie der Abstimmung mit dem Träger des Fahrradparkhauses. Weiterhin löste auch die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes erheblichen Abstimmungsbedarf aus.

Planungswerkstatt Lohbrügger Markt

Im Kontext der Aufwertungsbestrebungen für den zentralen Bereich von Lohbrügge wurde 2011 ein Planungsverfahren für den Lohbrügger Markt begonnen und weitgehend durchgeführt. Besonders anspruchsvoll war es, die Interessen der unterschiedlichen Nutzer bei gleichzeitiger Verbesserung der Aufenthaltsqualität in Einklang zu bringen. Seitens des teilnehmenden Büros wurden gute Vorschläge entwickelt. Der Siegerentwurf soll 2012 in die Umsetzung gehen.

Teilräumliche Entwicklungsplanung Mittlerer Landweg

Das im Jahr 2010 begonnene Verfahren wurde 2011 fortgeführt und weitgehend zum Abschluss gebracht. Es wurden sowohl in zwei weiteren Planungswerkstätten als auch im kleineren Kreis zahlreiche konstruktive Diskussionen und Gespräche geführt, die eine nahezu konsensuale Planung erbracht haben. Es wird zu klären sein, welches Planungsergebnis dem Senat vorgelegt werden soll.

Infrastrukturprogramm Zollenspieker

Großen Arbeitsaufwand brachten die Abstimmungen zu den Förderanträgen ELER/ Leader sowie der Metropolregion Hamburg mit sich. Die ersten Wasserbaumaßnahmen konnten in Abstimmung mit den Förderfonds vorzeitig begonnen werden.



Bebauungsplanung

Im Wesentlichen wurden im Jahr 2011 folgende Leistungen erbracht:

Vier Planverfahren wurden neu eingeleitet: Änderung Allermöhe 27 (Gewerbegebiet Allermöhe), Bergedorf 110 (Glasbläserhöfe), Curslack 20 (Curslack Deich 137-143), Änderung Lohbrügge 16 (Lohbrügger Landstraße/Sander Damm).

Folgende vier öffentliche Plandiskussionen wurden durchgeführt: Bergedorf 99 (Logistikzentrum CND), Bergedorf 108 / Curslack 19 (Kleingärten Rothenhauschaussee / Speckenweg), Bergedorf 110 (Glasbläserhöfe), Curslack 20,

Mit den Trägern öffentlicher Belange wurden fünf Planentwürfe abgestimmt: Änderung Bergedorf 16 / Lohbrügge 31 (Kurt-A.-Körper-Chaussee/Bergedorfer Straße/Sander Damm), Bergedorf 99, Bergedorf 104 / Curslack 19 (Schleusengärten), Bergedorf 110, Kirchwerder 30 (An der Blauen Kuhle).

Fünf öffentliche Auslegungen fanden für folgende Bebauungsplanentwürfe statt: Bergedorf 102 (Baumarkt Kurt-A.-Körper-Chaussee), Bergedorf 104 / Curslack 19, Bergedorf 110, Kirchwerder 30, Ochsenwerder 12 (Kirchhof).

Die Bebauungspläne Bergedorf 96 (Gojenbergsweg 24b), Bergedorf 101 (Gojenbergsweg/Justus-Brinkmann-Straße) und Ochsenwerder 12 wurden festgestellt.

Für den Bebauungsplan Lohbrügge 89 (Hirtenland) wurden Gespräche mit Vorhabenträgern geführt.

Im Rahmen der fachlichen Federführungsaufgaben mit Bezug zur Datenverarbeitung wurden folgende Themen begleitet oder betreut: Einführung Bauleitplanung online bei allen Trägern öffentlicher Belange und modellhaft in Bergedorf (internetbasierte medienbruchfreie Beteiligung), Öffentlichkeitsarbeit Bauleitplanung online (u.a. Messe Neue Verwaltung Leipzig 2011), Einführung 3A Web, Grundlagen XPlanung, LandCAD unter ESARI-Bedingungen, Arbeitskreis „Praxis digitale Bauleitplanung“, Arbeitskreis GIS-Anwendungen Bezirke, Geodatenbestandsaufnahme sowie Einbindung von Planungsdaten in die Geodateninfrastruktur Hamburg. Das Fachamt war weiterhin Mitglied der Projektgruppe „Bauleitplanung online“ und maßgeblich an der weiteren Optimierung der Anwendung im Rahmen der Einführung von Bauleitplanung online beteiligt. Außerdem wurde der Übergang in die Verfahrensbetreuung nach dem in 2012 geplanten Roll-Out von Bauleitplanung online inhaltlich vorbereitet.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren
- Zurückstellungen von Baugesuchen
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern
- Mitwirkung an Normenkontroll- und Vergleichsverfahren
- Mitwirkung bei Rechnungshofprüfungen

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht entsprechend seinen Vorstellungen zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung zu schaffen, näher gekommen.

Landschaftsplanung

Im Bereich der vorbereitenden Bauleitplanung wurde die Teilräumliche Entwicklungsplanung Mittlerer Landweg für die landschaftsplanerische Bearbeitung vorbereitet (u.a. Vertragsgestaltung und Vertragsabschluss mit Gutachter). Die Arbeit am Konzept für eine Ausgleichsflächen-Strategie des Bezirkes wurde fortgesetzt.

Hamburg erarbeitet ein Biotopverbundkonzept, bei dessen Flächensuche die bezirkliche Mitwirkung erforderlich wurde. Zur "Evaluierung Naturschutz in den Bezirken" wurden Stellungnahmen abgegeben. Ebenso zu der Überarbeitung der „Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in Hamburg“ im Rahmen der Flächennutzungsplan-Änderung.



Die Entwicklung der Schleusengrabenachse wurde landschaftsplanerisch weiterhin begleitet. Auf Grundlage der Gutachten wurden Kosten ermittelt, um konkrete Planungen für Teilabschnitte am Schleusengraben ausarbeiten zu können. Aufgrund z.T. schwieriger Grundstückssituationen (Böschungen / Privateigentum) sind Umsetzungen noch nicht erfolgt. Teile des Gewerbegebietes Südlich Brookdeich wurden aufgrund von Bodenuntersuchungen vorläufig unter Schutz gestellt. Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung war am Prozess intensiv beteiligt.

Der in 2007 begonnene Leader-Prozess im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums führte bereits zu ersten konkreten Projekten in Bergedorf. Der EU-Antrag zur Umsetzung der Reitwege wurde ausgearbeitet, es bedarf einer Nachkalkulation aufgrund geänderter Bedingungen der BWA. Trotz Einreichung der Haushaltsunterlagen ist der Antrag noch nicht bewilligt.

Internationale Gartenschau 2013 (IGS): Die Ideen für die Kulturlandschaften auf dem Gartenschau Gelände sind weiter konkretisiert worden. In 2012 sollen konkrete Umsetzungsideen auch für die Vier- und Marschlande ausgearbeitet werden und Ideen für 2013 auf dem IGS-gebündelt werden. Hierzu wurde die Besetzung des Regionalmanagements ausgeschrieben und Kooperationsverträge mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen ausgearbeitet, da die Finanzierung über die Metropolregion läuft.

In der verbindlichen Planung wurde die Betreuung aller laufenden Huckepack-Bebauungspläne fortgesetzt, wobei dem Artenschutzrecht (Vögel, Fledermäuse) aufgrund der gesetzlichen Beachtlichkeit besonderes Gewicht zukam. Insbesondere das Vorkommen streng geschützter Arten (Arten- und Biotopschutz) und deren Behandlung in Bebauungsplanverfahren stellten die Planungen vor neue Herausforderungen, die zusammen mit den Fachbehörden in einem intensiven Austausch geklärt werden konnten.

4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Leitung: Christoph Lindemann, Tel. 42891-2277

| Kennzahlen | | 2009 | 2010 | 2011 |
|--------------------------------|------|-------------|-------------|------------------------|
| Beschäftigungsvolumen | | 105,52 | 107,57 | 110,15 |
| Einnahmen in EUR ¹⁾ | Soll | 670.266 | 587.574 | 2.236.819 ₂ |
| | Ist | 641.286 | 665.276 | 2.101.974 ₂ |
| Ausgaben in EUR | | 14.127.348 | 15.571.586 | 16.334.614 |

1) Gebühren, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Zwangs- und Bußgelder, Arbeiten für fremde Rechnungen u.a.

2) Einmalige Einnahmen wegen Herrichtung Bahnhofsvorplatz

Aufgabe und Entwicklung 2011

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und der Unterhaltung aller öffentlichen Flächen, die in der Zuständigkeit des Bezirkes liegen wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher

Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Herrichten der Depotcontainer-Standorte, Unterhaltung von Gewässern aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete sowie Bergedorfer Forstflächen. Durch den Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wird für die Sauberkeit und Ordnung auf diesen Flächen gesorgt und die Einhaltung des Hundegesetzes überwacht. In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen unterhalten.



2011 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:**Straßen- und Tiefbauprojekte:**

- Diverse Maßnahmen im Rahmen des Programmes integrierte Stadtteilentwicklung, RISE (z.B. Hude / Hinterm Graben, Quartiersstraßen Bergedorf-Süd)
- Verschiedene Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen im bezirklichen Straßennetz entsprechend des Tiefbauprogrammes 2011 (z.B. Neuengammer Hausdeich von Heinrich-Stubbe-Weg, bis Odemanns Heck, Randersweide, Moorfleeter Kirchenweg)
- Weiterführung Erschließung ZOB und Bahnhofsvorplatz, sowie Wiederherstellung der Johann-Meier-Straße
- Mitarbeit im Projekt Fahrradparkhaus
- Vorbereitung und Ausführung von allgemeinen Erschließungsmaßnahmen
- Vorbereitung und Ausführung von Industrie- und Gewerbeerschließungen
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West (z.B. Hans-Stoll-Straße, Marie-Henning-Weg)
- Vorbereitung von diversen Maßnahmen der erstmaligen, endgültigen Herstellung von Straßen
- Vorbereitung und Ausführung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Bushaltestellen im Rahmen des Titels „Förderung des ÖPNV“
- Vorbereitung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Radwegen im Rahmen des Titels „Förderung des Radverkehrs“ (z.B. Verbesserung des Fahrradparkens)
- Mitarbeit bei der Erarbeitung diverser B-Pläne hinsichtlich der Erschließung (Grün-, Straßen, Tief- und Wasserbau)
- Herrichtung und Abschluss der Arbeiten im Zuge des Boulevards Lohbrügge (Alte Holstenstraße) sowie Beleuchtung unter der Eisenbahnbrücke Alte Holstenstraße.

Unterhaltungsmaßnahmen:

- Fortführung des Sonderprogramms „Schönes Bergedorf“ - Umfeldverschönerung und Aufwertung von Straßen und Plätzen (u.a. Kaiser-Wilhelm-Platz, Bergedorfer Schloßstraße, Werner-Neben-Platz, Freiluftbühne Rathauspark)
- Erfüllung des fortlaufenden Schlaglochbeseitigungsprogrammes
- Erneuerungs- und Instandsetzungsprogramm „öffentliche Toiletten“ an den Badeseen
- Konjunkturprogramm-Aufstockung der Straßenunterhaltungsmittel zur Beseitigung von Gefahrenstellen auf Straßen und Wegen
- Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden
- Weitere Vorbereitung des Sonderprogramms „Klar Schiff Hamburg“ – Ordnen von Wegezubehör
- Instandsetzung und Unterhaltung von Deichverteidigungsstraßen und dazugehöriger Sperreinrichtungen
- Instandsetzung des Marschbahndammes als Teil des Europa-Radfernweges
- Sonderprogramm Fahrbahnmarkierung/Verkehrsleiteinrichtungen

- Sanierung von Teilflächen an Hauptverkehrsstraßen
- Überwachung, Anpassung u. Ausarbeitung des Winterdienstes
- Koordinierung, Planung und Umsetzung Straßenbau- sowie Straßenverkehrs-behördlicher Anordnungen
- Wildkrautbeseitigung an Haupt- und Nebenstraßen
- Entschlammung der Auffangbecken / Naturteiche Boberger Niederung



- Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs an Haupt- und Nebenstraßen
- Schulwegsicherungsprogramm – Fahrbahnmarkierungen spez. an Überwegen
- Wiederherstellung der Straßenentwässerungssysteme (u.a. an der B 5 und in den Vier- und Marschlanden).

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen:

- Weiterführung der Entschlammungsmaßnahme Gose-Elbe
- Entschlammung Alte Brookwetterung, 3. Bauabschnitt
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Grundinstandsetzungen am Staatlichen Be- und Entwässerungssystem in den Vier- und Marschlanden
- Entschlammung Neuengammer Durchstich
- Entwurf, Herstellung der Durchgängigkeit am Serrahnwehr nach EU-WRRRL
- Grundinstandsetzung der Ufermauer an der Schloßstraße
- Planung Grundinstandsetzung Schöpfwerk Bille (Kontrakt mit LSBG)
- Planung Regenwasserbehandlungsanlage am Bornmühlenbach, Plettenbergring (Kontrakt mit LSBG)
- Herstellung eines Schifflanlegers am Schleusengraben.

Landschaftsbauprojekte:

- Abschluss der Sanierung Sportanlage Sander Tannen (Bau von 2 Kunstrasenplätzen)
- Konzeption einer Kleingartenanlage für den B-Plan Bergedorf 108/Altengamme 11
- Planung / Konzeption einer Wegeverbindung (Grünzug) am Schleusengraben
- Planung und Ausführung der Sanierung des historischen Stadtplatzes Kaiser-Wilhelm-Platz
- Vorbereitung und Ausführung einer Zuwegung für die Kapelle 2 auf dem Friedhof Bergedorf
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung von diversen Spielplätzen und Grünanlagen (KSP Harnackring, KSP Buchenweg, Grünanlagen Stormarnhöhe, Grünzug Mittlere Bille)
- Weiterführung der Planung für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West, 6. BA
- Weiterführung der Planung der öffentlichen Freiflächen Zollenspieker Fährhaus
- Planung einer WC- Anlage im Schlosspark (Chrysanderstraße)
- Abschluss der Grundinstandsetzung des Marschbahndammes zwischen Ochsenwerder und Heinrich-Stubbe-Weg als Teil des Europa-Radfernweges
- Aufstellung der Pflege- und Entwicklungspläne für die Grünanlage An der Sternwarte / Schorhöhe und für das Fleetgrün in Allermöhe-Ost
- Umsetzung von Maßnahmen aus den Pflege- und Entwicklungsplänen für den Eichbaupark, Marschbahndamm und Grünes Zentrum Lohbrügge
- Weiterführung von Maßnahmen zur Grundinstandsetzung der Kapelle 1 auf dem Friedhof Bergedorf
- Planung und Ausführung einer Rekonstruktion / Wiederherstellung und Ausführung der historischen Parkanlage Schillerufer.

Forstprojekte:

- „Neuer Wald für Bergedorf“ im Rahmen des weltweiten Projekts „Plants for the planet“ in Zusammenarbeit mit der Gesamtschule Bergedorf wurde fortgesetzt
- Durchführung des Weihnachtsbaumverkaufes.



BOD Bergedorf

Der BOD Bergedorf hat im Jahr 2011 seinen Tätigkeitsschwerpunkt auf die Bekämpfung der illegalen Müllentsorgung und auf die Verbesserung des „Sicherheitsgefühls“ der Bergedorfer Bevölkerung gelegt. Dazu wurden tägliche Präsenzstreifen im Bereich der Fußgängerzonen „Sachsentor“ und „Alte Holstenstraße“ unter Einbeziehung des Schlossparks und auch des Vorplatzes des CCB durchgeführt. Außerdem wurden je nach Wetterlage bzw. Beschwerdelage routinemäßig oder anlassbezogen vor allem in den Grün- und Erholungsanlagen Kontrollen durchgeführt. In den Wintermonaten wurden außerdem verstärkt Kontrollen durchgeführt, ob gegen die Anliegerverpflichtung zur Schnee- und Eisbeseitigung nach dem Hamburgischen Wegegesetz verstoßen wurde. Diese hohe Präsenz in der Öffentlichkeit wird von der Bergedorfer Bevölkerung sehr geschätzt und anerkannt.

Kennzahlen:

| Angaben in Euro | 2009 | 2010 | 2011 |
|----------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| Investitionsmittel Straße | 4.838.619 | 5.683.779 | 5.306.651 |
| Davon: Honorarausgaben | 78.456 | 461.957 | 326.373 |
| Erschließungsmittel | 663.000 | 821.406 | 1.066.847 |
| Neu-, Um- und Ausbau | 36.000 | 1.023.294 | 1.462.639 |
| Grundinstandsetzung | 4.061.163 | 3.377.122 | 2.450.792 |

| Investitionsmittel Gewässer und Deiche | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|------------------|------------------|------------------|
| Investitionsmittel Gewässer und Deiche | 1.278.125 | 2.229.497 | 3.216.000 |
| Davon: Honorarausgaben | 113.465 | 144.386 | 145.877 |
| Erschließungsmittel | 0 | 0 | 0 |
| Neu-, Um- und Ausbau | 1.091.190 | 2.080.204 | 1.833.123 |
| Grundinstandsetzung HWS-Anlagen | 73.470 | 4.907 | 1.237.000 |

| Investitionsmittel Grünanlagen | 2009 | 2010 | 2011 |
|---------------------------------------|----------------|------------------|------------------|
| Investitionsmittel Grünanlagen | 952.895 | 1.340.090 | 1.065.461 |
| Davon: Honorarausgaben | 27.488 | 12.154 | 28.732 |

| Unterhaltung Straße | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Unterhaltung Straße | 2009 | 2010 | 2011 |
| Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m ² | 5.560.000 | 5.561.000 | 5.563.000 |
| Ausgaben | 1.551.896 | 1.533.610 | 1.585.473 |



| Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Angaben zum Anlagenbestand | | | |
| Flächengröße in m ² | 43.389 | 43.389 | 44.262 |
| Anzahl | 464 | 464 | 465 |
| Ausgaben | 147.947 | 51.983 | 52.093 |

| Unterhaltung Gewässer und Deiche | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Angaben zum Anlagenbestand: | | | |
| Flächengröße in ha | 415 | 415 | 415 |
| Ausgaben | 1.392.000 | 1.529.545 | 1.589.000 |

| Unterhaltung Straßenbegleitgrün | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Angaben zum Anlagenbestand | | | |
| Flächengröße m ² | 2.865.000 | 2.865.000 | 2.866.000 |
| Anzahl der Bäume | 23.610 | 23.610 | 23.862 |
| Ausgaben | 254.094 | 289.730 | 457.623 |
| Baumpflanzaktion „Mein Baum – meine Stadt“ | | | 129.147 |

| Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Angaben zum Anlagenbestand ¹⁾ | | | |
| Flächengröße m ² | 7.500.500 | 7.500.500 | 4.069.595 |
| Anzahl | 218 | 218 | 193 |
| Ausgaben | 650.349 | 675.061 | 802.484 |

¹⁾ Die Größenabweichungen zwischen 2010 und 2011 beruhen auf der Überarbeitung des Grünplans durch die Fachbehörde. Hinzu kommt, dass die Größenangabe in 2010 die Flächen der Kleingärten und des Friedhofes beinhaltenden.

| Unterhaltung Kleingärten | 2009 | 2010 | 2011 |
|---------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angaben zum Anlagenbestand | | | |
| Flächengröße in m ² | 1.830.000 | 1.830.000 | 1.904.504 |
| Anlagen | 28 | 28 | 23 |
| Ausgaben | 52.000 | 25.000 | 35.000 |

| Friedhof | 2009 | 2010 | 2011 |
|--------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angaben zum Bestand | | | |
| Flächengröße in m ² | 686.937 | 686.937 | 621.887 |
| Investitionsausgaben | 107.225 | 49.469 | 131.761 |
| Unterhaltungsausgaben | 332.434 | 397.163 | 356.299 |



| Naturschutzgebiete | 2009 | 2010 | 2011 |
|---------------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angaben zum Bestand NSG ¹⁾ | | | |
| Flächengröße in ha | 1.598 | 1.200 | 1.200 |
| Ausgaben für Pflege und Unterhaltung | 58.128 | 20.623 | 27.226 |

¹⁾ Das NSG Boberg und das NSG Die Reit wurden Anfang 2010 vom Bezirk an die Fachbehörde übertragen

| Forst | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Angaben zum Bestand Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee, Flächengröße in m ² | 4.000.000 | 4.000.000 | 4.000.000 |
| Ausgaben Wegebau | 8.060 | 0 | 1.193 |
| Ausgaben Investitionen | 11.388 | 34.672 | 3.842 |
| Ausgaben (Unterhaltung und Instandsetzung aus Betriebsmitteln) | 43.337 | 45.545 | 76.045 |
| Amtshilfen ¹⁾ | 2009 | 2010 | 2011 |
| Ausgaben | 230.837 | 182.362 | 355.290 |

¹⁾ Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten

| Sondernutzungen KFZ | | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|--|-------------|-------------|-------------|
| Anzahl d. unerlaubten Sondernutzungen KFZ | | 330 | 441 | 475 |
| Anzahl der Ordnungswidrigkeit-Verfahren | | 28 | 41 | 57 |
| Ausgaben (Ersatzvornahmen) | | 2.158 | 1.352 | 2.636 |
| Einnahmen in € | Soll | 4.197 | 3.723 | 6.188 |
| | Bußgelder, Gebühren, Kosten, Entgelte | 10.771 | 7.931 | 10.389 |

Übersicht Ausbildung und Beschäftigungsmaßnahmen:

| Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Anzahl Auszubildende Ga La Bau | 15 | 17 | 18 |
| Verwaltung | 1 | 0 | 1 |
| Anzahl ABM – Mitarbeiter bei Kooperierenden Freien Trägern (Sprungbrett) | 21 | 21 | 21 |
| Praktikanten im Landschaftsbau | 3 | 9 | 2 |
| ANSCHUB - zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg | 3 | 3 | 0 |
| Internationaler Bund | 20 | 20 | 20 |
| Alsterarbeit im Grünbereich | 10 | 10 | 10 |
| Praktikanten im Forstbereich | 2 | 0 | 0 |



4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

Leitung: Helmut Hoffmann, Tel. 42891-4200

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|
| Beschäftigungsvolumen | 20,54 | 21,25 | 20,77 |

Aufgabe und Entwicklung 2011

Ein wesentliches Ereignis war die Mitte des Jahres durch das EHEC-Virus ausgelöste Lebensmittelkrise. Die in diesem Zusammenhang im Verbraucherschutzamt anstehenden Ermittlungsaufgaben wurden kompetent und zeitnah ausgeführt. Dies war durch eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Abteilungen und die ausgezeichnete Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich. Insbesondere die gesetzlich geregelte Rückverfolgung im Zusammenhang mit der Herstellung und Abgabe von Lebensmitteln hat sich hierbei als außerordentlich hilfreich erwiesen und führte zusammen mit der Epidemiologie letztlich zu einem erfolgreichen Ausgang der bundesweit angelegten Ermittlungsarbeit.

2011 wurde das bislang flächenmäßig größte Stadtfest vom Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt ausgeführt. Die Organisation des Bühnenprogrammes und die Durchführung der Marketingaktivitäten übernahm ein Bergedorfer Eventunternehmen. Die Bereiche Schloßstraße zwischen Kirche und Kaiser-Wilhelm-Platz konnten ebenso bebaut werden, wie der Vinhagenweg; nach vielen Jahren gelang es erstmals wieder ein attraktives Großfahrgeschäft auf der eng begrenzten Fläche des Karl-Herzog-Friedrich-Platzes unterzubringen; das Programm erwies sich in Verbindung mit dem Fest der Nationen als sehr erfolgreich. Selten haben so viele Besucher spontan das Veranstaltungsbüro aufgesucht, um mitzuteilen, dass dies insgesamt ein ausgesprochen gelungenes Stadtfest gewesen sei.

Zusammen mit den anderen Bezirksamtern wurde unter maßgeblicher Mitwirkung des Fachamtes ein Konzept zur Übertragung des Bergedorfer Marketingprojektes auf alle Hamburger Wochenmärkte entwickelt.

Mit der Ausführung des Weihnachtsmarktes in Bergedorf fand die Umsetzung einer neuen, zuvor getroffenen Beschlusslage statt und ein neuer Betreiber erhielt die Chance auf eine erfolgreiche Veranstaltung. Die Schloßwiese sowie auch die Alte Holstenstraße wurden aufwendig und attraktiv bebaut, so dass der Weihnachtsmarkt nach der Bewältigung einiger Anfangsschwierigkeiten mit einer außerordentlich positiven Resonanz in der örtlichen Presse und bei weiten Teilen der Bevölkerung am 23.12.11 beendet werden konnte.

4.3.1 Gewerberecht Marktwesen, Lebensmittelüberwachung

4.3.1.1 Gewerbe- und Ordnungsrecht

Aufgabe und Entwicklung 2011

Die Abteilung ist zuständig für Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren auf Grundlage verschiedener Gesetze, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem werden die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes und des Passivraucherschutzgesetzes ausgeführt.



Das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt hat in 2011 weiterhin daran mitgewirkt, eine möglichst vollständige Erfassung der Hunde in Bergedorf zu erreichen. Durch die vom BOD ausgeführten Überprüfungen wurden auch weiterhin Hunde bekannt, die noch nicht registriert waren. Mit entsprechenden Aufforderungen und weitergehenden Maßnahmen konnte das Hunderegister auf einem weitgehend aktuellen Stand gehalten werden. Zum 31.12.2011 waren in Bergedorf insgesamt über 4.000 Tiere im Hunderegister erfasst – die anfänglich geschätzte Bestandszahl ist damit erreicht. Die Aufgabe kann somit im Hinblick auf mehr Sicherheit im Umgang mit Hunden als erfolgreich betrachtet werden. Insgesamt wurden in 2011 drei Haltungsverbotausweisungen ausgesprochen, die sich in erster Linie auf das Halten gefährlicher Hunde nach § 2 HundeG bezogen.

Insgesamt wurden 121 Hundehalter schriftlich aufgefordert, Ihrer Meldepflicht nach dem Hundegesetz nachzukommen. Ein Teil der Hundehalter kam erst nach einem Zwangsmittelverfahren, das in sechs Fällen mit der Anordnung der Sicherstellung des Hundes endete, ihrer Pflicht nach. Es wurden 90 Bußgeldverfahren wegen verspäteter Anmeldung durchgeführt. Erstmals wurden 2011 ca. hundert Hundehalter angeschrieben und gebeten die vorgeschriebene Haftpflichtversicherung nachzuweisen. Zwei Drittel der Angeschriebenen reagierte mit entsprechenden Bestätigungen. Die restlichen angeschriebenen Personen stellten sich als entweder nicht mehr unter der Adresse wohnhaft heraus oder sind derzeit Gegenstand eines weiterführenden Verwaltungsverfahrens. Das Register konnte somit von diesen, nicht mehr in Hamburg befindlichen Hunden bereinigt werden; gleichwohl wird damit aber auch deutlich, dass die offenbar vielfach ausbleibende Abmeldung von Hundehaltungen eine Erreichung des Ziels, eine Übersicht über die Hundehaltungen in Hamburg zu gewinnen, erschwert.

Ferner waren drei Hunde aufgrund von Haltungsverbotausweisungen sicherzustellen. Euthanasierungen sind in 2011 nicht ausgeführt worden.

Vier Hunde wurden von der Erlaubnispflicht nach § 14 Absatz 1 Hundegesetz befreit, hierbei handelt es sich um Hunde der sog. Kategorie 3, deren Gefährlichkeit durch einen Wesenstest widerlegt werden konnte. In einem Fall wurde die Erlaubnis zur Haltung eines gefährlichen Hundes nach § 2 Abs. 1 HundeG abgelehnt. Haltungsverbotbeschränkende Maßnahmen wie z. B. die Anordnung des Besuchs einer Hundeschule wurden auch in diesem Jahr nur in sehr geringem Maße erforderlich. In den meisten Fällen sind Ermahnungen und damit verbundene Hinweise auf die Einhaltung der Aufsichts- und Anleinpfllicht ausreichend.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz im Zusammenwirken des Abschnittes Gewerbe- und Ordnungsrecht mit dem BOD auch in 2011 erfolgreich umgesetzt wurde und Wirkung zeigt.

Im Bereich des Jugendschutzgesetzes hat sich die Anzahl der festgestellten Verstöße im Vergleich zu den Vorjahren verringert. Es konnte jedoch erst die Hälfte der Verfahren eingeleitet werden. Um einen Verstoß festzustellen, bedarf es in der Regel noch weiterer Ermittlungen. Oft verweigern Jugendliche aber auch eine Angabe zu ihren Quellen; eine eindeutige Beweisführung ist dann kaum mehr möglich.

Gemeinsame Aktionen mit dem Jugendschutztrupp der Polizei waren in 2011 nicht möglich, die Polizei war häufig durch höherrangige Einsätze anderweitig gebunden. Besondere Auffälligkeiten waren nicht erkennbar.

Das bisherige konsequente Vorgehen gegen die Betreiber gerade von sog. „Kiosken“ zeigt Erfolge.

Auch in 2011 wurden Spielhallen im Hinblick auf die Einhaltung der Spielhallenverordnung kontrolliert und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Spielhallenbetreiber ausgeführt. Besondere Auffälligkeiten waren keine zu verzeichnen. In einem Fall wurde aufgrund eines



Inhaberwechsels festgestellt, dass eine unzulässige Kombination von Wettannahmestellen und Spielhalle vorhanden war.

Bei den Gewerbeuntersagungsverfahren konnten 14 Verfahren u. a. durch intensive Beratungen im Hinblick auf ein ordnungsgemäßes Handeln der Betroffenen von Seiten der Dienststelle eingestellt werden. Mehrere Verfahren wurden aus demselben Grund für einen angemessenen Zeitraum ausgesetzt. Von 85 Verfahren sind 25 abgeschlossen, davon 22 mit einer Gewerbeuntersagung, zwei mit einer Wiedergestattung und ein Fall mit der Ablehnung der Wiedergestattung. Von den noch offenen 46 Verfahren sind 34 Verfahren noch in der Bearbeitung. Ferner sind 12 Gewerbeuntersagungsverfahren aus den Vorjahren wegen laufender Insolvenzverfahren weiterhin offen, da die Gewerbeuntersagungsverfahren während des Insolvenzverfahrens ruhen müssen. Nach den Erfahrungen im unerwartet starken Winter Anfang 2010 konnte Anfang dieses Jahres festgestellt werden, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Gewährleistung der Räum- und Streupflicht positive Auswirkungen hatten. Wenn auch der Winter nicht mit dem vom Vorjahr zu vergleichen ist, so war dennoch festzustellen, dass die Anlieger ihrer Räum- und Streupflicht gewissenhafter nachkamen und daher weitaus weniger Bußgeldverfahren eingeleitet werden mussten (1 Bußgeld, 6 Verwarnungen).

Kennzahlen

| Passivraucherschutzgesetz | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Hinweise auf Missstände | 10 | 9 | 5 |
| Anzahl der Beratungen | 10 | 6 | 3 |
| Anzahl der Verfahren zur Ahndung von Missständen | 1 | 1 | 0 |

| Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|------------------|-----------------|-----------------|
| Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte) | 19 | 17 | 19 |
| Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind | 3 | 3 | 4 |
| Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren | 144 | 128 | 187 |
| davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG) | 25 | 36 | 33 |
| davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG) | 105 ⁶ | 92 | 120 |
| Gewerbeuntersagungsverfahren, Erlaubniswiderrufe und -versagungen | 51 ⁷ | 22 ⁸ | 30 ⁹ |

⁸ Alle Zwei Jahre findet das Stadtfest mit zahlreichen Tageskonzessionen (Ausschank alkoholischer Getränke) statt; 2009 war die Meile auf Grund der Baumaßnahmen stark reduziert

⁷ Insgesamt waren in 2009 knapp über 90 Fälle in Bearbeitung, 29 Verfahren konnten eingestellt werden; 40 Verfahren sind noch offen

⁸ Insgesamt waren in 2010 70 Fälle in Bearbeitung; 6 Verfahren konnten eingestellt werden; 12 Verfahren ruhen aufgrund laufender Insolvenzverfahren, 33 Verfahren sind noch offen.

⁹ Insgesamt waren in 2011 85 Fälle in Bearbeitung; 14 Verfahren konnten eingestellt werden; 12 Verfahren ruhen aufgrund laufender Insolvenzverfahren; 34 Verfahren sind noch offen.



| | | | |
|--|-------|-------|---------------------|
| Zahl der Gewerbeum-, -an- und abmeldungen ¹⁰ | 2.594 | 2.393 | 2.997 ¹¹ |
| Spielhallenstandorte | 18 | 18 | 18 |
| Spielhallen | 31 | 31 | 31 |
| vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten) | 336 | 330 | 330 |
| Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz (ab 2005 Zahl der Bescheide statt Anzahl der Stände) ¹² | 20 | 16 | 20 |
| Ausnahmen von der Sperrzeit | 6 | 7 | 6 |

| Weitere Arbeitsbereiche | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|------|---------------------|-------------------|
| Vorgänge nach dem Hundegesetz, in denen Handeln gefordert war; davon wurde | 197 | 330 ¹³ | 324 ¹⁴ |
| die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang) | 1 | 4 | 2 |
| die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt | 7 | 9 | 3 |
| Freistellung von der Erlaubnispflicht nach § 14 (widerlegbar gefährliche Hunde – Kat 3) | 8 | 3 | 4 |
| Sicherstellung oder Tötung | 12 | 19 ¹⁵ | 9 ¹⁶ |
| Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet | 111 | 127 | 111 |
| Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG) | 75 | 1.372 ¹⁷ | 56 |
| Ausstellung von Fischereischeinen | 347 | 313 | 336 ¹⁸ |

¹⁰ Seit Januar 2008 werden die Gewerbean-, -um- und -abmeldungen im Kundenservice vorgenommen.

¹¹ Seit Mitte des Jahres sind Gewerbeanmeldungen auch durch die Handels- und die Handwerkskammer möglich. Dort wurden zusätzlich 96 Gewerbeanmeldungen verarbeitet.

¹² Seit Beginn 2008 erteilt VS nur noch Sondernutzungsgenehmigungen im Rahmen von festgesetzten Veranstaltungen. Alle sonstigen Sondernutzungsgenehmigungen werden von WBZ 31 bearbeitet.

¹³ 127 Owi-Verfahren wegen verspäteter Anmeldung; 203 weitere Verfahren, davon 130 Aufforderungen zur Anmeldung

¹⁴ 111 Bußgeldverfahren, 4 Erlaubnisse, 31 Aufforderungen zur Vorführung, 120 Aufforderungen zur Anmeldung; 58 weitere Verfahren

¹⁵ 10 Sicherstellungen wegen fehlender Anmeldung, 9 Sicherstellungen in Zusammenhang mit Untersagung; keine Tötung

¹⁶ Sechs Sicherstellungen wurden angeordnet um die gesetzlich geforderte Anmeldung der Hunde zu erreichen. Dies führte letztlich in allen Fällen zum Erfolg, drei Sicherstellungen erfolgten im Rahmen von Haltungsverboten.

¹⁷ allein 1.286 wegerechtliche Verfahren wg. Schnee und Eis im Winter 2009/10

¹⁸ In 2010 wurden die Fischereischeine ausschließlich von den Bürgerzentren ausgestellt, da eine „händische“ Ausstellung aufgrund der vielen Fälschungen nicht mehr zugelassen war. Ab 2011 kann auch VS Fischereischeine maschinell ausstellen.



4.3.1.2 Lebensmittelüberwachung und Marktwesen

Aufgabe und Entwicklung 2011

Lebensmittelüberwachung

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Die Aufgabe Lebensmittelüberwachung wird hauptsächlich im Außendienst durch die Lebensmittelkontrolleure wahrgenommen, die mit einem Anteil von rund 25 % zusätzlich auch in der Gewerbeüberwachung tätig sind.

Durch die Nachbesetzung der vakanten 4. Stelle Lebensmittelkontrolleur ab 01.06.2010 konnte die Anzahl der Kontrollen und Beratungen im Verhältnis zum Vorjahr um rund 800 auf über 3.100 gesteigert werden. Viele Betriebe mussten wegen verschiedener Auffälligkeiten mehrfach aufgesucht werden. Im Vordergrund der Lebensmittelüberwachung steht nach wie vor eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Die Bergedorfer Lebensmittelkontrolleure setzen dabei ihr umfangreiches, durch langjährige Erfahrung gereiftes Fachwissen, ihre Betriebskenntnisse und ihre Kommunikationsfähigkeiten gezielt ein. Konkreten Beschwerden konnte so stets erfolgreich nachgegangen und die Beschwerdegründe ausgeräumt werden.

Die Sollvorgaben für Probenahmen wurden im Verhältnis zum Vorjahr – bedingt durch die Stellennachbesetzung- um 195 erhöht und erneut übertroffen.

Die Anzahl von Schnellwarnungen und Rückrufen von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen hat sich 2011 auf hohem Niveau eingependelt. Die daraus resultierenden Personalbedarfe für aus Gründen der Sicherheit zusätzliche, prioritäre Kontrollen und Maßnahmen gehen zu Lasten der routinemäßigen Plankontrollen und der Abarbeitung sich daraus ergebender Maßnahmen.

2011 wurde erreicht, dass grundsätzlich jeder Betrieb, für den eine Risikobeurteilung möglich war, entsprechend beurteilt wurde. Jeder Betrieb wird nach erfolgter Kontrolle erneut eingestuft, 2011 waren das 966 Betriebe.

Von Mai bis Anfang Juni haben das Thema „EHEC“ und die daraus resultierenden besonderen Aufgaben die Lebensmittelkontrolleure, den Innendienst und die Leitungskräfte mit erheblichen Personalressourcen gebunden.

Marktwesen/Wochenmärkte

In Bergedorf finden wöchentlich 6 Wochenmärkte statt, die von 2 Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation verantwortlich betreut werden. Trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbesucher und deren z.T. besonderer Wünsche steht dabei die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden nach wie vor im Vordergrund.

Im Rahmen des ELER/LEADER-Projektes wurden auch in 2011 zahlreiche Marketingmaßnahmen mit Mitteln der EU und Hamburgs ausgeführt; das Projekt wird Mitte 2012 auslaufen. Die Erfolge und die gesammelten Erfahrungen sollen im Rahmen eines überbezirklichen Projektes fortgeführt werden.

Die Auslastungsgrade der Wochenmärkte sind im Vergleich zum Vorjahr und im Gegensatz zum bundesweiten Trend gleich geblieben. Diese Stagnation kann angesichts der Tatsache, dass



Marktbeschicker aus wirtschaftlichen oder Altersgründen aufgeben und keine Nachfolger finden, als Erfolg angesehen werden.

Durch den freiwilligen Werbe-Euro von Marktbeschickern der Bergedorfer Wochenmärkte war es auch weiterhin möglich Folgendes zu finanzieren:

- Parkkarten für Kunden des Wochenmarktes Bergedorf für kostenloses Parken im Parkhaus in der 1. Stunde,
- für den Wochenmarkt Lohbrügge die Anmietung des für Samstage als Parkplatz umfunktionierten Schulhofs der Schule Leuschnerstraße,
- die Produktion eines Jahreskalenders 2012 für Marktkunden
- eine Bezuschussung der Teilnahme von Marktbeschickern am Bergedorfer Landmarkt
- Baumwoll-Tragetaschen mit Logo „Bergedorfer Wochenmärkte“
- Preisschilder für Waren in den Verkaufsständen mit regionalem Emblem.

Kennzahlen

| Verbraucherschutz | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|---------------------|-------------|-------------|
| Gewerbebetriebe insgesamt: davon | 10.384 | 10.800 | 11.081 |
| überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände | 2.669 | 2.648 | 2.972 |
| In diesen Betrieben erfolgten insgesamt: | | | |
| Kontrollen und Beratungen | 2.075 | 2.248 | 3.129 |
| Probenentnahmen | Soll 536 Ist 585 | 533 466 | 661 764 |
| davon Beanstandungen | 75 | 123 | 75 |

| | | | |
|--|-------|-------|-------|
| Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel-Kontrollbehörden | 93 | 46 | 70 |
| Zahl der registrierten <u>Lebensmittelbetriebe</u> (inkl. gewerberechtl. nicht meldepfl. Betriebe, z.B. Urproduktion, Kindertagesstätten, Krankenhausküchen) | 2.462 | 2.516 | 2.601 |
| hiervon kontrollierte Betriebe | 915 | 504 | 1.120 |
| Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen | 19 | 19 | 16 |
| davon kontrolliert | 19 | 19 | 0 |



| Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|----------------------|----------------------|----------------------|
| Gesamtzahl der Wochenmärkte | 306 | 313 | 312 |
| Gesamtzahl der Stände über alle Markttag | 15.118 | 14.707 | 14.700 |
| Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten | Auslast. in % | Auslast. in % | Auslast. in % |
| Di / Bergedorf 708 | 75 | 72 | 68 |
| Mi / Lohbrügge 590 | 77 | 73 | 73 |
| Do / Bergedorf West 333 | 89 | 85 | 87 |
| Fr / Bergedorf 708 | 82 | 81 | 81 |
| Sa / Lohbrügge 590 | 91 | 85 | 85 |
| Sa / Fleetplatz 244 | 52 | 43 | 45 |
| Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%] | 78 | 73 | 73 |

4.3.2 Veterinärwesen

Aufgaben und Entwicklung in 2011

Die neuen Mitarbeiterinnen (amtl. Tierärztin mit 0,75 Stellenanteil) und Veterinärsachbearbeitung (0,5 Stellenanteil)) sind erfolgreich in die Abteilung integriert worden. Insbesondere trägt die Schaffung der Stelle Veterinärsachbearbeitung sehr zum Erreichen der Arbeitsziele bei. Einerseits werden die Amtstierärzte im Bereich der allgemeinen Verwaltungstätigkeit erheblich entlastet, andererseits können Verwaltungsverfahren durch die neu hinzugekommene Fachkompetenz zielgerichteter und rechtssicherer durchgeführt werden.

Die Einführung eines ersten Teils des Qualitätsmanagementsystems (QMS) im Bereich Veterinärwesen (Tierschutz) konnte erfolgreich durchgeführt werden, war allerdings mit erheblichem Zeitaufwand verbunden. Im November wurde in diesem Bereich bereits ein Audit erfolgreich, d.h. ohne Beanstandungen durchgeführt. Das QMS wird im Jahr 2012 auf andere Bereiche ausgeweitet (Tiergesundheit) und wird daher weiterhin Personalressourcen binden.

Die Arbeit der Veterinäre im Jahr 2011 war, wie schon 2006 bis 2010, wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier, im viehreichsten Bezirk Hamburgs, für einen erheblichen und kaum steuerbaren, gleichwohl zeitnah zu erledigenden Arbeitsaufwand sorgen.

Tierseuchenbekämpfung

2011 gab es zwar keine Neuausbrüche von Tierseuchen, die umfangreiche unmittelbare Bekämpfungsmaßnahmen erforderlich gemacht hätten. Allerdings führte das Inkrafttreten der BVD-Verordnung (Bovine Virus Diarrhöe – eine Viruserkrankung der Rinder) zu einem erheblichen Mehraufwand im Zusammenhang mit umfangreichen Untersuchungs-, Beratungs- und Überwachungsaufgaben.

Alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung genießen ebenso höchste Dringlichkeit, wie konkrete Vorfälle im Rahmen der Lebensmittelüberwachung. Routineaufgaben



müssen sich dieser hohen Priorität ggf. unterordnen. Dies betrifft insbesondere auch den Umfang der Ausführung von Sollkontrollen.

Das Thema Tierseuchen-Krisenmanagement (überbezirklich) konnte auch 2011 auf Grund der sehr komplexen und zeitintensiven Aufgabenstellung noch nicht abgeschlossen werden. Dies ist nun mit höchster Priorität für 2012 beabsichtigt, welches auch zwingend erforderlich ist, damit Hamburg im Allgemeinen und der Bezirk Bergedorf als viehreichster Bezirk im Besonderen im Hinblick auf einen Ernstfall in Zukunft gut aufgestellt ist.

Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Lebensmittelrechtlich stand 2011 die Bewältigung der EHEC-Krise im Vordergrund, welche auch in der Abteilung Veterinärwesen Personal erheblich gebunden hat.

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen aber auch landwirtschaftliche Nutztierhaltungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Festzuhalten ist ein nach wie vor ungebrochenes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung.

Hundegesetz

Die Untersuchungen von Hunden sowie die daraus folgende Erstellung von gerichtsfesten Gutachten zur Rassefeststellung und Begutachtung von Hunden nach Beißvorfällen sind nachwievor sehr zeitaufwendig. Die Anfertigung von Stellungnahmen zu externen Gutachten und die fachliche Beratung bezüglich Hundehaltungen erfordern ebenfalls einen erheblichen Zeiteanteil des vorhandenen Personals.

Kennzahlen

| Veterinärwesen | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Tierseuchenrecht Anlassbezogene Bestandskontrollen | 15 | 18 | 53 |
| Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste im Amt | 171 | 137 | 128 |
| Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste vor Ort | 25 | 9 | 19 |
| Tierseuchenrecht -Betriebskontrollen (z. B. Viehhändler, Betriebe gem. VO 1774/2002, Zolllager) | 3 | 3 | 7 |
| Tierseuchenrecht -Erfassung Tier- und Warenbewegungen für TRACES | 420 | 1.286 | 957 |
| Tierschutz-/Tierseuchenrecht Überwachungen landwirtschaftlicher Nutztierhaltungen (Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Pferde, Geflügel) | 23 | 29 | 34 |



| | | | |
|---|----|----|-----|
| Tierschutzrecht -Kontrollen Tiertransporte | 5 | 8 | 9 |
| Tierschutzrecht -Kontrollen erlaubnispflichtige Betriebe einschl. Tierbörsen, Zirkusse | 39 | 36 | 14 |
| Tierschutzrecht -anlassbezogene Kontrollen | 93 | 97 | 121 |
| Tierschutzrecht -Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 Tierschutzgesetz und Genehmigungen gem. Tierschutzrechtsverordnungen | 5 | 7 | 12 |
| Ahndung von Verstößen -Anzahl Bußgeldbescheide, Verwarnungen | 0 | 2 | 3 |
| Ahndung von Verstößen -eingestellte Verfahren | 6 | 1 | 1 |
| Anzahl von Berichten, Stellungnahmen, Gutachten, schriftliche Abmahnungen, schriftliche Anordnungen | 95 | 98 | 142 |
| | 10 | 8 | 3 |

4.3.3 Technischer Umweltschutz

Aufgaben und Entwicklung in 2011

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit, Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen,
- Schutz der Bevölkerung vor Licht- und Lärmbelastigungen sowie Luftverunreinigungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Wohnungsbestandes in einem gesundheitlich einwandfreien und bewohnbaren Zustand sowie Sicherstellung der Funktionsfähigkeit haustechnischer Anlagen
- Beratung vorwiegend privater Haushalte, aber auch Schulen, Kindergärten, Vereinen usw. zu Themen des Umweltschutzes wie Ressourceneinsparung, umweltverträgliches Bauen und Renovieren, nachhaltiger Konsum und vieles mehr.

Im Hinblick auf die geplante Lärmsanierung an der Bahnstrecke zwischen Hamburg und Bergedorf konnte 2011 durch Gespräche mit Vertretern der Bahn erreicht werden, dass das ursprünglich geplante Sanierungsgebiet aus den im wesentlichen mit Kleingärten genutzten Bereichen Moorfleets in den dicht bewohnten Kernbereich Bergedorfs verschoben wird. Die Abteilung hat für den Fortgang des Verfahrens bereits wesentliche Gebäudedaten erhoben; die Weiterführung der Lärmsanierung liegt nun in den Händen der DB.

Von Seiten der Abteilung Technischer Umweltschutz konnten die anstehenden Entschädigungsverfahren für die Installation passiven Schallschutzes in die Gebäude am ZOB



soweit vorangebracht werden, dass die Bauausführung durch den Grundeigentümer und nachfolgend die Schlussabnahme der baulichen Maßnahmen durch die Abteilung erfolgen kann.

Wie im Rahmen der Konsolidierung beschlossen, hat die Umweltberatungsstelle mit Ablauf des Jahres 2011 ihren Dienst eingestellt. Die Funktion einer Anlaufstelle für zahlreiche Anfragen der Bevölkerung rund um den allgemeinen Umweltschutz wird damit im Bezirksamt nicht weiter zur Verfügung stehen.

Ein nennenswertes Ereignis mit erheblicher Bindung von Ressourcen war die Eröffnung der Zeltdisco Tentation. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde vom Betreiber zugesagt, ein Zelt aufzubauen, welches im Hinblick auf den Schallschutz dem eines festen Gebäudes entspricht. Nach Eröffnung wurde zunächst rechnerisch durch Gutachten nachgewiesen, dass die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zugestandenen Immissionsgrenzwerte eingehalten werden. Anlässlich zahlreicher Beschwerden führte das Fachamt mehrere nächtliche Kontrollmessungen aus und wies fortlaufende Überschreitungen der Grenzwerte nach. Da die Anforderungen zur Einhaltung des Schallschutzes nicht mit den Vorstellungen des Betreibers hinsichtlich der Lautstärke im Zelt überein zu bringen waren, stellte dieser nach entsprechender Androhung durch das Bezirksamt sowie auf Grund anderer Problemlagen den Betrieb schließlich nach einer kurzen Laufzeit selbst wieder ein.

Auf Grund einer seit Ende 2011 gültigen Änderung der Trinkwasserverordnung sind die Betreiber von bestimmten Trinkwassererwärmungsanlagen verpflichtet, derartige Anlagen dem Verbraucherschutzamt anzuzeigen und das darin befindliche Wasser bis spätestens 31.11.12 und fortan jährlich auf eine mögliche Belastung mit Legionellen untersuchen zu lassen. Dies betrifft nahezu jedes Mehrfamilienhaus und hat nicht nur bei den Betreibern, sondern auch bundesweit in allen betroffenen Dienststellen der Verwaltung unter Berücksichtigung der Kosten, des immensen Personalbedarfes, nicht vorhandener Laborkapazitäten und nicht zuletzt wegen der fragwürdigen Erfolgsaussichten zu erheblich Protesten geführt. Im Ergebnis prüft das Bundesministerium eine Rücknahme der Anzeigepflicht oder zumindest eine Reduzierung der Anforderungen. Die Bewältigung der Anzeigen bereitet schon jetzt erhebliche verwaltungstechnische Probleme; sollten zudem die gesetzlich geforderten, jährlichen Untersuchungen durch die Gebäudeeigentümer ausbleiben, ist deren Ausführung mit Hilfe entsprechender Verwaltungsverfahren durchzusetzen. Die zusätzliche Belastung durch diese neue Aufgabe ist derzeit nicht absehbar, würde aber – wenn nicht Änderungen der Rechtslage erfolgen – einen beträchtlichen Umfang erreichen und mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht geleistet werden können.

Die Badegewässer waren auch in 2011 kaum auffällig, weder die Sichttiefe noch bakteriologische Belastungen führten zu Schließungen. Der Eichbaumsee blieb wegen der anhaltenden Probleme und notwendigen Beobachtungen weiterhin geschlossen.

Mit der Durchführung des Wohnraumschutzgesetzes soll u.a. sichergestellt werden, dass Wohnungen in einem Zustand erhalten werden, der ein Wohnen ohne Gefahr für Leben oder Gesundheit ermöglicht. Die Verteilung innerhalb der Wohnungspflegefälle verhält sich ähnlich wie in den Vorjahren: von den insgesamt 121 Fällen entfielen 20 auf vermüllte Wohnungen. In den restlichen 101 Fällen war Hinweisen auf bauliche bzw. technische Mängel nachzugehen, die eine Gefahr für die Bewohner darstellten oder die Benutzbarkeit der Wohnung erheblich beeinträchtigten. Durch das schnelle Eingreifen der Abteilung Technischer Umweltschutz auf Grundlage des Wohnungspflegegesetzes konnten in den allermeisten Fällen relativ schnell geordnete Verhältnisse geschaffen werden. In einem Fall waren die Verhältnisse durch eingedrungene Feuchtigkeit allerdings derart schlecht, dass eine Unbewohnbarkeit seitens des Bezirksamtes erklärt und die Räumung der Wohnung veranlasst werden musste.



Kennzahlen

| Technischer Umweltschutz | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Anzahl der Überwachungsvorgänge | 337 | 284 | 274 |
| Anzahl der Stellungnahmen | 313 | 337 | 289 |
| Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BimSchG | 3 | 1 | 2 |
| Anzahl der Beratungen | 623 | 537 | 569 |
| Anzahl der Beratungen pro 1.000 Einwohner | 5,2 | 4,5 | 4,7 |
| Anzahl der Veröffentlichungen (Presseartikel, Faltblätter und Broschüren) | 6 | 5 | 2 |
| Anzahl der Informationsveranstaltungen | 2 | 3 | 2 |
| Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern | 166 | 156 | 168 |
| Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung | 5 | 6 | 5 |
| Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben | 11 | 10 | 17 |
| Vorgänge Haustechnik | 204 | 190 | 215 |
| Vorgänge Wohnungspflege | 119 | 126 | 121 |

4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)

Leitung: Kathrin Sprick, Tel. 42891-4300

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|
| Beschäftigungsvolumen | 35,16 | 37,09 | 35,04 |

Aufgaben und Entwicklung 2011

Dem Grundsatz „Dienstleistungen aus einer Hand“ folgend sind im Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt alle Aufgaben im Zusammenhang mit bau-, umwelt- und gewerberechtigten Vorhaben sowie die Servicefunktionen der bezirklichen Wirtschaftsförderung gebündelt.

Das WBZ Bergedorf hat sich als serviceorientierte und wirtschaftsfreundliche Verwaltung weiter verbessert. Dies ist das gute Ergebnis einer von der Handelskammer im Jahr 2011 durchgeführten Unternehmensbefragung. Bei den Antworten auf die zentrale Frage „Ist Ihr Bezirksamt aus Ihrer Sicht wirtschaftsfreundlich?“ ragt das Bezirksamt Bergedorf mit einem deutlichen Anstieg der positiven Beurteilungen heraus, d.h. im Vergleich zur ersten Befragung im Jahr 2008 hat sich der Überhang an positiven Einschätzungen mehr als verdoppelt.



Im Jahr 2011 war die Aufgabenwahrnehmung im WBZ durch folgende Themenschwerpunkte geprägt:

- **Erstellung eines Gewerbeflächenkonzeptes**
Als erstes Bezirksamt hat Bergedorf ein umfassendes Gewerbeflächenkonzept erarbeitet. Es dient der Entwicklung und Sicherung von anforderungsgerechten Gewerbeflächen im Bezirk.
- **Umsetzung des Vertrages für Hamburg – Wohnungsneubau**
Mit 622 genehmigten Wohnungen hat Bergedorf den angestrebten Beitrag zum Erreichen des Wohnungsbauziels des Senats erbracht. Als Federführungsamt hat das Bezirksamt maßgeblich die Konzeption und Umsetzung einer IT-Unterstützung für das Hamburg weite Controlling-System voran gebracht.
- **Pilotierung des elektronischen Auftrageschein (eAGS)**
Das Projekt eAGS hat zum Ziel, das bisherige aufwendige Verfahren, Aufgrabungen immer noch papiergestützt mit zahlreichen Durchschlägen zu beantragen, durch eine elektronische Antragstellung und Bescheiderteilung zu ersetzen. Das Bezirksamt hat sich als Pilot zur Verfügung gestellt und dieses Verfahren gemeinsam mit Vattenfall und dem örtlichen Polizeikommissariat im letzten Quartal erfolgreich getestet.

4.4.1 Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Aufgabe und Entwicklung im Jahr 2011

Die Wirtschaftsförderung verfolgte 2011 in verschiedenen Arbeitsbereichen Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Bergedorf. Neben übergeordneten Arbeiten zur strategischen Standortentwicklung und als „Markenbotschafter“ gegenüber weiteren Akteuren wurden zahlreiche Aktivitäten zur Kommunikation der „Marke Bergedorf“ vorgenommen. Mit dem Entwurf eines Gewerbeflächenkonzeptes, das im 4. Quartal vorgelegt wurde, nimmt der Bezirk Bergedorf Hamburg-weit eine Vorreiter-Rolle ein. Das Konzept legt einen Schwerpunkt auf die Bestandsentwicklung der Bergedorfer Gewerbeflächen, zeigt aber auch Potenziale für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen auf. Als weiteres bedeutsames Einzelprojekt ist die Erstellung und Verteilung einer Standortbroschüre „Wachsendes Bergedorf – Ihr Standort mit Zukunft“ zu nennen. Diese Broschüre (Auflage 1000 Stück) mit Zielgruppe Unternehmen stellt den gesamten Bergedorfer Markenkern dar. Der Schwerpunkt liegt auf den Themen „Dynamik“ sowie „Industrie mit Köpfchen“. Erarbeitet wurde sie gemeinsam mit den beiden BIDs, der Handwerkskammer, der Hauni und dem WSB. Darüber hinaus lassen sich weitere übergeordnete Tätigkeiten wie die Vertretung von Bergedorfer Standortinteressen im gesamt-Hamburgischen Kontext und die liegenschaftliche Immobilienkoordination nennen. Im Einzelnen lassen sich die Tätigkeiten wie folgt entlang der „Marke Bergedorf“ ordnen:

Schöne Stadt

Eine wichtige Aufgabe des Stadtmarketings besteht darin, die Aktivitäten des Business Improvement Districts „Sachsentaler – vom Mohnhof bis zum Serrahn“ zu begleiten. Neben der Teilnahme an den Sitzungen und der damit verbundenen Aufsicht über die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel besteht die Unterstützung auch in praktischer Zusammenarbeit. Sei es im Bereich der PR-Unterstützung (Stadttaler-Aktivitäten, Standortbroschüre) oder im Bereich der allgemeinen Vermittlung zwischen Bezirksamt und BID. Ferner wurde 2011 die große Dachmarkenkampagne zur Bewerbung des Einkaufsstandorts Bergedorf unter dem Titel „Shopping Vielfalt Bergedorf“ weitergeführt und inhaltlich gesteuert. Die Wirtschaftsförderung begleitete 2011 das ESF-geförderte Projekt Beratung für Nahversorgungsstandorte Bergedorf. Es soll die Einzelhändler in den Nahversorgungszentren Neuallermöhes und in der Alten Holstenstraße unterstützen. Eine Reihe von Marketingaktionen des Projekts wurde 2011 umgesetzt. Zu nennen sind zum Beispiel die Erstellung und Verteilung von drei Standortflyern



für die Alte Holstenstraße, den Fleetplatz und den Edith-Stein-Platz, die Organisation von Veranstaltungen in allen genannten Zentren und die Beteiligung am Shopping-Run Lohbrügge.

Garten Hamburgs

2011 wurde gemeinsam mit Kreisen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein Förderprojekt zur Unterstützung des Elbe-Tourismus entwickelt und bei der Metropolregion beantragt. Das Projekt wurde im 3. Quartal genehmigt und ist im 4. Quartal angelaufen. Eine Agentur wurde mit der Begleitung des Projektes beauftragt, die operative Umsetzung wird 2012 beginnen. Ziel ist es, die Region gemeinsam als Naherholungs- und Tourismusziel zu profilieren und ihre wasserbezogenen Potenziale zu stärken.

Dynamik und kurze Wege

Auch 2011 wurde die Webseite www.bergedorf.de zusammen mit einem Trägerbeirat gepflegt, so dass man dort auf kurzem Weg die vielen Angebote Bergedorfs findet. Die Vernetzung der Wirtschaft war weiterhin ein wichtiger Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung. Neben der Kontaktpflege zu Wirtschaftsverbänden (z.B. WSB) und einzelnen Unternehmen wurden wieder branchenbezogene Veranstaltungen organisiert. Neben der Ehrung der Landessieger im Handwerk zu Jahresbeginn waren dies die folgenden Veranstaltungen:

- Zwei Treffen des Logistik-Netzwerks Bergedorf. Schwerpunktthemen waren die Kindertagesbetreuung im Gewerbegebiet Allermöhe sowie das Image der Logistik.
- Zwei Netzwerktreffen des „Initiativkreises Maschinenbau und Technik in der Region Bergedorf“. Schwerpunktthemen waren die Energieeffizienz im Maschinenbau sowie die Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks.
- Im Oktober der Life Sciences Day: Die Veranstaltung wurde erstmals in einem neuen Format durchgeführt. Dabei wurde der eigentliche Life Sciences Day klar auf die Zielgruppe Unternehmen fokussiert und von der „Life Sciences Börse“ mit Zielgruppe Schüler/Studenten terminlich getrennt. Das neue Format wurde gut angenommen. Schwerpunktthema des Life Sciences Day 2011 waren die Erneuerbaren Energien.

Daneben wurde die Ausbildungsplatzinitiative begleitet und bei der erstmaligen Organisation der Bergedorfer Berufsorientierungstage „Junge Karriere“ unterstützt; einer Veranstaltungswoche im September mit insgesamt 8 Veranstaltungen zum Thema Ausbildung.

Industrie mit Köpfchen

Die Förderberatung von Existenzgründern und von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) gehörte ebenfalls zu den Tätigkeiten der Abteilung 2011. Ferner wurden die Wirtschaftssenoren durch Pressearbeit und Vermittlung bei ihrem Bemühen unterstützt, Existenzgründer und KMU im Bezirk vor Ort kostenlos und niedrigschwellig zu beraten. Um die Infrastruktur für die Unternehmen (und ihre weiter wachsende Belegschaft) im Gewerbegebiet Allermöhe zu verbessern, betrieb das Bezirksamt die Ansiedlung einer Betriebs-Kita am Rungedamm. Hier konnte ein geeigneter Betreiber gewonnen und ein geeignetes Grundstück bereitgestellt werden. Die Ansiedlung von Unternehmen gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Abteilung. 2011 konnte die Abteilung verschiedene Unternehmen für das Areal Schleusengärten interessieren und führte mit einzelnen Firmen Verhandlungen über eine Ansiedlung, teilweise gemeinsam mit der HWF. Für die Firma GALAB wurde u.a. letztlich ein Grundstück disponiert. Die laufende Ansiedlung des Laserzentrums wurde begleitet. Auch für andere Standorte im Bezirk konnten Firmen interessiert und teilweise angesiedelt werden. Mit Blick in die Zukunft wurde die Hochschule für angewandte Wissenschaften HAW bei der Entwicklung des Projekts „Energiecampus“ unterstützt, das die Ansiedlung einer Forschungseinrichtung in den Schleusengärten, kombiniert mit Windrädern für wissenschaftliche Zwecke südlich der A25 vorsieht. Das Bezirksamt ist außerdem in der Dispositionsrunde der Finanzbehörde vertreten und nimmt hier die Interessen des Bezirks wahr. In dieser Runde werden Vorentscheidungen über die Vergabe von Gewerbegrundstücken getroffen.



Im Jahr 2011 wurden folgende Dispositionen beschlossen:

| Tätigkeitsfeld | Belegenheit | Größe in m² |
|--|-------------------------------|-------------------------------|
| Großhandel mit Tee | Wilhelm-Iwan-Ring | 13.305 |
| Logistik | Wilhelm-Iwan-Ring | 8.800 |
| Garten- und Landschaftsbau | Brookkehre | 1.662 |
| Heizung und Sanitär | Rungedamm/Billwerder Ring | 1.199 |
| Dienstleistung und Handel im Bereich Faserverbundindustrie | Helmut-Nack-Straße | 1.033 |
| Dienstleistungsanalytik für die Bereiche Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Pharmazeutische Produkte und Umweltschutz | Am Schleusengraben | 4.500 |
| Entwicklung, Produktion und Handel mit Filtrationsprodukten für Haushalt und Industrie | Hans-Duncker-Straße/Rungedamm | 4.000 |
| Montage, Reparatur, Wartung von Klima-, Kälte-, Lüftungs-, Heizungs-, Sanitär-, Mess-, Regelungs-, Elektro- und Brandschutzanlagen | Dusiplatz | 2.231 |

Das 4.172 m² große Flurstück 3360 der Gemarkung Billwerder, belegen hinter Randersweide 91, wurde aus der Wirtschaftsförderung zum Zweck des Verkaufs an den benachbarten Betrieb entlassen.

Für weitere Dispositionen stehen im Bezirk Bergedorf z. Zt. insgesamt noch 25,7 ha (Stand 01.01.2012) Gewerbeflächen zur Verfügung.

4.4.2. Wochenmarkt der Zukunft

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Im Rahmen des Modellprojektes ‚Wochenmarkt der Zukunft‘ sollen die Wochenmärkte anhand einer Werbekampagne gestärkt werden. In diesem Rahmen wurden im Jahr 2011 folgende Maßnahmen ergriffen:

- Umsetzung und Planung eines Events auf allen bezirklichen Wochenmärkten zum Thema Erntedank. Neben einer Kochshow mit ortsansässigen Köchen und zahlreichen Kinderaktionen wurden Kooperationen mit den ortsansässigen Einzelhändlern eingegangen.
- Zwei Promotionaktionen zum Thema saisonaler Produkte auf allen bezirklichen Wochenmärkten im Juni (Erdbeeren) und im Juli (Tomaten).
- Planung und Umsetzung von vier Gemeinschaftsaktionen mit den ortsansässigen Einzelhändlern Lohbrügge (BID Alte Holstenstraße/LoWi) sowie von Gemeinschaftsaktionen (Wochenmarkt / Einzelhändler / ortsansässige Vereine) im Stadtteil Neuallermöhe.
- An bislang allen Aktionen des WSB e.V. (Frühlingsfest/Sommerfest/Erntedankfest) haben einige Wochenmarkthändler die innenstädtische Fläche genutzt, um sich und ihre Produkte vorzustellen. Die teilnehmenden Stände dienten als Werbeträger der Bergedorfer Wochenmärkte.
- Auch außerhalb der Wochenmarktfäche wurde auf die bezirklichen Wochenmärkte hingewiesen. Zahlreiche Werbestände (11x) wurden im Jahr 2011 geplant und organisiert (u. a. bei der TSG Bergedorf, Nachbarschaftstreffen).



- Im Rahmen des 30-jährigen Bestehens des Wochenmarktes Bergedorf-West, wurde zusammen mit der ehemaligen Obfrau eine Tombola organisiert und durchgeführt und eine Kooperation mit den ortansässigen Geschäften eingegangen.
- Im Zuge des Modellprojektes wurden Marktschilder entwickelt, die auf die Markttage- und -zeiten der Wochenmärkte hinweisen. Die Umsetzung erfolgte im September.
- Damit die in der Region erzeugten Produkte für den Verbraucher besser erkennbar sind, wurde im Rahmen der Werbekampagne des Modellprojektes „Wochenmarkt der Zukunft“ ein Kennzeichnungsschild entwickelt. Die Umsetzung erfolgte im September. Dieses Regionalschild „Frisches aus der Region“ wird auch in anderen Bezirken (Eimsbüttel, HH-Mitte, Wandsbek und Harburg) eingesetzt.
- Give aways für die Kunden: Einkaufsblöcke, Einkaufsbeutel und Kalender.
- PR: Im Bille Wochenblatt erscheinen monatlich unterschiedlich gestaltete Anzeigen. Neben der Anzeigenschaltung erscheinen einmal im Monate redaktionelle Berichte.

4.4.3 Bauprüfung

Aufgabe und Entwicklung in 2011

Die Aufgaben der Bauprüfung bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Sicherstellung der geordneten baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen wachsender Unternehmen und expandierenden Wohnungsbaus
- Projektförderung im Rahmen des Verfahrensmanagement
- Entwicklung von Gestaltungsmaßstäben und beratende Umsetzung auf Bauvorhaben
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung von unzumutbaren Belästigungen

Das Jahr 2011 stand insgesamt im Zeichen des Wohnungsneubaues. So wurden 622 Wohnungen vom Bezirksamt Bergedorf genehmigt und damit die Zielsetzung von 600 Wohnungen übertroffen. Um Genehmigungen zügig zu erteilen und Genehmigungsschwierigkeiten auszuräumen, aber auch um die vielen Kleinen und Großen Anfragen aus der Hamburgischen Bürgerschaft zum Wohnungsbau beantworten zu können, wurde mit Hilfe des Federführungsamtes Bergedorf ein Controlling-System aufgebaut. Durch die in 2011 geleisteten Vorarbeiten und die entsprechende Programmierung des IT-Verfahrens „BaCom“ wird es möglich sein, die Genehmigungsdauer und die Anzahl der Wohnungen im Wohnungsneubau ab Februar 2012 automatisiert erheben zu können.

Schöne Stadt

Die Gestaltungsberatung wird wie in den Vorjahren gut angenommen. Im ländlichen Raum wird darauf geachtet, dass die Kleinteilig- und Maßstäblichkeit erhalten bleibt. Im Villengebiet liegt der Focus im Bereich der Details und Materialien, damit die Hochwertigkeit der Gebäude weiter sichtbar bleibt. Dieses ist oftmals ein langwieriger und schwieriger Prozess, der aber von den Bauherren, wenn am Ende ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet worden ist, gut angenommen wird. Im Kernbereich von Bergedorf dagegen geht es hauptsächlich um anspruchsvoll und niveauevoll gestaltete Werbeanlagen und Eingangsfassaden. Im Bestandswohnungsbau werden weiterhin, hauptsächlich im Mehrfamilienhausbau, Fassaden energetisch und gestalterisch ansprechend gedämmt. Allerdings kommen Ziegelfassaden immer weniger zur Ausführung. In Bergedorf-West aber auch in Lohbrügge-Nord werden Hochhäuser modernisiert und ansprechend gestaltet, so zum Beispiel am Friedrich-Frank-Bogen und am Fritz-Lindemann-Weg.



Garten Hamburgs

Die Zahl der Vorbescheide im Landgebiet, die vorrangig der Klärung von planungsrechtlichen Abgrenzungsfragen zwischen Außen- und Innenbereich dienen, ist mit 138 Vorbescheiden (im Vorjahr 68) stark gestiegen. Die vielen Vorbescheide machen es möglich, eine frühzeitige Klärung über die Bebaubarkeit herbeizuführen und so den Innenbereich sinnvoll zu verdichten und das Außengebiet vor Zersiedlung zu schützen. Die Vorbescheide haben hauptsächlich Wohnbauvorhaben zum Inhalt, das heißt das Wohnen im grünen Landgebiet bleibt weiter attraktiv. So liegt die Zahl der genehmigten Wohnungen im Landgebiet in 2011 bei 136 Wohnungen (Vorjahr 104 Wohnungen), wobei die Zahl der Mehrfamilienhäuser steigt.

Zum Erhalt des Landgebietes und dessen Attraktivität tragen natürlich die Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe bei. In 2011 konnten 8 größere privilegierte Baumaßnahmen genehmigt werden (Pferdebewegungshalle am Achterschlag, Bewegungshalle mit Pferdeboxen am Moorfleeter Deich, Strohstall mit Nebenräumen und Dungplatte am Neuengammer Hausdeich, Lager- und Aufenthaltsräume am Curslacker Deich, Rinder-Laufstall am Neuengammer Hausdeich, landwirtschaftliche Maschinenhalle am Altengammer Elbdeich, Wirtschaftsgebäude am Moorfleeter Deich, drei landwirtschaftliche Gebäude am Ost-Kraueler-Bogen).

Kurze Wege

Nachdem in 2009 die Hauptgenehmigungen für das alte wie für das neue CCB und in 2010 die Ausbaugenehmigungen erteilt worden waren, konnte in 2011 das Projekt durch Erteilung der Genehmigung zum Innenausbau der Brücke über dem Serrahn abgeschlossen werden. Die langen Verhandlungen haben sich gelohnt. Der Investor konnte davon überzeugt werden, dass innenliegende Restaurants und Sitzbereiche, sowie das Freihalten der Blickachsen zum Serrahn den Bereich insgesamt aufwerten. Für die Bewohner in Bergedorf-Süd konnte der Aldi am Alten Bahnhof fertiggestellt werden. Am Fleetplatz verringern sich die Leerstände. In 2011 konnten der Drogerist Rossmann und ein Fitnessstudio genehmigt werden.

Wie schon oben beschrieben, stand das Jahr 2011 im Zeichen des Wohnungsbaues. Dabei konnten auch dieses Jahr innenstadtnahe Flächen durch Genehmigungen einer Bebauung zugeführt werden. Das Gelände des Güterbahnhofes ist nach der Erteilung von Genehmigungen für 14 Wohnungen am „Zollamtsbogen“ und 15 Wohnungen am „Am Güterbahnhof“ nahezu fertiggestellt. Durch Abbruch alter Bausubstanz und Neubau werden mehr Wohneinheiten entstehen als vorher, so an der Holtenkliner Straße 11 Wohnungen, an der Wetterringe 8 Wohnungen am Dünenweg / Ladenbeker Furtweg 42 Wohnungen. Am Gojenbergsweg konnten auf den ehemaligen Grundstücken des Hubschrauberlandeplatzes und des Gartenbaustützpunktes 72 Wohnungen genehmigt werden. In Neu-Allermöhe West konnte der letzte Bauabschnitt der Stadtkante an der Hans-Stoll-Straße mit 53 Reihenhäusern ebenso genehmigt werden wie der Neubau von 104 Mietwohnungen mit Tiefgarage für 72 Kfz-Stellplätze, von denen 19 Mietwohnungen Senioren vorbehalten sind. Am Reinbeker Redder wurde mit der Bebauung hinter Blumen Kehr begonnen. Bisher wurden dafür 5 Einzelhäuser und 13 Doppelhäuser genehmigt. Eine Verdichtung findet auch in gewachsenen Teilen von Bergedorf wie Nettelburg statt, indem hintere Grundstücke bebaut werden.

Stadt für Kinder und Familien

Auch im Jahr 2011 wurden Neuerrichtungen (Nettelburger Kirchenweg, Lauweg) von Kindertagesstätten genehmigt. Weiterhin entstanden ein Jugendclub am Bockhorster Weg und ein Kinderkulturhaus am Lohbrügger Markt. Am Billwerder Billdeich wurde ein Jugendhilfzentrum genehmigt. An vier Schulen im Bezirk (Gretel-Bergmann-Schule, Grundschule Zollenspieker, Stadtteilschule Richard-Linde-Weg, Stadtteilschule Kirchwerder) wurden Schulcontainer aufgestellt, um den Unterricht weiter führen zu können, während die Schulen saniert und erweitert werden. Weiterhin konnte eine Dreifeldsporthalle mit Kulturteil für die Gesamtschule Bergedorf genehmigt werden und die Erneuerung der Flutlichtanlage am Elversweg. Für die älteren Bergedorfer sollen an der Leuschnerstraße 90 Seniorenwohnen gebaut werden und an der Wentorfer Straße gibt es jetzt eine Tagespflegeeinrichtung für Senioren.



Dynamik entfalten

Auf den bereits bebauten Gewerbegrundstücken werden weiterhin Erweiterungen, Umbauten und Aufstockungen vorgenommen, um die Betriebe an veränderte Betriebsnotwendigkeiten anzupassen. Es konnten Genehmigungen für Neuansiedlungen für einen Heizungsanlagenbetrieb (Gewerbegebiet Allermöhe) einen Kfz-Reinigungsbetrieb und ein Bürogebäude (Gewerbegebiet Curslacker Neuer Deich) erteilt werden. Erweiterungen konnten für einen Logistikbetrieb, einen Teevertrieb, einen Abschleppbetrieb (Gewerbegebiet Allermöhe), eine Tischlerei (Gewerbegebiet Lohbrügge), einen Betrieb für Sanitär- und Heizungsbedarf (Stuhlrohrstraße), ein Bürogebäude (Gewerbegebiet Weidenbaumsweg), einen Speditionsbetrieb (Kirchwerder) und einen Baubetrieb (Gewerbegebiet Randersweide) erteilt werden. Damit bleibt Bergedorf weiter ein attraktiver Gewerbestandort.

Für das Stadt- und das Landgebiet ergeben sich folgende Fallzahlen und Einnahmen:

| | | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
|-------------------------------------|------|----------------|------------------|----------------|----------------|
| Wohnbauvorhaben | | 378 | 323 | 321 | 370 |
| Anzahl genehmigter Wohnungen | | 492 | 307 | 455 | 622 |
| Gewerbliche Bauvorhaben | | 216 | 235 | 316 | 275 |
| Sonstige bauaufsichtliche Verfahren | | 1181* | 1034* | 1064* | 1316* |
| Anzahl der Owi-Verfahren | | 1 | 1 | 7 | 4 |
| Einnahmen in € | Soll | 722.091 | 1.007.827 | 649.093 | 753.267 |
| | Ist | 542.055 | 1.142.130 | 630.750 | 760.396 |

*Summe aller bauaufsichtlichen Verfahren abzüglich Wohn- und gewerbliche Bauvorhaben

4.4.4 Kundenservice und Verwaltung

Kundenservice

Der Kundenservice, als erste Anlaufstelle für jeden Besucher, ist bestrebt, die Qualität seiner Arbeit ständig zu verbessern. So wurde seit Januar 2011 ein Kundenfeedback-System eingerichtet, mit dem die Kunden Anregungen und Kritik sofort und einfach abgeben können. Die laufende Auswertung dieser Karten ergab durchweg positive Rückmeldungen. Die telefonische Erreichbarkeit des Kundenservice wurde erneut verbessert und liegt jetzt bei über 80%. Damit wurde das gesetzte Ziel von 60% weit überschritten.

Der Kundenservice Bergedorf hat sich stellvertretend für alle Bezirksamter an dem überbehördlichen Pilotprojekt „DE-Mail“ beteiligt. Gemeinsam mit der Finanzbehörde wurde am Beispiel „Sondernutzung der öffentlichen Wege, Grün- und Erholungsanlagen“ eine Machbarkeitsstudie sowie eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass sich die FHH künftig an einem DE-Mail-Verfahren beteiligen wird.

Die Anzahl der persönlichen Vorsprachen ist in 2011 leicht zurückgegangen. Ein Grund dafür könnte die zunehmende Nutzung digitaler Angebote zur Antragstellung sein, da die Zahl der Anträge insgesamt in allen Bereichen nahezu konstant geblieben ist. Die Aktivitäten des Kundenservice werden monatlich gemessen und ausgewertet.



Kennzahlen

| | 2009 | 2010 | 2011 |
|--|---------|---------|---------|
| Kundenservice | | | |
| Anzahl der persönlichen Vorsprachen gesamt | 12.217 | 12.817 | 11.241 |
| davon | | | |
| Gewerbeangelegenheiten (ohne Auskünfte) | 2.926 | 3.955 | 3.717 |
| Akteneinsicht / -ausleihe | 456 | 476 | 525 |
| | | | |
| Sondernutzungen, Wege und Grünanlagen* | 1.165 | 1.626 | 1.565 |
| Aufgrabescheine | 1.795 | 1.540 | 1.464 |
| Hundeanmeldungen | 222 | 421 | 387 |
| Verlängerung der Fischereierlaubnis | 607 | 340 | 561 |
| Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster (seit 01.08.2009) | 38 | 133 | 215 |
| Sonstige Anliegen | 3.386 | 3.572 | 3.066 |
| Terminvergaben für das Back-Office | 1.622 | 754 | 1.118 |
| Telefonkunden | 7.158 | 9.181 | 8.318 |
| Durchschnittliche Wartezeit | 1,7 Min | 1,6 Min | 1,3 Min |
| Durchschnittliche Bearbeitungszeit (ab 2010 erhoben) | | 8,5 Min | 9,2 Min |

*Anzahl der Gesamtfälle

Verwaltung

Mit seinen vielfältigen Querschnittsaufgaben verbindet der Verwaltungsabschnitt alle Abteilungen des WBZ und versteht sich somit als interner Dienstleiter des Hauses. Die Arbeit des Verwaltungsabschnittes wurde auch im Jahr 2011 durch die Mitwirkung an bezirksübergreifenden Projekten im Rahmen des Federführungsamtes geprägt. Hierzu gehörte u.a. die Mitarbeit im Projekt „Digitales Bauamt“, das Mitwirken bei der hamburgweiten Kehrbezirksvergabe oder auch die Unterstützung bei der Umsetzung gesetzlicher Änderungen im Schornsteinfegerwesen in das Fachprogram BaCom. Hier nahm der Abschnitt die koordinierende Funktion für alle Bezirksamter ein und konnte somit einen entscheidenden Teil zur Weiterentwicklung verwaltungsrelevanter Prozesse beitragen. Die Einführung eines digitalen Friedhofsprogramms förderte die Effizienz bei der Bearbeitung von Friedhofsangelegenheiten. Mit der sukzessiven Eingabe bestehender Friedhofskarteikarten, soll auch zukünftig die Servicequalität für Bestatter und Privatkunden gesteigert werden.

Kennzahlen

| Friedhof | 2009 | 2010 | 2011 |
|------------------------|------|------|------|
| Bestattungen gesamt | 672 | 715 | 708 |
| Erdbestattungen | 284 | 298 | 271 |
| Urnenbestattungen | 388 | 417 | 437 |



4.4.5 Umwelt

Aufgabe und Entwicklung 2011

Die Abteilung Umwelt bearbeitet alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen der Hamburgischen Baumschutzverordnung und der im Bezirk geltenden Landschaftsschutzverordnungen. Sie setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 9 HmbNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert stichprobenartig die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen.

Weiterhin ist das WBZ zuständig für vielfältige Aufgaben im Bereich des Wasserrechts. Im Gegensatz zu anderen Bezirken hat Bergedorf umfassende Zuständigkeiten (z.B. an Gewässern 1. Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht).

Garten Hamburgs

Im vergangenen Jahr wurden 374 Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzverordnung erteilt. In gut 25 % der Fälle wurden Ersatz- oder Ausgleichspflanzungen angeordnet, um dem Verlust von Gehölzen entgegenzuwirken. Außerdem wurde verstärkt die Ausführung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen überprüft, die Anzahl der Prüfungen gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 35 % gesteigert.

Für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha) und Kirchwerder Wiesen (860 ha) bearbeitet die Abteilung hoheitliche naturschutzrechtliche Fragestellungen und erteilt und überwacht Befreiungen nach § 48 HmbNatSchG sowie die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind.

Stadt für Kinder und Familien

Bergedorf weist seit Jahren mehr Bauland neu aus als andere Bezirke Hamburgs. Neue Baugebiete liegen überwiegend in der Niederung von Elbe und Bille. Jede Erschließung und nahezu jedes Bauvorhaben im Landgebiet hat Berührungspunkte mit einem Gewässer. Die bestehende Oberflächenentwässerung mit kleinteiliger Parzellierung und gefällefrienen Marschengraben wird vermehrt überfordert. Aus diesen Tatsachen erwachsen vielfältige und kontinuierlich zunehmende Aufgaben (z.B. Binnenhochwasserschutz, Neubemessung der Überschwemmungsgebiete).

Nicht nur die Landschaft verändert sich und damit Nutzungsart und -intensität, auch die Gewässer sind einem stärkeren Freizeit- und Erholungsdruck ausgesetzt. Infolge dessen steigt der Regelungs- und Koordinierungsbedarf.

Ergänzend zu den ausgewählten und erfassten Vorgangsarten hat die Abteilung Stellungnahmen zu Bebauungsplänen, Landschaftsplanung, wasserwirtschaftlicher Regionalplanung und zu Verfahren anderer Rechtsbereiche erarbeitet.

Kennzahlen

| Umwelt | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Naturschutz: | | | |
| 1. Ausnahmen nach der Baumschutzver – ordnung (davon mit Auflagen zu Ersatzpflanzungen) | 391 (78) | 416 (89) | 374 (90) |
| 2.1 Ausnahmen und Befreiungen, Sonsti ges in NSG | 35 | 19 | 24 |
| 2.2 Ersatz und Ausgleich prüfen | 26 | 39 | 53 |



| | | | |
|---|-------------|-------------|-------------|
| 2.3 Sonstige naturschutzrechtliche Verfahren (davon mit Auflagen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) | 160 (26) | 144 (29) | 177 (60) |
| Gesamt | 221 | 202 | 254 |
| Pkt. 2 | | | |
| Ordnungswidrigkeiten-Verfahren | 27 | 8 | 24 |
| Anzahl der Widersprüche | 3 | 2 | 2 |
| Anteil der erfolgreichen Widersprüche in % | 0 | 2 | 0 |
| Einnahmen Soll | 16.980 | 15.436 | 30.571 |
| Ist | 16.061 | 15.641 | 29.745 |
| Wasserrecht | | | |
| Anzahl wasserrechtlicher Verfahren gesamt | 678 | 590 | 653 |
| Anzahl Widerspruchsverfahren | 4 | 6 | 1 |
| davon erfolgreiche Widersprüche in % | 0 | 0 | 0 |
| Anzahl OWI-Verfahren | 0 | 0 | 0 |
| Genehmigungen | 185 | 162 | 111 |
| Erlaubnisse | 390 | 428 | 448 |
| davon in konzentrierenden Verfahren | 15 | 17 | 9 |
| bzw. Planverfahren | 2 | 2 | |
| Änderungen, Ergänzungen, Umstellungen | 51 | 16 | 47 |
| Versagungen, Widerrufe | 10 | 12 | 3 |
| Beanstandungen/Anordnungen u.ä. | 23 | 32 | 15 |
| Schäden am Gewässer | 15 | 11 | 28 |
| Einnahmen Soll | 96.926 | 119.942 | 121.454,37 |
| Ist | 97.037 | 117.611 | 124.722,25 |